

Kurdistan Report Nr. 105

Impressum

Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:

W. Struwe (V.i.S.d.P.), H. Deilke, S. Karabulut, C. Morgan, B. Ruprecht

Kontaktadresse:

Kurdistan Report c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V. Schanzenstr. 117 20357 Hamburg k.report@gmx.de

Internet-Adresse: http://www.nadir.org/ kurdistan_report

Druck: Eigendruck

Preise:

Einzelexemplar 2,50 € 6 Exemplare 15,- € (zuzüglich Porto) Dänemark 20 dkr. Großbritannien 2 bp. Norwegen 20 nkr. Schweden 20 skr. Schweiz 4 sfr.

Titelbild:

DEHAP-Wahlkampf in der Türkei (Quelle: DIHA)

Rückseite:

Frauenaktionen in Kurdistan, Türkei, BRD (Quelle: DIHA, A. Bender)

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

| aktuelles | und | hinterd | hrund |
|-----------|-----|---------|--------|
| antuciics | unu | THILLE | สเนเเน |

| Der Mittlere Osten und die Türkei vor entscheidenden Veränderungen Eine aktuelle Bewertung von Kerem Altun | 4 |
|--|-------|
| Vierter Jahrestag des Komplotts gegen Abdullah Öcalan von YDK, Kurdische Demokratische Volksunion | 7 |
| "Die Türkei ist zwar eine Republik, aber es fehlt ihr die Stütze der Demokratie" Interview mit Salih Acar, HADEP, zu den türkischen Parlamentswahlen am 3. November | 8 |
| Baghdads Schachzug, Amerikas Drang und die Lösung Von Cemal Uçar | 11 |
| Der Irak Vom Präsidialrat des KADEK | 13 |
| Warum Unterricht in der Muttersprache? von der LehrerInnengewerkschaft Egitim Sen | 21 |
| Türkischer Innenminister gründet Kommission "Gefährliche Namen" Zusammenfassung des Berichts des türkischen Menschenrechtsvereins IHD | 24 |
| "Der apoistische Sozialismus ist das fortschrittlichste Niveau der sozialistischen | |
| Bewegung" aus Serxwebun | 27 |
| Was soll aus den Dorfschützern werden? Von Ahmet Sümbül | 30 |
| Veto! - Verboten ist den Frieden zu verbieten Internationalen Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan" | 32 |
| IX. Kongress von YEK-KOM, Föderation kurdischer Vereine in Deutschland Interview mit Sait Bilgin | 33 |
| frauen und gesellschaft | |
| "Unsere Herzen schlagen gemeinsam" vom Kurdischen Frauenbüro für Frieden - CENI | 34 |
| Unterwegs von Pinar Selek | 39 |
| international | |
| Das schreckliche Jahr Adam Keller über die inner-israelischen politischen Prozesse seit Beginn der Sharon-Regierun | ng 40 |
| kultur | |
| Asmin ist eine Blume, die ganz weit oben auf den Bergen wächst Ein Interview mit der Frauengruppe Koma Asmin | 51 |
| Zwischen Kino-Kulturen eine universale Brücke schlagen Interview mit Mehmet Aktas | 53 |
| aus kurdistan | |
| Kurden in Aserbaidschan Ein Bericht über KurdInnen in Aserbaidschan von Steffen Riecke | 54 |
| Im Laufe seiner Geschichte hat Urfa nie seine Besonderheiten verloren. Überarbeitung vom Kurdistan Informations-Zentrum | 56 |
| Wege zu einer Lösung der kurdischen Frage Buchvorstellung: Auszüge aus der Eingabe Abdullah Öcalan an den EGMR | 58 |



3. November 2002 - Wahlen in der Türkei Seite 8



Friedensaktivitäten der Frauen in der Türkei, in Kurdistan und Deutschland Seite 34



Urfa, nicht nur bekannt wegen seiner scharfen Speisen
Seite 56

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wieder werfen zwei Ereignisse ihre Schatten voraus, die weitreichende Folgen für die Menschen in Kurdistan und darüber hinaus in der Region mit sich bringen können: zum einen natürlich der allseits erwartete US-Angriff auf den Irak, zum anderen die vorgezogenen türkischen Parlamentswahlen am 3. November. Beides bildet den Schwerpunkt der Artikel im aktuellen Teil unserer Ausgabe.

In zwei Beiträgen werden die Situation im Irak und die Interessen an der Region aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Aus kurdischer Sicht gibt es eine umfassende Analyse der Faktoren und der Bedingungen dafür, dass die kurdische Bevölkerung nicht wieder nur Opfer der um den Irak streitenden Kräfte wird, sondern vielleicht auch einmal Aktivposten im Kampf für die eigene Zukunft.

Ein Interview mit der HADEP behandelt die in einer Situation der politischen und ökonomischen Stagnation stattfindende Wahl in der Türkei. Die EU kann sich nicht zu klaren Aussagen über die EU-Kandidatur der Türkei durchringen, die wiederum befindet sich in den Startlöchern für den Angriff im benachbarten Irak, wie ihr erneuter Truppeneinmarsch in Südkurdistan zeigt. Angesichts immer wieder offenbarter eklatanter Demokratiedefizite machen sich gerade die demokratischen kurdischen Kräfte Hoffnung auf parlamentarischen Erfolg. Die Bevölkerung ist mobilisiert und besonders die Frauen beweisen mit einer bisher beispiellosen Organisierung ihren Anspruch auf emanzipatorischen und demokratischen Wandel.

Dass dieser Wandel bitter nötig ist, bezeugen wieder mehrere Artikel in dieser Ausgabe, Beispiele türkischer Verleugnungspolitik: über die Bedeutung muttersprachlicher Bildung, über die Schwierigkeiten bei der kurdischen Namensgebung und über Geschichte und Aussichten des Dorfschützertums.

Die fortschreitenden Aktivitäten der Frauen bilden eigentlich einen Schwerpunkt bei allen Initiativen der demokratischen kurdisch-türkischen Befreiungsbewegung - quer durch alle Bereiche. Als Beispiele für ihre Initiativen der letzten Monate wird in beeindruckenden Berichten Zeugnis abgelegt über den 4. PJA-Kongress in den kurdischen Bergen, über die Frauendemonstration in Düsseldorf im Juli "Krieg stoppen - Frauen für Frieden!" sowie über die Frauenkarawane nach Konya, die wegen massiver Polizeibehinderung abgebrochen werden musste. Ebenso gehört dazu ein Interview mit der Frauenmusikgruppe Koma Asmin des MKM Istanbul, die schon das Publikum des diesjährigen 10. Internationalen Kurdischen Kulturfestivals am 7. September in Gelsenkirchen auf Schalke begeisterte.

Der PKK- und KADEK-Vorsitzende Abdullah Öcalan ist in unserer Ausgabe direkt und indirekt vertreten: Die Kurdische Demokratische Volksunion YDK erinnert in einer Erklärung an den vierten Jahrestag und die aktuellen Implikationen des Komplotts gegen A. Öcalan. In einem der relativ selten in deutscher Sprache erhältlichen Ideologietexte - über den spezifischen Sozialismus in der PKK - wollen wir zur ideologischen Debatte beitragen. Außerdem stellen wir einen vorab auf deutsch als Buch veröffentlichten Auszug aus A. Öcalans Eingabe an den EuMRGh ("Verteidigungsschriften") vor.

Im internationalen Teil können Sie in dem bemerkenswert fundierten Zeitschriftenartikel des israelischen Friedensaktivisten Adam Keller die politischen Prozesse hinter dem palästinensisch-israelischen Konflikt unter der Scharon-Regierung verfolgen.

Zuletzt darf neben anderen Artikeln kurdische Kultur und Geschichte nicht zu kurz kommen. Es geht um das 1. Kurdische Filmfestival in Berlin vom Juni, um Kurden in Aserbaidschan und das nordwestkurdische Urfa.

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern mit diesem Heft die eine oder andere fruchtbare Anregung und verbleiben mit solidarischen Grüßen, die Redaktion

Der Mittlere Osten und die Türkei vor entscheidenden Veränderungen

Eine aktuelle Bewertung von Kerem Altun

ie gesamte Welt durchlebt wichtige Entwicklungen. Im Zusammenhang mit einer militärischen Intervention der

USA im Irak scheint die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf den Mittleren Osten gerichtet. Beunruhigt sehen wir einem Angriff der USA auf den Irak entgegen. Präsident George W. Bush hat die US-Position im UN-Sicherheitsrat noch einmal deutlich dargestellt und zwar, dass die USA eine militärische Intervention im Irak unlängst beschlossen hätten.

Die Führung in den USA wirkt strategisch wie taktisch vollständig auf eine solche Intervention fixiert. Eine Abkehr hiervon scheint unmöglich, solange die gegenwärtige Regierung an der Macht ist. Wir stehen daher derzeit vor einer sehr wichtigen politischen und militärischen Entwicklung. Diese Entwicklung wird weltweite politische Auswirkungen haben.

Eine US-Militärintervention im Irak steht zwar schon seit längerer Zeit auf der Tagesordnung, aber es kam bisher zu Verzögerungen. Diese Verzögerungen hängen damit zusammen, dass die USA bislang keine geeigneten Bedingungen für den Angriff herstellen konnten.

Ihnen fehlen ausreichende internationale und regionale politische Bündnisse. Sie haben die Gegner ihrer Politik noch nicht neutralisiert, eingegrenzt und unter ihre Kontrolle gebracht. Der Hauptgrund für die Verzögerung ist allerdings die bislang unbeantwortete Frage, was nach Saddam aufgebaut werden soll.

Eine neue Ordnung, System und Führung im Irak zu etablieren ist nicht so leicht wie der militärische Sturz der gegenwärtigen



DEHAP-Wahlverantaltung in Van

Foto: DIHA

Führung. Den wichtigsten politischen Kräften der Welt und der Region fehlt es bislang an einer Übereinkunft, einer gleichen Sichtweise und einem Bündnis. Das sind die Gründe, warum Zeitpunkte für einen möglichen Angriff genannt, aber nicht eingehalten werden konnten.

Trotzdem können wir die massiven Kriegsvorbereitungen der US-Führung nicht ignorieren. Diese Vorbereitungen sind ein

> Indiz dafür, dass die letzten Monate dieses Jahres und die ersten des nächsten Jahres Klarheit in diese Frage bringen und sich auf alle politischen Entwicklungen auswirken werden.

Die EU als eine wichtige internationale Kraft steht nicht geschlossen hinter einem Angriff der USA. Auch wenn Großbritannien seine volle Unterstützung zusagt, so trifft dies nicht auf alle EU-Länder wie Deutschland und Frankreich zu. Die EU entwickelt und erneuert ihre Politik in dieser Richtung und es scheint sich eine gewisse Auseinandersetzung mit den USA anzubahnen. Auf der anderen Seite sind Russland und einige asiatische Länder wie China und Indien ebenfalls gegen einen Angriff auf den Irak. Das ist in gewisser Weise ein Ausdruck der internationalen Auseinandersetzung, einer Auseinandersetzung, die sich um den Irak und um den Mittleren Osten entwickelt.

Noch keine Klarheit in der Region

Der Widerstand der regionalen Staaten gegen eine US-Intervention hält ebenfalls an. Die gegenwärtige Haltung der Türkei zeigt dies. Sie fürchtet sich vor möglichen Veränderungen in der Region im Gefolge eines Militärangriffes, allen voran Veränderungen in Südkurdistan. Die Auswirkungen derartiger Veränderungen vor Augen ist sie bestrebt, mit allen Mitteln den Status quo

aufrecht zu erhalten. Aus diesem Grunde wurde noch am gleichen Tag, als sich das kurdische Parlament in Südkurdistan nach sechs Jahren erneut versammelte, eine Sondersitzung der Regierung einberufen und anschließend gedroht, man werde die Entwicklungen sehr genau verfolgen und werde, sollten sich negative Entwicklungen anbahnen, notfalls auch militärisch eingreifen. Auch der Iran befindet sich in einer ähnlichen Situation. Iran sieht einen Machtwechsel im Irak als Vorboten eines bevorstehenden Machtwechsels im eigenen Land. Man weiß dort, dass eine Veränderung im Irak Rückwirkungen auf die eigene Situation haben wird.

Auch die arabischen Länder leisten Widerstand gegen einen US-Angriff. Es scheint unmöglich, dass sie eine ähnliche Haltung wie im 2. Golfkrieg einnehmen könnten. Zudem befürchten sie, dass ein Machtwechsel im Irak in der Folge auch zu Machtwechseln in allen anderen arabischen Staaten führen könnte. Aus diesem Grunde nimmt die Unterstützung für den Irak trotz der Widersprüche zu.

Wir können auch seit längerem beobachten, dass die USA große Anstrengungen unternehmen, um die irakische Opposition zu einigen. Gleichzeitig wissen wir aber, dass der beabsichtigte Erfolg ausgeblieben ist. Die kurdischen Parteien KDP und PUK sind die größte Kraft innerhalb der Opposition. Sie verfügen auch über eine gewisse Führung und Autonomie. Die USA versuchen diese beiden Kräfte für sich zu gewinnen und sie aktiv einzusetzen. Doch sowohl ihre internationalen wie auch ihre regionalen Beziehungen erweisen sich für dieses Vorhaben als hinderlich. Hier wären nur die Beziehungen zur Türkei zu nennen. Aufgrund der amerikanisch-türkischen Beziehungen und der "Sensibilitäten" der Türkei in Bezug auf mögliche kurdische Entwicklungen in Südkurdistan gelingt es nicht, die kurdischen Parteien in Südkurdistan so zu aktivieren, wie man sich dies erhofft.

Die USA sind, wie bereits gesagt, bemüht, Gegenstimmen entweder auf ihre Seite zu bringen oder doch zumindest zu neutralisieren. Für die USA ist die Unterstützung der Türkei bei diesem Angriff wichtig. Aber wir wissen, dass, auch wenn Teilübereinkünfte getroffen werden, die Türkei das Vorhaben der USA missbilligt und es zu verhindern sucht. Die gegenwärtige politische Situation in der Türkei trägt teilweise die Handschrift der US-Politik. Die USA haben zur Instabilität der Türkei und zu ihrer geschwächten Führung beigetragen. Nun versuchen sie ihre Politik der Türkei aufzuzwingen und die Türkei für ihre Irak-Politik zu gewinnen.

Der Zwang zum Wandel in der Türkei

Die Türkei hat das Potenzial, auf die Politik der Region Einfluss nehmen zu können. Der demokratische Veränderungskampf der kurdischen demokratischen Bewegung beginnt stärker zu werden. Diese Dynamik zwingt das Land zu ernsthaften Veränderungen und Umgestaltungen.

In diesem Zusammenhang sind auch die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU zu nennen. Die EU erzwingt ebenfalls Veränderungen in der Türkei - im Rahmen der Kopenhagener Kriterien. Vor diesem Hintergrund können wir sagen, dass auch eine Auseinandersetzung um eine Veränderung der Türkei geführt wird. Die USA erklären zwar, sie unterstützten die EU-Mitgliedschaft der Türkei, aber sie führen zusammen mit der EU eine Auseinandersetzung mit der Türkei.

All das hat die Türkei am 2. und 3. August zu Verfassungsänderungen bewegt. Diese Änderungen sind wichtig. Die Abschaffung der Todesstrafe, die Rechtsgarantie auf Bildung in der Muttersprache sowie das Recht auf Sendungen in kurdischer Sprache dürfen nicht unterschätzt werden. Seit ihrer Gründung kennt die Türkei die Todesstrafe und hat sie auch bis 1984 vollstreckt. Noch unmittelbar nach dem Militärputsch von 1960 wurde gegen den eigenen Ministerpräsidenten Menderes und zwei weitere Minister das Todesurteil vollzogen. Nun hätte sie die Möglichkeit gehabt, es gegen ihren "größten Feind, den Staatsfeind Nummer Eins," ebenfalls anzuwenden. Die Abschaffung der Todesstrafe mag für viele Länder kein großer Schritt sein, weil sie als etwas selbstverständliches erscheint; für die türkischen politischen Verhältnisse aber stellt dies einen wichtigen Schritt dar. Mit diesem Beschluss ist quasi die Todesstrafe gegen das kurdische Volk aufgehoben. Die Anerkennung des Rechts auf das Erlernen der Muttersprache und die Ausstrahlung von Sendungen in kurdischer Sprache können einen Durchbruch hinsichtlich der bisherigen Verleugnungspolitik gegenüber der kurdischen Sprache bedeuten. Diese Verleugnungspolitik ist bislang leider noch nicht vollständig beendet. Wenn aber diese Veränderungen weitergeführt werden, die notwendige Arbeit hierfür geleistet wird und in diesem Zusammenhang noch weitere Schritte unternommen werden, dann könnten die jüngsten Anpassungsgesetze den Anfang vom Ende für die Politik der Verleugnung alles Kurdischen darstellen.

Allerdings muss man auch die fehlenden Bemühungen sehen, diese Veränderungen in die Praxis umzusetzen. Dass die Anpassungsgesetze nur auf dem Papier existieren, führt zu Zeitverlusten für die Türkei. Sowohl die demokratischen Kräfte im Lande selbst wie auch die EU haben entsprechende Erwartungen. Es scheint, als mache die Türkei in gewisser Weise ihre Schritte von möglichen Entwicklungen im Irak abhängig. Gegenwärtig gibt es keine politische Kraft, die diese Veränderungen in die Praxis umsetzen könnte. Die vorgezogenen Wahlen am 3. November zielen darauf ab, eine solche Kraft hervorzubringen.

Die Wahlen sind Ausdruck eines Entschließungsprozesses im Hinblick auf den zukünftigen Weg der Türkei. Viele Faktoren deuten darauf hin, dass diese Entwicklung in Richtung auf demokratische Veränderungen geht. Die Vorbereitungen dafür sind getroffen. Hätten sich die sozialistischen und sozialdemokratischen Kräfte in dieser Situation verbündet, würde die Türkei noch entschlossener in die vorgezogenen Wahlen gehen können. Ein solches Bündnis ist allerdings nicht zustande gekommen.

Die türkischen Parlamentswahlen

Die bevorstehenden Wahlen sind für die Türkei von großer Bedeutung. Hier handelt es sich um einen demokratischen Prozess, in dem die innenpolitischen Strukturen neu bestimmt werden; und wenn in der Türkei ein solcher Prozess demokratischer Veränderung eintritt, könnte dieser in Kürze seine Wirkung auf die gesamte Region entfalten. Somit würde die Region nicht durch eine militärische Intervention in die Veränderung gedrängt werden; vielmehr ließe sich

eine mögliche militärische Intervention dadurch sogar verhindern. Auf der Grundlage einer regionalen Friedensgarantie könnte es hier zu einer inneren Dynamik kommen, die zusammen mit den regionalen Kräften eine demokratische Wandlung der Region beginnen könnte.

Daher haben die politischen Strukturen, die durch die Wahlen in der Türkei entstehen, für die Demokratisierung weitreichende Bedeutung. Sie könnten Frieden statt Krieg, statt des gegenwärtigen Konservatismus und Festhaltens am Status quo demokratische Veränderung auf die Tagesordnung setzen und verwirklichen.

Während die Wahlen für die unmittelbar vor demokratischen Veränderungen stehende Türkei eine Chance darstellen, zwingen Verbotsmentalität und Kräfte, deren Demokratieverständnis nur durch Kontrolle geprägt ist, ihr antidemokratisches Verhalten auf.

Die Kurden haben gemeinsam mit demokratischen Kräften den Block "Arbeit, Frieden und Demokratie" gebildet und sind bemüht, bei den Wahlen eine demokratische linke Alternative zu schaffen. Das ist für den Veränderungsprozess und die Demokratisierung in der Türkei, aber auch für die Lösung der kurdischen Frage eine große Chance. Doch es gibt starke Bemühungen dahingehend zu verhindern, dass der politische Wille der kurdischen Wähler im Parlament repräsentiert wird. Als würde die 10%-Hürde nicht ausreichen, wurde nun auch die Kandidatur des Menschenrechtsaktivisten Akin Birdal und des HADEP-Vorsitzenden Murat Bozlak nicht zugelassen. Auch kommt es zu den unterschiedlichsten Arten von Repression. Es gibt starke Zweifel daran, dass die Wahlen demokratisch und rechtmäßig ablaufen werden. Die Überwindung der 10%-Hürde trotz aller Behinderungsversuche und der Einzug der DEHAP ins Parlament wird einen wichtigen Schritt bei der Demokratisierung der Türkei darstellen. Gleichzeitig wird die Umsetzung der Anpassungsgesetze erleichtert. Ansonsten wird der Wählerwille des kurdischen Volkes nicht im Parlament repräsentiert sein.

B90/Die Grünen haben bei den Wahlen am 22. September 2002 einen Stimmenanteil von 8,6% erhalten. Dies wurde als Erfolg gefeiert und nun werden sie als Koa-



DEHAP-Wahlveranstaltung in Mersin

Foto: DIHA

litionspartner die Regierung mitgestalten. Die DEHAP dagegen, die mindestens 9,5% der Stimmen erhalten kann, würde aufgrund der Hürde die Wahlen verlieren. Viele Staatsvertreter versuchten, eine Nichtreduzierung der Wahlhürde mit dem Kurdenfaktor zu erklären. Dies könnte darauf hindeuten, dass auch diese Wahlen eher eine Art Zwischenwahl darstellen und wahre Veränderungen nicht stattfinden werden.

Auch kleine Schritte in Richtung Demokratisierung der Türkei finden sehr rasch im Iran, Irak, Syrien und in anderen Bereichen der Region ihr Echo und eröffnen auch in diesen Ländern einen Weg für demokratische Veränderungen. Aus diesem Grunde ist der Prozess, in dem sich die Türkei befindet, wichtig. Wird es in der Türkei Veränderungen geben, deren innere Dynamik demokratische Veränderungen in der Region erzwingt, oder wird sie sich an der US-Intervention beteiligen und sich für einen Angriff ausnutzen lassen? Noch scheint keine Entscheidung gefallen zu sein.

Für die Kurden ist dies eine historisch wichtige Situation. Unabhängig davon, welcher Weg beschritten wird, ob es Demokratisierungsmöglichkeiten in der Türkei geben wird oder ob ein militärischer Angriff der USA zu Veränderungen führt: Die kurdische Frage ist in allen Fällen unmittelbar

betroffen. Die Kurden werden im Falle einer Auseinandersetzung, eines Krieges, gewollt oder ungewollt aktiv teilnehmen müssen. Es wird sicherlich Kräfte geben, die zu verhindern versuchen, dass die Kurden diese Entwicklungen für ihre eigenen Zwecke nutzen und selbst die Initiative ergreifen und sich dem entgegenstellen. Mächte wie die Türkei und der Iran, die sich seit langer Zeit mit der kurdischen Frage plagen und Angst davor haben, dass die kurdische demokratische Politik die Initiative gewinnt, werden in diesem Zusammenhang in erster Linie versuchen, die nationale demokratische kurdische Opposition auszugrenzen. Das wiederum könnte zu Auseinandersetzungen führen. Wir sprechen hier allerdings nur von Möglichkeiten.

Dies alles zeigt, dass die Region eine kritische und wichtige Phase der Auseinandersetzung durchläuft und deshalb ein aufmerksames und verantwortungsbewusstes politisches Vorgehen unumgänglich ist. Diese Zeit gegenwärtiger und bevorstehender Veränderungen stellt gleichzeitig für das kurdische Volk eine historische Chance dar. Wir stehen an einem Wendepunkt im Hinblick auf die demokratische Lösung der kurdischen Frage. Diese Chance sollte ergriffen werden.

Vierter Jahrestag des Komplotts gegen Abdullah Öcalan

Das Komplott vom 9. Oktober richtete sich in der Person Abdullah Öcalans gegen die Völker der Region und die Menschheit

Vor genau vier Jahren wurde ein Komplott gegen den Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, durchgeführt. Dieses war nicht ausschließlich gegen die Person Öcalans gerichtet, sondern vor allem gegen die von ihm vertretenen Werte und Vorstellungen. Es stellte somit ein gegen die gesamte Region des Mittleren Ostens und gegen die Menschheit gerichtetes Komplott dar.

ie von der PKK im Mittleren Osten beharrlich angestrebte Lösung der kurdischen Frage, die einen der brisantesten Konflikte dieser Welt und damit auch des Mittleren Ostens darstellt, hat die reaktionären Kräfte und die herrschenden internationalen Kräfte zu einer Front zusammengeführt. Dass ein Volk ohne jeglichen Status einen nationalen Befreiungskampf begonnen hat, hat so manche Pläne und Machenschaften zunichte gemacht. Daher sahen sich diese Mächte gezwungen, die Entwicklung dieses Befreiungskampfes und damit eines Völkerfriedens zu stoppen. Als die PKK anlässlich des Antikriegstages 1998 einen Waffenstillstand ausrief, um damit den Weg für eine politisch-demokratische Lösung zu ebnen und den Frieden unter den Völkern der Region zu erreichen, haben die zum Komplott vereinten Kräfte mit einer Initiative, die in der Region einen Krieg hätte auslösen können, die Friedensbemühungen hintertrieben. Ein Angriff auf den Vorsitzenden Abdullah Öcalan hätte zum Krieg in der Region geführt. Es war eine gefährliche Initiative, deren Erfolg einen Frieden zwischen dem türkischen und kurdischen Volk unmöglich gemacht

Um einen möglichen Krieg in der Region zu vermeiden und die Linie der demokratischen Einheit und der friedlichen Lösung weiterzuentwickeln, verließ Abdullah Öcalan Syrien. Dies leistete einen wichtigen Beitrag für den Frieden in der Region und vereitelte die Pläne der auf einem Krieg beharrenden Kräfte. In einer Zeit, in der eine Neustrukturierung der Region auf der Tagesordnung steht, wird nochmals deutlich, dass ein solches Komplott den Beginn dieser Neuordnung markieren sollte. Doch die Schritte des Vorsitzenden Abdullah Öcalan haben diese für die Menschheit katastrophalen Entwicklungen stoppen können.

In diesem Sinne hat die kurdische Seite seit mehr als drei Jahren nun den bewaffneten Kampf eingestellt und beschreitet im Interesse und zum Vorteil der Rechte des türkischen und kurdischen Volkes sowie der Völker der Region des Mittleren Ostens eine Linie der Friedenspolitik. So hat die Arbeiterpartei Kurdistans auf dem letzten Parteikongress ihre Auflösung beschlossen und es kam zur Gründung des Kongresses für Freiheit und Demokratie in Kurdistan (KADEK), dessen Vorsitz Abdullah Öcalan hat. Aber gegen diese Absichten des kurdischen Volkes, Frieden erlangen zu wollen, sträuben sich noch immer viele Kräfte, sowohl in der Türkei als auch in der gesamten Welt. In diesem Zusammenhang ist auch die Aufnahme der Arbeiterpartei Kurdistans in die Liste der terroristischen Organisationen der EU als Fortsetzung des Komplotts zu sehen, womit die Bemühungen des kurdischen Volkes für die Anerkennung seiner demokratischen Rechte und für die demokratische Entwicklung der Türkei und damit des Mittleren Ostens kriminalisiert werden sollen. Doch diese von Herrn Öcalan so beharrlich entwickelte und fortgesetzte Friedenslinie der kurdischen Seite hat in der Türkei wichtige Diskussionen nach sich gezogen: Zum ersten Mal wurde von der Existenz des kurdischen Volkes und seiner Rechte gesprochen. Ergebnis dieser Diskussionen ist das vom türkischen Parlament verabschiedete Gesetzespaket, das



eine Abschaffung der Todesstrafe sowie Unterricht und Sendungen in kurdischer Sprache vorsieht. Es ist zugleich Ausdruck der Niederlage der sich an das Komplott klammernden Kräfte und Ausdruck des Sieges der Friedenslinie des kurdischen Volkes, die u.a. mit der erfolgreich durchgeführten Identitätskampagne unterstrichen wurde. Dies bedeutet jedoch nicht, dass damit das gesamte Komplott vereitelt wurde. Wenn wir die Möglichkeiten, die die neue Phase uns bietet, nicht wahrnehmen, dann kann es jederzeit zur Entwicklung neuer Komplotte kommen. Unser aller Engagement für Frieden, Freiheit und Demokratie ist gefordert. So hoffen wir, dass auch die am 3. November in der Türkei anstehende Wahl einen Sieg der demokratischen Kräfte und damit der fortschreitenden Demokratisierung der gesamten Region mit sich bringen

Wir protestieren gegen das internationale Komplott!

Freiheit für Abdullah Öcalan!

Es lebe das gleichberechtigte freie Zusammenleben der Völker!

YDK, 8. Oktober 2002 (Kurdische Demokratische Volksunion)

"Die Türkei ist zwar eine Republik, aber es fehlt ihr die Stütze der Demokratie"

Interview mit Salih Acar, HADEP, zu den türkischen Parlamentswahlen am 3. November

Die HADEP (Partei der Demokratie des Volkes) hat zusammen mit der neu gegründeten SDP (Sozialistische Demokratische Partei) und der EMEP (Partei der Werktätigen) für die Wahlen die DEHAP (Demokratische Volkspartei) gebildet. Unter deren Dach tritt das Wahlbündnis als BLOCK FÜR ARBEIT, FRIEDEN UND DEMOKRATIE gemeinsam an.

Nach jetzigem Stand wird am 3. November 2002 in der Türkei vorzeitig gewählt werden. Wie bereitet sich Ihre Partei darauf vor? Welche Prioritäten setzt sie?

Wie man sieht, wird die Wahl für die Zukunft der Türkei eine große Rolle spielen. Die Türkei wird damit ihre Zukunft gestalten. Die Wahl findet nicht unter normalen Bedingungen statt, denn den Parteien werden die Bedingungen diktiert. Deswegen wird diese Wahl keine Stabilität für die Türkei bringen und auch keine fundamentalen Lösungen ermöglichen. Nach den Wahlen wird ihre Legitimität in Frage gestellt und erneut eine Diskussion über vorgezogene Wahlen stattfinden. Außerdem wurden vier Parteivorsitzende von den Wahlen ausgeschlossen. Auch das ist ein Zeichen dafür, dass die Wahlen nicht unter normalen Bedingungen stattfinden. Parteien wie die ANAP, DSP, MHP, YTP, SHP, SP, die eine große Bedeutung für die politische Landschaft der Türkei haben, werden unter der 10%-Hürde bleiben und somit für längere Zeit aus der politischen Arena verschwinden. All dies zeigt, dass diese Wahl zu einem von den vorangegangenen Wahlen stark abweichenden Ergebnis führen wird.

Ihre Partei führte ja weitgehende Gespräche mit anderen türkischen Parteien für ein Bündnis. Das Bündnis kam nicht zustande. Ihre Partei erklärte die Bündnisgespräche für beendet. Können Sie uns mehr über ihre Bündnisbemühungen sagen, mit wem und unter welchen Voraussetzungen diese geführt wurden? Was waren die Gründe für das Scheitern der Gespräche?



DEHAP in Hakkari

Foto: DIHA

Die Bündnisbemühungen der HADEP dauern seit Jahren an. Die HADEP versuchte ein Bündnis mit linken demokratischen Kräften, ähnlich dem italienischen Olivenzweig-Projekt. Die Türkei wird seit dem 12. September 1980 mit der militärischen Verfassung regiert. Rechtsnationalistische Parteien bildeten immer die Regierung. Der Staat wurde von antidemokrati-

schen Kräften unterwandert und ist somit zu einem reaktionären Unterdrückungsapparat verkommen.

Um diese undemokratische Struktur und Unterdrückung zu beenden und für die Verabschiedung der Anpassungsgesetze im Rahmen der demokratischen EU-Normen bedarf es eines Bündnisses der demokratischen Kräfte. Die demokratischen oder sozialdemokratischen Parteien und Organisationen haben einzeln weder die Kraft noch eine Chance für die Bildung der Regierung. Zur Demokratisierung der Gesellschaft und des Staates bedarf die Regierung der demokratischen Kräfte. Alle Kräfte, die für eine demokratische Gesellschaft und Regierung eintreten, müssten ein Bündnis schließen. Dieses Potenzial ist stark genug, allein die Regierung zu stellen. Von unserer Seite wurde sehr viel für dieses Bündnis getan, aber leider ist das gewünschte Ergebnis ausgeblieben.

Die HADEP hat erklärt, dass sie zu einem Bündnis von liberalen bis zu sozialistischen und sozialdemokratischen Kräften bereit ist, und sie hat auch in diesem Rahmen mit allen Parteien Gespräche geführt, sogar mit der SP. Sie unterbreitete der CHP und der ANAP Vorschläge für ein Bündnis. CHP, ANAP, DSP, YTP waren noch nicht einmal bereit, mit der HADEP zu sprechen. Mit SHP und ÖDP wurden lange Gespräche geführt. Es wurde auch eine Übereinkunft erzielt, aber später sind diese beiden Parteien entgegen den eigenen Interessen und denen der demokratischen Kräfte aus den Gesprächen ausgestiegen. Mit einfachen und unlogischen Begründungen erklärten sie, dass sie kein Bündnis eingehen werden. Klar ist aber, dass keine dieser beiden Parteien die 10%-Hürde erreichen wird. Die SHP kann noch nicht einmal an den Wahlen teilnehmen.

Es ist klar, dass hier nicht mit politischer Logik gehandelt wurde. Wenn ja, wie soll dann diese Situation erklärt werden? Es besteht kein Zweifel daran, dass der Staat die Bedingungen diktiert. Außerdem werden ANAP, SP, DSP, YTP unter der 10%-Hürde bleiben und somit nicht im Parlament vertreten sein. Wer mit der HADEP ein Bündnis schließt, wird mit Sicherheit die 10%-Hürde schaffen und eine starke Gruppe im Parlament bilden. Aus dieser Analyse geht hervor, dass das Regime gewillt ist, die HADEP zu isolieren und aus dem System auszuschließen und in die Wahlen einzugreifen. Wenn man bedenkt, dass die Parteien und zivilen Institutionen gegenüber dem Staat und der Militär-Bürokratie sehr schwach sind, erkennt man, dass es sehr schwer für sie ist, mit der HADEP ein Bündnis einzugehen. Eine Nichtbehinderung des Bündnisses mit

der HADEP würde bedeuten, dass sich die Türkei für demokratische Reformen entscheidet.

Das oligarchische System ist für die Reformen, für die demokratische Umwandlung noch nicht bereit. Es herrscht ein Programm der politischen Strukturierung unter staatlicher Kontrolle. Unter diesen Bedingungen ist klar, dass es keine Erlaubnis für ein breites demokratisches Bündnis geben wird.

Wie bewerten Sie die Aktivitäten der DEHAP und welche Chancen geben Sie ihr?

Die Plattform für Arbeit, Frieden und Demokratie hat sich über die Grundfragen der Türkei geeinigt. Das Programm des Bündnisses ist im Rahmen des Friedens, der Demokratie, der Geschwisterlichkeit des



DEHAP-Wahlkampf in Hakkari

Foto: DIHA

kurdischen und des türkischen Volkes und zur Bekämpfung der Armut entstanden. Es war sehr wichtig, sich über diese Grundfragen zu einigen. Die Türkei ist zwar eine Republik, aber es fehlt ihr die Stütze der Demokratie. Mit der Demokratisierung der Republik würden die Verleugnungspolitik beendet und das historische Unrecht und die Zerstörung beseitigt werden. Der Zustand von Krieg, Aufstand und Auseinandersetzung wird überwunden werden und die Türkei wird sich stabilisieren können. Das würde Demokratisierung und Frieden für den gesamten Mittleren Osten bedeuten können. Ausbeutung, Folter und Menschenrechtsverletzungen könnten beendet und die Bedingungen für die freie Entfaltung der Individuen geschaffen werden. Aus diesen sehr grob dargestellten Grundrissen des Bündnisprogramms geht hervor, wie wichtig es für die Türkei und die gesamte Region ist. Alle, die für eine Türkei der gleichen und freien Bürger eintreten, die den inneren Frieden erreichen, die Ausbeutung und Unterdrückung beseitigen wollen, sollten ihre Stimmen der DEHAP geben. Denn jede Stimme für die DEHAP wird eine Stimme für die Einheit, den Frieden und die Freiheit sein.

Ministerpräsident Ecevit hat öffentlich Ihre Partei als Gefahr für die Türkei dargestellt, wenn es Ihnen gelingen sollte, die 10%-Hürde zu überwinden. Warum erklärt ein Minister, dessen Partei nach Umfragen keine Chance hat in das Parlament einzuziehen und mit jedem Tag an Bedeutung verliert, Ihre Partei zur Gefahr?

Sicher ist, dass Ecevit die 10%-Hürde nicht schaffen wird. Ecevits Partei wird nicht nur unter der 10%-Hürde bleiben, mit diesem Ergebnis wird sie vollständig zerfallen und aus der politischen Szene verschwinden. Bekannt ist, dass Ecevit schon sehr alt und krank ist. Somit ist er nicht mehr in der Lage die Partei zu leiten. Anstatt mit der HADEP ein Bündnis zuschließen und in der Türkei für die innere Sicherheit einzutreten und seine Partei zustärken, nimmt Ecevit es in Kauf, dass seine Partei zerfällt. Diese Bemühungen und Verhaltensweisen gehören zur Staatspolitik. Ecevit und einige Staatsherrschende fürchten sich vor den demokratischen Kräften. Sie fürchten auch, dass Kurden ins Parlament gelangen, ihre Legitimität und somit ihre legalen Rechte erhalten. Ecevit und seines gleichen möchten die HADEP und die Kurden an den Rand des Systems drängen. Die HADEP sowie die Kurden sollen weiter erniedrigt, schuldig und verboten werden.

Welche Perspektiven sehen Sie nach dieser Wahl? Welche Fortschritte können Sie für sich erhoffen?

Unsere Überlegung ist, den Wahlkampf vorwiegend in den Metropolen der Türkei zu führen. In Bezirken mit vielen Kurdinnen und Kurden sind wir sowieso die erste Partei, Sicher ist, dass breite Kreise ihre Stimme der DEHAP geben werden. Unser Schwerpunkt wird in den Städten sein, wo überwiegend viele Kurden und Arbeiter leben. Die Demokratisierung der Türkei wird im Parlament unsere Hauptaufgabe sein. Bekannt ist, das in der Türkei Zehntausende immer noch keine politischen Rechte besitzen. Tausende Menschen werden noch in den Gefängnissen festgehalten. Wir werden für Meinungsfreiheit, für ein Ende politischer Verbote, gegen Folter und gegen die außerordentliche Regierungsweise eintreten. Wir werden auch demokratische Reformen entwickeln, damit die Türkei in die EU eintreten kann. Auch gegen Armut und Korruption werden wir kämpfen und für soziale Rechte und Sicherheit eintreten.

Was können Ihrer Meinung nach neugegründete Parteien, angesichts der 10 %-Hürde und des Verbots von Wahlbündnissen, bei dieser Wahl bewirken? Handelt es sich nur um eine neue Verpackung, oder ist eine Neubewertung nötig?

Die Türkei sucht ihre eigene Zukunft. Der Platz der HADEP und der demokratischen Kräfte in der Türkei wird an der Seite des Friedens, der Freiheit und der Demokratie sein. Einige Kräfte im Staat wehren sich gegen diese Umwandlung der Türkei. Unserer Meinung nach muss sich die Türkei ändern. Das jetzige Regime ist nicht zum Vorteil des türkischen Volkes. Der beste Beweis dafür ist die schwere politische und wirtschaftliche Krise. Die Türkei trägt einen hohen Schuldenberg auf seinem Rücken.

Während des 15 jährigen Konflikts sind Zehntausende gestorben, tausende Dörfer wurden zerstört. Millionen Menschen haben durch den Krieg großes Leid ertragen müssen. Diese Regierungsweise und ihre Folgen sind nicht zum Vorteil der Türkei. Die Türkei ist an einem historischen Punkt der Umwandlung angelangt. Für eine Demokratie in der Türkei wurde viel gekämpft. Dafür wurde ein hoher Preis gezahlt und es hat viele Opfer gegeben. Für die Türkei gibt es keine andere Zukunft als die Demokratie. Wir sind sicher, dass die demokratischen Kräfte gewinnen werden. Trotz Verbote und Unterdrückung werden wir den demokratischen Kampf weiterführen. Der Kampf wird sich natürlich auf die Wahlen auswirken. Die Gegner der Demokratie werden versuchen, die DEHAP unter der 10% Hürde zuhalten. Antipropaganda, Verleumdung, Drohungen gegen Menschen, die ihre Stimme der DEHAP geben, Wahlbetrug etc. werden ihre Methoden

Wie schätzen Sie die Verbotsdrohung gegen die HADEP ein? Wie begegnen Sie ihr?

Die Wahlatmosphäre 2002 in der Türkei ist zum Vergleich zu 1995 und 1999 deutlich positiver. Wenn in den nächsten Tagen der Druck gegen uns nicht steigt, ist die politische Atmosphäre gegenüber den vorherigen Wahlen trotz der andauernden Behinderungen positiver. Bei den vorherigen Wahlen herrschte ein unglaublicher Terror. "Verschwinden lassen" von Menschen, Folter und ständige Verhöre sowie jeglicher Druck waren präsent. Besonders in den letzten 3 Jahren, nach der Beendigung der militärischen Auseinandersetzung, hat sich die Lage deutlich beruhigt. Trotzdem ist das türkische Regime fest entschlossen, die

HADEP aus dem Parlament auszuschließen. Auch wenn die HADEP ausreichend Stimmen bekommt, wird der höchste Wahlausschuss das Wahlergebnis zu manipulieren versuchen. Besonders in den ländlichen Gebieten ist es einfach, die Wahlurnen zu stehlen. Der Betrug bei den Wahlen und die damit verbundene Zerstörung sollten beachtet werden. Trotz alledem vertrauen wir unserem Volk. Durch das Regime und seine Politik hat das Volk sehr leiden müssen, nun hat das Volk das Leiden satt. Wir glauben fest, dass wir die 10%-Hürde schaffen. Unser Volk ist mutig und fest entschlossen dem Staatsdruck entgegenzuwirken.

Baghdads Schachzug, Amerikas Drang und die Lösung

Von Cemal Uçar, Journalist

Das Spektakel im New Yorker Haupt-quartier der Vereinten Nationen am 16. September war zweifellos sehenswert und jämmerlich zugleich. Der irakische Außenminister Naci Sabri ließ auf dem labilen diplomatischen Terrain der UN auf spektakuläre Weise einen persönlich unterschriebenen Brief an UN-Generalsekretär Kofi Annan weiterleiten, um anschließend alle Pläne der USA bis auf weiteres ins Wanken zu bringen: "Ich freue mich, Sie über die Entscheidung der Regierung der Republik Irak zu informieren, die Rückkehr der Waffeninspekteure der Vereinten Nationen ohne Bedingungen zu erlauben. Die Regierung der Republik Irak hat mit dieser Entscheidung auf Ihren Appell und ebenso auf die Appelle des Generalsekretärs der Arabischen Liga sowie arabischer, islamischer und anderer befreundeter Länder reagiert."

Dieser Schachzug hat die mit Eifer auf eine UN-Resolution hinarbeitenden Washingtoner Falken beträchtlich in die Bredouille gebracht. Jedoch trug die Rede von US-Präsident Bush vor der Vollversammlung der UN erheblich dazu bei, dass Baghdad eingelenkt hat. Dabei wollten die Amerikaner diesen nun für sie international zum Hindernis gewordenen Erfolg eigentlich gar nicht haben. Bushs Vizepräsident Dick Cheney und der Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hatten schon vor Wochen deutlich gemacht, dass es den USA überhaupt nicht um die Waffenkontrolleure gehe. Der Irak stelle vielmehr eine Bedrohung dar, die ausgeschaltet werden müsse unabhängig davon, ob der Irak wieder Kontrollen zulasse oder nicht. Im Klartext geht es den Amerikanern somit um den Sturz Saddam Husseins.

Auch das "Time"-Magazin vertritt diese Meinung: "Bush geht es nicht darum, Saddam Hussein zur Annahme der Sicherheitsratsbeschlüsse zu zwingen, sondern mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft um die Beseitigung seines Regimes."

Dies zeigte auch die Reaktion aus Washington. Das Weiße Haus und Außenminister Colin Powell waren unmittelbar nach der Verkündung der Botschaft aus Baghdad erwartungsgemäß hart eingestimmt: "Dies ist ein weiterer taktischer Zug, den Saddam Hussein betreibt."

Ihre Kriegspläne hingegen müssen sie vorerst in den Datenbanken des Pentagons ruhen bzw. reifen lassen. Zwar laufen die Vorbereitungen für einen Angriff auf den Irak nach wie vor auf Hochtouren, doch sobald die UN-Inspekteure ihre Arbeit im Irak aufnehmen, was die US-Regierung in jedem Fall verhindern will, wird sich einiges ändern. Denn wenn die Inspekteure dort mit ihrer Suche nach ABC-Waffen erst begonnen haben, wird es längere Zeit dauern, bis sie das Land wieder verlassen, und vieles wird dann davon abhängig sein, wie ihr Bericht ausfällt. Damit ist nicht vor Januar 2003 zu rechnen, d.h. ein Angriff der USA würde erst zwischen Februar und April 2003 in Frage kommen.

Die Verhandlungen zwischen dem Irak und der Kommission zur Kontrolle des irakischen Waffenarsenals (UNMOVIC) haben bereits begonnen. UNMOVIC wurde von den Vereinten Nationen im Dezember 1999 mit der Resolution 1284 ins Leben gerufen. Sie folgte der UN-Sonderkommission UNSCOM, die seit 1991 die irakischen Arsenale für Massenvernichtungswaffen inspiziert und deren Zerstörung überwacht hatte. Nachdem der Irak seine Zusammenarbeit mit der UNSCOM aufgekündigt hatte, zog sich die Sonderkommission im Dezember 1998 zurück. Seitdem hat kein UN-Waffeninspekteur mehr das Land betreten, da der Irak sich weigerte, weitere Kontrollen zuzulassen. Die Amerikaner haben seitdem die Situation vor allem dazu genutzt, im Irak zu intervenieren. Militärisch blieb die Lage seit einigen Jahren relativ ruhig, bis auf vereinzelte Raketenangriffe auf irakische Basen und Radarstellungen im Zuge der Operation Northern Watch/Operation Southern Watch durch US-amerikanische und britische Kampfjets. Wirtschaftlich wurde das Land jedoch systematisch marodiert.

Zwar versucht das Weiße Haus, sich nach außen hin unbeirrt zu zeigen, doch es scheint nicht einfach zu sein, das irakische Angebot ohne weiteres zurückzuweisen. Das überraschende Angebot bringt die Regierung von George W. Bush in Zugzwang. Sie muss die zweifelnde Welt und die eigene Bevölkerung in erster Linie davon überzeugen, dass sich mit dieser neuen Linie Bagdads nichts verändert hat. Zwar gibt es momentan genügend Gründe für eine politische Intervention im Irak, für militärische Schritte ist jedoch wesentlich mehr nötig, vor allem Legitimität.

Obwohl die Lage äußerst prekär ist, bleiben die USA auf ihrem Kurs: "Wir sind zuversichtlich, dass der Irak damit keinen Erfolg haben wird.", ließ ein Mitarbeiter von Außenminister Colin Powell verlauten, während die EU, Russland und andere Länder das Einlenken Baghdads begrüßten und die Front bereits zu bröckeln begann. Für US-Außenminister Powell wurde damit die Aufgabe, innerhalb der Vereinten Nationen eine Allianz gegen den Irak zu schmieden, nach Einschätzung von Experten deutlich schwieriger.

Nach Meinung des Nahost-Experten der "New York Times", Thomas Friedman, wird es schwierig für das Weiße Haus sein, das Ganze nur als Trick und Betrug abzutun. Das "Time"-Magazin sieht für das Weiße Haus sogar keine andere Chance, als das Angebot aus Baghdad anzunehmen. Somit habe der Irak "einen dramatischen Sieg" errungen. Damit befinden sich die USA in einer paradoxen Situation.

Der ehemalige amerikanische UN-Botschafter Richard Holbrooke nannte es ein großartiges Beispiel dafür, dass sich der Kurswechsel des Weißen Hauses gelohnt habe, nach monatelangem Zögern doch noch die UN einzuschalten. Die Frage sei nur, ob das irakische Angebot eine Bedeutung habe; das Einlenken sei umsonst, wenn die USA auf ihrem Ziel eines Regimewechsels in Baghdad weiterhin bestehen.

Auch innenpolitisch setzt Baghdads Zug den US-Präsidenten massiv unter Druck. Die bedrängten Demokraten erhalten hierdurch mitten im Legislativwahlkampf am 5. November wieder Aufwind. Spitzenpolitiker der Partei hatten Verärgerung darüber geäußert, dass das Weiße Haus mit dem Thema Irak die gesamte Wahldebatte zu beherrschen suche und damit andere Themen wie die Sozial- und Wirtschaftspolitik nicht mehr zulasse. Die Demokraten zeigten zudem Unmut über das Drängen Bushs, dass der Kongress einen Militärschlag gegen den Irak noch vor dem Ende der Legislaturperiode Anfang Oktober per Resolution billigen solle.

Aber auch die Erzkonservativen in der Regierung und im republikanischen Lager fühlen sich in ihrer Kritik bestätigt. Sie hatten lange für einen amerikanischen Alleingang ohne die in ihren Augen zögerliche oder gar amerikafeindliche UN plädiert. Doch unter dem Druck der Gemäßigten wie Außenminister Powell und des Auslands hatte Bush sich schließlich bereit erklärt, die Vereinten Nationen mit einzuschalten. Und damit musste sich Bush auf die Spielregeln der Vereinten Nationen einlassen, und die Frage von Waffeninspektionen wurde zu einem zentralen Test für die Kooperationsbereitschaft Saddams.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob mit der Wiederaufnahme der Inspektionen alle Probleme ein Ende finden, denn problematisch sind nicht nur die ABC-Waffen des Irak. Solange dort ein totalitäres Regime herrscht, das die Menschenrechte mit Füßen tritt, keine demokratischen Umstrukturierungen zulässt und alle Freiheiten unterbindet, wird es auch keine umfassende Lösung geben. Ein undemokratisches Regime ist jederzeit in der Lage, sich mit Allerlei zu bestücken; an Geld fehlt es nicht. Das Erdölpotenzial aus den kurdischen Regionen um Mossul und Kirkuk wurde jahrzehntelang zur Militarisierung und Unterdrückung der Kurden und der eigenen Bevölkerung ausgeschöpft.

Im Klartext heißt dies, dass selbst wenn die Inspekteure in das Land einziehen und alle Massenvernichtungswaffen vernichten, noch viele Fragen offen bleiben. Denn mit dem derzeitigen Regime ist kein einziges Problem zu lösen.

In Südkurdistan gibt es seit 1991 de facto einen Staat. Wird Baghdad, wie in der Vergangenheit, alle Versprechen wieder mit Füßen treten und die Menschen weiterhin unterdrücken, werden die Menschen sich weiterhin dem Regime unterwerfen müssen? Und was ist die Alternative?

Um das Problem ohne eine militärische Intervention zu lösen, hat Baghdad eine einzige Chance: eine zur Demokratisierung des Landes führende Systemänderung:

- Aufhebung von Beschränkungen und Repressionen aller Art
- Dezentralisierung der Kurdenregionen
- Zulassung aller dort ansässigen politischen Parteien, inklusive der kurdischen, und Einführung von freien Wahlen.

Ohne diese grundlegenden und glaubwürdigen Ansätze wird es dort keine Lösung geben.

In puncto Kurdenfrage sind manche wohlgefeilten Worte, wie kürzlich die des Außenministers Naci Sabri, für die Kurden irrelevant: "Die Lösung dieses Problems ist innerhalb der Einheit des Staates, des Landes, der Bevölkerung zu finden. Wir haben in den achtziger Jahren ein Autonomieabkommen implementiert.

Die Autonomie, die irakische Kurden genießen, ist ein Teil der Republik Irak. Eine andere, nicht in diesen Rahmen passende Lösung würde scheitern und in der Region weiterhin eine Krise verursachen." Unerwähnt bleibt von Sabri jedoch, dass es nicht die Kurden waren und sind, die in der Region Krisen verursachen.

Konkret: Ohne die Lösung der fundamentalen Probleme im Irak wird die gesamte Region auch in Zukunft nicht zur Ruhe kommen. Und umgekehrt, mit einer demokratischen Einstellung würde der Irak zu einem Modell für die gesamte Region aufsteigen. Dann wäre auch eine Aufarbeitung der Vergangenheit möglich. Dies könnte vor allem dazu führen, dass die Kurden ohne die jahrzehntelange schmerzhafte Vergangenheit zu vergessen - den Beteiligten aller Verbrechen gegen die Menschlichkeit eventuell vergeben können.

Den Irak lediglich militärisch anzugreifen, ohne dieses umfassendere Ergebnis zu erzielen, würde vermutlich noch schlimmere Folgen für alle Beteiligten haben. Denn der gegenwärtige Versuch der Amerikaner, eine Koalition aus Exil-Irakern zu bilden, ist zum Scheitern verurteilt. Diese unter sich zerstrittene, aus Bankrotteuren und teilweise aus Kriegsverbrechern bestehende Koalition könnte nicht einmal das Ergebnis der Nordallianz in Afghanistan einbringen. Die Amerikaner sind also vor allem auch deswegen in Schwierigkeiten, weil sie keinen akzeptablen Plan für eine Post-Saddam-Ära vorweisen können.

Eine militärische Intervention würde ohne einen konkreten und unter der Beteiligung aller Gruppen erarbeiteten Regierungsplan das Land irreparabel ruinieren, zu Rivalisierungen und letzten Endes zum Chaos führen. Der Irak

Die Bedeutung mancher Gebiete lässt sich nicht nur aus der aktuellen Situation erklären

Vom Präsidialrat des KADEK - aus Serxwebun, August 2002

Das Problem um den Irak betrifft nicht nur dessen Nachbarländer oder die USA, die gegen ihn vorgehen wollen. Die Frage der Intervention in den Irak wird derart intensiv diskutiert, weil der Irak nicht nur "irgendein" Land der Erde ist. Unabhängig von der eigenen Stärke ist es niemandem möglich, dort "sofort einzumarschieren".

Die heutige Situation lässt sich schwerlich aus der Sicht des Jahres 1991 beschreiben, als die Intervention noch leichter zu realisieren war, weil damals andere Bedingungen herrschten. Der Realsozialismus hatte sich aufgelöst. Auch wenn hauptsächlich interne Faktoren für das Ende der Sowjetunion verantwortlich waren, haben doch weltweite Entwicklungen und der Einfluss der NATO mit ihrer stärksten Kraft, den USA, eine wichtige Rolle dabei gespielt. Die folgenden neuen internationalen Gleichgewichte und Beziehungen zeichneten sich noch nicht klar ab. Nach der irakischen Invasion in Kuwait intervenierten die USA für ihre militärischen, politischen und wirtschaftlichen Profite im Irak und wurden dabei von nahezu allen anderen internationalen und regionalen Mächten freiwillig oder unfreiwillig unterstützt. Die arabischen Staaten stimmten zu, nur die Befreiungsorganisation Palästinas nicht, und der Iran schwieg. Die Türkei unter Özal spielte als Regionalmacht an der Seite der USA eine wichtige Rolle bei der Niederlage des Iraks.

Einer der wichtigsten Gründe dabei war für die Türkei die Furcht vor einem Verlust ihrer strategischen Bedeutung nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus. Mit einer Steigerung der Spannung in der Region, davon ging sie aus, steige auch ihre strategische Bedeutung als wirksamste Regionalmacht des internationalen Systems wieder.

Die politischen Voraussetzungen von gestern und heute ähneln sich nicht; was sich nicht verändert hat, ist die Bedeutung des Iraks.

Die Realität des Iraks muss klar werden

Mesopotamien lag sozusagen im Zentrum der "Globalisierung" in vorantiken Zeiten, Untermesopotamien umfasste den Irak und Obermesopotamien das gesamte Kurdistan. Manche geographischen Regionen leiten ihre aktuelle Relevanz aus ihrer historischen Bedeutung, ihrer geostrategischen Lage oder ihrer Zivilisationsgeschichte her; eine davon ist der Irak.

Die Lage des Iraks inmitten arabischer, türkischer und persischer Gesellschaften, zusätzlich der kurdischen, verleiht der Region im Gegensatz zu anderen ihre Bedeutung. Von den Urzeiten bis zur Entstehung des aktuellen politischen Systems haben hier ethnische und nationale Unterschiede eine Rolle gespielt, in diesem Gebiet haben arabische, persische und türkische politische Systeme opponiert. Der Mittlere Osten hat in den letzten 2 Jahrhunderten an Bedeutung gewonnen und wird die politischen Verhältnisse künftig noch mehr beeinflussen.

Da sich in der irakischen, arabischen, persischen, türkischen und kurdischen Realität die politischen Auseinandersetzungen gegenseitig beeinflussen, wird die Herrschaft über den Irak von den internationalen und regionalen Mächten zum eigenen Vorteil genutzt. Wenn die Gefechte im Irak verstärkt werden und die USA seit Jahren über eine Intervention im Irak diskutieren und dennoch keinen Schritt machen, liegt es an den geschilderten Besonderheiten des Iraks.

Andererseits liegt in der ungelösten Kurdenproblematik, zu einem gewichtigen Teil unter der Verantwortung der USA, ein Grund für die permanente Aktualität des Iraks. Die Türkei und der Iran sind historisch etablierte Staaten und haben unter verschiedenen Gesichtspunkten an Kraft gewonnen, weil sie ihre Herrschaft über die Kurden im Gegensatz zum Irak stabilisieren konnten. Angesichts dessen suchten kurdische Feudalherrscher immer über Beziehungen mit anderen Mächten ihre Position zu stärken, um wirtschaftliche und politische Vorteile zu erlangen. Dagegen benutzten die einflussreichsten Kräfte der Region Kurdistan über dessen Feudalherrscher als Teil ihrer strategischen Politik. Wir wissen, dass hinter den kurdischen Bewegungen von den 60ern bis 1974 Israel und Iran steckten.

Außerdem sind die Kurden im Mittleren Osten ein wichtiges Volk. Die imperialistischen und regionalen Mächte, in erster Linie die USA, wollen ihren Einfluss auf das gesamte Kurdistan nicht verlieren. Eine permanente Kooperation mit feudalen Kollaborateuren soll die Entstehung von eigenständigen Volksbewegungen verhindern oder sie kontrollieren.

Der Irak besitzt selber große Erdölreserven und liegt darüber hinaus im Zentrum der Länder mit den größten Ölvorkommen der Welt. Deshalb bedarf es zur Kontrolle über die ganze Region des Einflusses auf

den Irak. Daneben ist die politische Bedeutung des Irak historisch und aktuell an den Israel-Palästina-Konflikt gebunden. Der Irak ist wegen seines ökonomischen und menschlichen Potenzials innerhalb der arabischen Welt der zweitwichtigste Staat nach Ägypten und hat immer die oppositionellen Kräfte gegen Israel unterstützt. Israel kann aber den Irak nicht in gleicher Weise militärisch in Schach halten wie seine direkten Nachbarn, weil dieser keine gemeinsame Grenze mit Israel hat. Dieser Aspekt fordert Israel heraus und lässt es die Schwächung des Iraks immer als Teil seiner Politik betrachten, um zu seiner Existenzsicherung die Initiative in der Region in der Hand behalten zu können. Das darf bei einer politischen Bewertung des Iraks nicht außer Acht gelassen werden.

Diese Bewertung hat nichts damit zu tun, hinter jeder politischen Entwicklung jüdische Verantwortung zu entdecken. Es ist, von ihnen selbst öffentlich erklärt, Ergebnis israelischer Sicherheitspolitik, die darauf beruht, keinen einzigen Krieg zu verlieren und die Initiative permanent in der Hand zu behalten.

Die USA wollen in der kurdischen Frage die Initiative behalten

Einer der Beweggründe für die USA, an der Intervention im Irak festzuhalten, ist der Druck Israels. Der israelisch-palästinensische Konflikt konnte nicht gelöst werden und Israel realisiert aus Angst den Friedensvertrag nicht. Israel will von den USA erst das Irakproblem erledigt haben, bevor eine Lösung in Palästina ihm die nötige Sicherheit geben könne.

Dagegen will die arabische Welt vor einer Unterstützung beim Irakkonflikt zuerst das Palästinaproblem gelöst sehen. Die Auseinandersetzung um den Irak ist überwiegend eine internationale, wird auch ernsthaft als arabisch-israelische Streitigkeit geführt, ein Teufelskreis. Die Zukunft des Iraks ist für den Mittleren Osten von Bedeutung und wird die politischen Gleichgewichte in der Welt beeinflussen. Dies bildet den Hintergrund der Auseinandersetzungen um den Irak und nicht die Invasion Saddams in Kuwait bzw. der Besitz dieser oder jener Waffe. Es ist ein Gebiet, in dem der inter-

nationale und regionale politische Kampf eskaliert.

Für die USA - und somit auch für Israel - ist weiter der Umstand von Bedeutung, dass sie in der Region sehr auf die Türkei angewiesen sind. Eine Intervention im Irak

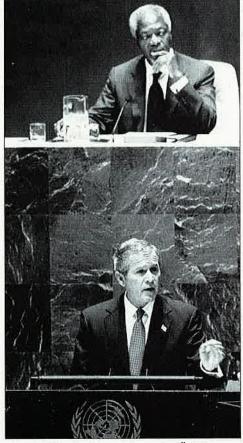


Foto: Özgür Politika

würde dort den Einfluss der USA vergrößern und eine Gefahr für Israel beseitigen und somit zu Verschiebungen in den regionalen politischen Gleichgewichten führen. Die strategische Bedeutung der Türkei würde sich im Gegensatz zu früher verringern, immer unter der Beobachtung der USA und Israels, deren Bewegungsfähigkeit und Unabhängigkeit zunähme.

Der wachsende Einfluss der USA wird natürlich die Länder der Region in ihren Möglichkeiten einschränken und ihre Abhängigkeit von der US-Politik steigern. Die Intervention im Irak wird manche negativen Resultate zur Folge haben, aber auch einige positive Entwicklungen anregen. Was Kurdistan betrifft, werden die USA den kurdischen Freiheitskampf einschränken und einen starken Einfluss des kurdischen Volkes sowie dessen Zusammenleben mit den Völkern der Region in Geschwisterlichkeit und Frieden verhindern. Nicht nur dem kurdischen, sondern allen Völkern des Mittleren Ostens soll ihre Entwicklung und damit Unabhängigkeit verweigert werden. Deshalb ist die Strategie der USA, mit Hilfe der von ihnen kontrollierten feudalen Kollaborateure die Initiative in der regionalen und der Kurdenpolitik zu behalten. Diese kurdische Realität wird sich bei einer Intervention im Irak fortsetzen.

Vor diesem Hintergrund wurde für die USA die Situation nach dem 11. September ernster. Insbesondere die Reaktion der Völker in der Region gegenüber den USA gefährdete deren Interessen und weckte das Bedürfnis nach Zerstörung der Grundlagen radikaler und antiimperialistischer Bewegungen. In Afghanistan, Irak und Palästina äußerten sich antiimperialistische Entwikklungen und die islamische Reaktion. Afghanistan war ein Gebiet, in dem sich die antiamerikanische Haltung sehr konkret und praktisch zeigte und wovon sich der radikale Islam ernährte, deshalb wurde es zuerst angegriffen. Hierbei gab es Teilerfolge. Dieser Schritt bleibt aber ohne Bedeutung für die USA, könnte sie sogar in die Enge treiben, wenn ihm nicht die Lösung der Irak- und der Palästinafrage folgt.

Der gesamte Mittlere Osten und die arabische Welt fühlen sich ungerecht behandelt. So werden antiamerikanische Bewegungen aufgehetzt und es wächst eine Generation heran, die zu jedem Märtyreranschlag gegen die USA und Israel bereit ist. Den USA ist diese Gefahr evident und sie müssen die für die arabische und islamische Welt wichtige Palästinafrage lösen, um die sich aus Palästina ausbreitenden Reaktionen zu unterbinden. Israels Politik "Keine Lösung der Palästinafrage vor einem Ende des Irakproblems" sowie die Existenz von Staaten - zu denen auch der Irak gehört die von der offenen Situation profitieren, zwingen die USA zuerst zu einer Intervention im Irak.

Der Irak ist Vertreter des Konservatismus im Mittleren Osten

Bei der Bewältigung des Irakproblems zeigen sich erhebliche Schwierigkeiten. Die Europäische Union, Russland, China und auch andere Staaten gehen auf Distanz zur US-Politik gegen den Irak, weil ein militärischer Angriff den Einfluss der USA in der Region verstärken und diesen weltweit einseitig Vorteile verschaffen würde. Handelte es sich nur um einen Regimewechsel zur Ablösung Saddams oder um begrenzten Einfluss, hätten weder Deutschland noch Russland oder andere Staaten sich quer gestellt. Doch je deutlicher ihnen die Konsequenzen eines Angriffs auf den Irak werden, desto mehr verstärkt sich ihr Widerstand gegen die US-Politik.

Die arabischen Staaten wie Saudi-Arabien und Jordanien, bis dato amerikanische Verbündete, bekunden offen ihre Unzufriedenheit. Sie orientieren sich wegen der momentan unentschlossenen amerikanischen Haltung eher an der englischen Politik.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass der Irak eine der Stützen der konservativen Kräfte in der Region bildet. Dies hat nicht nur mit der neueren Geschichte zu tun. sondern nährt sich aus dem historischen Staatsverständnis des in der Region einstmals existierenden bedeutenden sumerischen Priesterstaates. Mit derart konservativen staatlichen Traditionen, gestützt auf gesellschaftliche und historische Grundlagen, kann der Irak als wichtiger Faktor für die Weiterexistenz reaktionärer Kräfte im Mittleren Osten angesehen werden. Folglich würde ein US-Angriff, mit welcher Absicht auch immer, auf den Irak als Zentrum des Konservatismus im Mittleren Osten nicht nur an der irakischen Säule dieses Systems rütteln. Ein Angriff würde sich auch in anderen Ländern, im Iran und sogar in der Türkei, auswirken und weitergehende Veränderungen zur Folge haben, wenn die Situation aus der Kontrolle geriete und die USA nicht mit reaktionären Kräften in der Region zusammenarbeiteten. In jedem Fall würde die bestehende Situation verändert und das gesamte System konservativer und starrer Regimes in der Region erschüttert werden. In dieser Hinsicht kann von positiven Entwicklungen gesprochen werden.

Sicher ist aber, dass die demokratische Entwicklung des Mittleren Ostens auch durch die US-Verbündeten Israel und Türkei gehemmt wird. Es gibt hier ein Potenzial für eine wissenschaftlich-industrielle Revolution, Demokratisierungsbewegungen sowie die Erfüllung der im 20. Jahrhundert entstandenen Freiheitshoffnungen der Völker. Bester Beweis für die wechselseitige Beeinflussung weltweiter Entwicklungen ist das alte Regime in der Türkei, das die Notwendigkeit zu Veränderungen als ein Bedürfnis empfindet. Es ist richtungsweisend für den Mittleren Osten, wenn die Türkei bezüglich der so ernstzunehmenden und lange verleugneten kurdischen Frage, sei es auch inoffiziell, praktische Lösungsschritte einleitet. Bleibt nur noch der Hinweis, dass der Motor dieses Veränderungsprozesses die kurdisch-demokratische Bewegung sein wird mit Einfluss und Brückenfunktion für die gesamte Region.

Wir wissen, dass das islamische Regime im Iran immer mehr unter Druck gerät und die demokratischen Tendenzen an Macht gewinnen, am anschaulichsten in der Person von Khatami und der Veränderung in der Regierung.

Syrien hat gesehen, dass es Änderungen vollziehen muss.

Es ist eine Tatsache, dass - sobald das israelisch-palästinensische Problem gelöst ist - das Fundament derjenigen, die sich auf den Nationalismus stützen, geschwächt werden und der Einfluss der demokratischen Kräfte zunehmen wird. In diesem Zusammenhang muss eine US-Intervention sowohl lang- wie auch kurzfristig als Behinderung der demokratischen Bewegung gesehen werden.

Auch wenn wenig dafür spricht: Ein US-Angriff könnte schnelle Entwicklungen auslösen, was sich allerdings nicht von selbst ergibt. Wenn die demokratischen Kräfte in allen Ländern Willenskraft zeigen und durch die Intervention aktiv werden würden, könnten sie das von den USA geplante Vorhaben außer Kontrolle bringen und ein regionales System mit mehr Demokratie und Freiheit entwickeln. Doch sind die

demokratischen Kräfte nicht organisiert und nicht dazu bereit, durch eine Intervention eine radikale Veränderung auszulösen.

Da der Irak die ganze Welt interessiert, ist für die Angreifer eine Nachkriegsordnung nach ihrer freien Vorstellung nicht realisierbar. Sie werden in der einen oder anderen Form Rücksicht auf die internationalen und regionalen Kräfte nehmen müssen, ob sie wollen oder nicht.

Ein amerikanischer Angriff scheint sicher und ist ohne das Auftauchen größerer Hindernisse gegen Ende diesen Jahres oder Anfang nächsten Jahres möglich, ohne tiefere Lösungswirkung, ohne Risiko für sich selbst, darauf deuten die Vorbereitungen hin.

Die USA haben kein Interesse an einer soliden Demokratie im Mittleren Osten

Nicht nur die internationalen Mächte, auch die regionalen Kräfte haben sich mit diesem Problem auseinanderzusetzen. Dazu zählen vor allem die Türkei und der Iran. Die arabischen Staaten sind ohnehin interessiert, da es sich beim Irak um ein arabisches Land handelt. Die Intentionen sind ein Ende des Saddam-Regimes, die Eingrenzung antiamerikanischer Bewegungen, die Unterbindung irakischer Unterstützung für Palästina, um Israel zu entlasten und für Lösungsmöglichkeiten die Vorteile in der Hand zu haben.

Auf der einen Seite die Türkei und ein Irak unter amerikanischem Einfluss, auf der anderen Seite Afghanistan und Pakistan: So soll der Iran unter Druck gesetzt und dort ein pragmatisches Regime provoziert werden. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich im Irak von heute auf morgen eine stabile Demokratie herausbildet, weil es im Irak keine starke demokratische Bewegung gibt und keine soziale Basis dafür vorhanden ist. Wir gehen auch davon aus, dass die USA nicht an einer fundierten Demokratie im Irak interessiert sind, weil diese die Situation aus amerikanischer Sicht erschweren würde. Wenn die Kurden in Südkurdistan wirklich demokratisch gesinnt wären, sie dort eine demokratische Revolution durchgesetzt und eine national-demokratische Regierung und Föderation gebildet hätten, könnten sie die demokratischen Kräfte langfristig zur Bewegung herausfordern und ermutigen und gemeinsam für einen gesicherten Wandel sorgen.

Leider haben die feudalen Kräfte der KDP und YNK in Südkurdistan am feudalen System festgehalten und sind somit als Zugkraft der Demokratisierung des Irak nicht vorstellbar. Mit ihrer feudalen Haltung und Kollaboration wurden nicht nur in Südkurdistan, sondern vor allem im Irak und in der Region demokratische Bewegungen und Demokratie verhindert. Deswegen haben sie die PKK bekämpft, nicht nur um das Gebiet unter ihrer Kontrolle zu halten, vielmehr vertraten sie die reaktionären Kräfte in der Region gegen die sich zum demokratischen Symbol entwickelnde PKK. Nur so kann der Kampf der reaktionären Kräfte in der Vergangenheit wie in der Gegenwart verstanden werden.

Aus den angeführten Gründen kann nicht erwartet werden, dass bei einem US-Angriff die aus dem Gleichgewicht geratene Situation von den kurdisch-reaktionären politischen Kräften positiv genutzt wird. An dieser Stelle hebt sich die Rolle des KADEK und der sich in Südkurdistan formierten PÇDK hervor. Diese könnten nach der US-Intervention in der kurdischen Bevölkerung das demokratische Verständnis erweitern und eine demokratische Revolution auslösen und damit nicht nur Südkurdistan, sondern den ganzen Irak beeinflussen. Dieser könnte somit entgegen den US-amerikanischen Erwartungen zur Demokratisierung der ganzen Region beitragen. Allerdings sind die Möglichkeiten dafür zur Zeit nicht ausreichend, die KDP und die YNK hindern die kurdischen demokratischen Kräfte daran, ihre Rolle zu spielen.

Zwischen den USA und der Türkei wird seit langem über ein künftiges Regime im Irak und in Südkurdistan diskutiert. Dabei geht es allerdings auch um die Reaktionen sowohl der arabischen als auch der anderen Länder der Region. Manchmal scheinen die USA die Haltungen arabischer Länder und des Iran der Türkei gegenüber wahrzunehmen, zeitweise scheint die Türkei deren Interessen den USA gegenüber zu vertreten; nach außen hin ein politisch verworrenes Bild.

Dabei interessiert natürlich, wie sich die Türkei im Falle eines Angriffs verhalten würde. Grundsätzlich plädiert die Türkei für den Status quo. Auch wenn sie zu den US-Verbündeten gehört, bewahrt sie lieber ihre konservative Haltung aus Sorge vor den neuen Gegebenheiten, anstatt mögliche Vor- oder Nachteile für sich zu klären. Mit der aktuellen Lage ist die Türkei allerdings auch unzufrieden. Für sie bedeutet die Situation in Südkurdistan einen Freiraum, der sowohl politisch dem KADEK als auch auf sozialer und kultureller Ebene einer Selbstgestaltung des kurdischen Lebens Platz bietet

Obwohl die Türkei hier eine gewisse militärische Kontrolle bewahren kann, ist sie aufgrund der nicht vorhandenen irakischen Herrschaft in Südkurdistan beunruhigt, weil sie weitergehende Möglichkeiten für sich nicht nutzen kann.

Zu Beginn der Konsultationen mit den USA bezüglich des Iraks hat die Türkei, wenn auch ohne Begeisterung, auf eine Politik der Mitwirkung hingearbeitet, um nicht die Initiative aus der Hand zu verlieren. Mit Ecevit wurde in den USA diese Politik in ihren Grundzügen formuliert.

Kürzlich traf sich der stellvertretende US-Verteidigungsminister in der Türkei nicht nur mit dem Ministerpräsidenten, sondern auch mit dem türkischen Geheimdienst (MIT), dem Militär und anderen Kräften. Einige Wochen später gab es Unterredungen des US-Botschafters in Ankara mit dem Ministerpräsidenten, dem Generalstabschef und dem Staatspräsidenten, in einer Sitzung mit türkischen Nahost-Spezialisten wurde der US-türkischen Irakpolitik der letzte Schliff verliehen.

Die USA würden die Türkei bei einem Angriff gern als strategischen Verbündeten sehen, ihr aber auch nicht in allen Einzelfragen zustimmen wollen. Es kann jetzt spekuliert werden, um welche stillschweigende Zusammenarbeit es sich hierbei handelt. Die Türkei stellt einige Bedingungen und behält sich als Nachbarstaat des Iraks notwendige Maßnahmen nach eigenem Ermessen vor. Diese beinhalten ganz allgemein ein weiteres Vorrücken ihres Militärs nach Süden, dessen Umgestaltung zu einer



Ronahî - Andrea Wolf

Am 23. Oktober 1998 wurde die Internationalistin Ronahî vom türkischen Militär gefangengenommen und anschließend ermordet. Mit ihr fanden weitere 23 Mitglieder der Volksbefreiungsarmee Kurdistan während dieser militärischen Operation der Türkei in den Bergen Kurdistans den Tod.

Ronahî, eine Revolutionärin können sie töten, aber nicht den Freiheitswillen der Menschen

In Erinnerung an unsere Freundin

Freundinnen und Freunde von
Ronahî

beweglicheren Kraft und die präventive Abwehr möglicher Gefahren von Süden.

Notwendige Voraussetzung für die Entwicklung eines Volkes zu einer nationalen Kraft

Der nächste und vielleicht wichtigere Punkt war der in der Presse diskutierte Dissens zwischen den USA und der Türkei, deren Erklärung mit Spannung erwartet wurde. Die Türkei teilte mit, dass sie die Sicherheit der Kurden im Süden und die Gewährung eines Sonderstatus bzw. einer Autonomie für sie akzeptiere. Natürlich will die Türkei in anderen Politikbereichen an Initiative gewinnen und hat eingesehen, dass sie ohne jegliche Konzessionen auch in anderen Bereichen und Detailfragen nichts erreichen kann. Sie hat dieses Zugeständnis an eine andere Bedingung geknüpft: Mossul und Kirkuk werden auf keinen Fall unter die kurdische Autonomie fallen, dies werde sie als einen Angriff auf ihre eigene Sicherheit und auf die territoriale Souveränität des Iraks ansehen und dagegen intervenieren. Die USA sollten dies mit bedenken. Als Gegenleistung forderte die Türkei, dass ihr nach einer bestimmten Phase der Intervention - weil dadurch die Zentralregierung des Iraks neu strukturiert werde - sowohl die USA als auch die Kurden im Süden sowie andere Kräfte des Iraks bei der Beseitigung des ihre Sicherheit bedrohenden KADEK behilflich sein müssten.

Die Türkei steht bezüglich der Intervention auch mit dem Iran und arabischen Ländern in engem Kontakt. Die erste Übereinstimmung hierbei bildet seit jeher die territoriale Integrität des Iraks.

Es heißt auch, die Türkei habe den arabischen Staaten mitteilen lassen, dass sie, wenn die Kurden Anspruch auf Mossul und Kirkuk erheben, in diese Städte eindringen und sie später der Kontrolle der irakischen Zentralregierung überstellen würde. Klar ist aber, dass die arabischen Staaten diesem Szenario misstrauen. Sie befürchten, dass die Türkei unter diesem Vorwand in die Gebiete eindringen und sie später durch einen zu errichtenden Korridor annektieren wolle, auch, dass sie aus dem Irak gelöst und als turkmenisches Gebiet geschaffen werden könnten. Das Beispiel Zyperns bil-

det einen sehr guten Nährboden für diesbezügliche Befürchtungen. Die Türkei betont dagegen immer wieder die territoriale Integrität des Iraks und ihre Gefährdung durch die kurdische Einnahme Mossuls und Kirkuks, um die arabischen Staaten zu besänftigen. Deshalb ist die Betrachtung der südkurdischen Organisationen wichtig.

Je näher die Intervention rückt, desto deutlicher erklären die südkurdischen Organisationen. Kirkuk in das kurdische Gebiet einverleiben zu wollen und bezeichnen-Mossul als kurdische Stadt. Dass besonders das Territorium um Kirkuk schon immer historisches kurdisches Siedlungsgebiet war, steht nicht zur Debatte. Aber die kurdischen Ansprüche basieren nicht auf der Kraft, dem Willen und dem Selbstbewusstsein, diese in die Tat umzusetzen. Sie dienen vielmehr der Propaganda, und sowohl die PUK als auch die KDP überbieten sich gegenseitig in nationalistischen Parolen, sie würden die kurdischen Interessen besser vertreten. Natürlich wollen diese feudalistischen und kollaboratorischen Organisationen ihre Gebiete ausweiten, eben wie Feudalherren oder kleinbürgerliche Ladenbesitzer. Aber dazu fehlt ihnen die notwendige Kraft und Verankerung in der Bevölkerung. Eine der Grundvoraussetzungen für die wirkliche nationale Kraft eines Volkes ist die Zerstörung des Feudalismus und seiner Vertreter, das ist eine weltweite historische Wahrheit, In Südkurdistan aber stellen KDP und PUK die Stütze des Feudalismus gegen die Demokratisierung dar. Ihre Kraft basiert auf dem Gleichgewicht der Feudalisten und außenpolitischen Abhängigkeiten. Damit sichern sie ihre Existenz.

Entgegen allen Behauptungen ist das kurdische Volk im Süden weder stark noch organisiert. Es existiert zwar im Umfeld von KDP und PUK ein gewisser Organisationsgrad, aber man kann kaum von einer Organisierung der Bevölkerung und demokratischen Institutionen reden. Deshalb wächst unter der Bevölkerung die Initiative, um die eigenen Probleme demokratisch und frei selbst in die Hand zu nehmen. Dies wiederum treibt die KDP und PUK zwangsweise in die Hände der Außenmächte, in erster Linie Englands und der USA. Es mangelt ihnen an Selbstbewusstsein, um eine unabhängige Politik zu entwickeln.

Es ist unmöglich, dass KDP und PUK aus dem Rahmen der Vereinbarungen zwischen USA und Türkei fallen und sich gegen die türkischen Interessen stellen, denn sie haben es bisher versäumt, die Bevölkerung auf demokratische Weise zu organisieren und zu einer Kraft werden zu lassen. Deshalb ist es undenkbar, dass sie bei der Intervention Eigeninitiative zeigen. Weil sie sich ihrer Schwäche bewusst sind, befürworten sie den Status quo. Der lässt ihnen die Freiheit zu tun und zu lassen, was sie wollen. Wenn nach der Intervention eine Zentralregierung ausgerufen wird - die USA haben sich dafür ausgesprochen - werden sie in Südkurdistan diese Freiheit nicht mehr haben. Sie werden sich der vorgesetzten Ordnung unterordnen müssen, welche ihnen keine Vorteile bringen wird, was sie wiederum verunsichert.

Jede Kraft, die nicht auf dem Volk basiert, ist schwach und dem Verrat nahe

Der Grund für die unannehmbaren Erklärungen der türkischen Verantwortlichen liegt in der Schwäche dieser Organisationen begründet, mit denen sie bisher in engem Kontakt standen. Außerdem arbeitet die KDP Hand in Hand mit dem türkischen Militär, es ist in bedeutenden Teilen Südkurdistans noch immer präsent. Die KDP versuchte jahrelang, gemeinsam mit den regionalen reaktionären Kräften und den Weltmächten die PKK aus dem Gebiet zu vertreiben, um ihre Herrschaft zu sichern und die Wirkung der kurdischen Revolution zu verdrängen. Dafür ist sie eine enge Zusammenarbeit mit der Türkei eingegangen, Tausende von Guerillakräften sind beim gemeinsamen Krieg von KDP und Türkei gefallen. Seine Präsenz im Süden verdankt das türkische Militär der Kollaboration der KDP, das macht es der KDP nun unmöglich, sich dagegen zu stellen. Dafür müsste sie in Zaxo, Hewler, Duhok, etc. die Bevölkerung zum Aufstand und Protest bringen. Dies kann sie aber nicht tun und würde auch von der Türkei nicht ernst genommen, denn das türkische Militär hält die strategisch wichtigsten Positionen besetzt. Wenn die KDP wirklich den kurdischen Interessen dienen will, muss sie sich aus den Abhängigkeiten von den Außenmächten lösen und darf ihre Existenz nicht mehr auf die Konflikte anderer stützen. Natürlich muss Politik betrieben werden können, aber mit einer nationalen kurdischen Einheit und einer nationalen demokratischen Kraft können die Interessenslagen richtig beurteilt und benutzt werden. Aus der Geschichte haben wir gelernt, dass die externen Mächte sich im letzten Moment einig werden, wenn es darauf ankommt, und dabei die Kurden auf der Strecke bleiben. Diese Gefahr besteht heute noch.

Was haben die kurdischen Organisationen in dieser Situation zu unternehmen? Klagen helfen nicht, Verhandlungen zwischen KDP und PUK über Einzelfragen auch nicht. Natürlich ist es positiv zu werten, wenn KDP und PUK die Spanuntereinander nungen abbauen und sich näherkommen, das reicht aber nicht aus. Wichtig ist hierbei, eine nationale Politik zu entwickeln, damit die Intervention im kurdischen Interesse genutzt werden kann. Das kurdische Volk kämpft seit Jahrzehnten mehreren gegen den Feudalismus

und für die Demokratie, nicht für ein Kurdistan der Feudalherren, sondern für die Schaffung der kurdischen Gesellschaft und für eine Realität, die ihnen gehört.

Es ist schon eine gewisse demokratische Kultur entstanden. Die Kurden sind zum Motor der Demokratie im Mittleren Osten geworden. Die kurdische Bevölkerung wird es nicht zulassen, dass dieser Motor unter die Kontrolle der Feudalherren gerät, denn sie sieht, dass die Zukunft eines Landes unter Feudalherrschaft nicht sicher ist. Jede Kraft, die sich nicht auf das Volk stützt, ist schwach, neigt zu Kollaboration und Verrat. Deshalb ist der kurdischen Bevölkerung bewusst, dass KDP und PUK die kurdische Frage nicht lösen können. Das ist auch der Grund, warum keine Lösung für die kurdische Frage entwickeln können.

Die Sicherheit des kurdischen Volkes und der Region hängt von Demokratisierung und Freiheit, in erster Linie des kurdischen Volkes, aber auch der Region ab.

Spielen die südkurdischen Organisationen bei der Demokratisierung Kurdistans und der Region eine Rolle oder vielmehr beim Erhalt des Feudalismus in verschiedenen Variationen? Ihre Haltung zeigt klar letzteres, eine Haltung der Ungewissheit und Gefahr für die Zukunft des kurdischen



Foto: Özgür Politika

Volkes. Deshalb laufen KDP und PUK eher Gefahr, in der Kollaboration gegen das kurdische Volk zu zerfallen als die Interessen der Bevölkerung Südkurdistans zu vertreten

Ihre Geschichte ist dafür Beweis genug. Es ist nie vorauszusehen, wann sie Verrat begehen, kollaborieren oder nationalistisch agieren. Auch wenn sie einige Lehren aus der Geschichte gezogen haben, spielt es keine Rolle, denn wichtig ist, ob sie eine zeitgemäße soziale Struktur und Politik entwickelt haben. Es ist nicht zu übersehen, dass sie sich noch immer auf reaktionäre Strukturen stützen.

Deshalb sind wir der Meinung, dass die Zukunft der kurdischen Bevölkerung in Südkurdistan ungewiss ist. Offensichtlich werden diese Organisationen bei einer möglichen Intervention keinen Widerstand leisten, die Flucht ergreifen und die Bevölkerung mit der Gewalt und den Massakern allein lassen. Es wäre auch falsch, von ihnen etwas anderes zu erwarten, dafür geben sie sich weder Mühe noch treffen sie die notwendigen Vorbereitungen. Sie müssten zuerst die Demokratie in ihren Gebieten umsetzen, die Bedingungen dafür existieren seit mindestens zehn Jahren. Im Gegenteil, sie sichern ihre Existenz mit einer feudalen Diktatur und sprechen jeder anderen Kraft die Existenzberechtigung ab. Wie in der

Türkei unter Spezialkriegsbedingungen gründen sie Scheininstitutionen, um die Existenz ihrer Parteien zu garantieren. Es gibt zwar Zeitungen, Fernsehstationen, aber es ist unmöglich, gegen den Feudalismus zu arbeiten und für die demokratische Gesellschaft zu werben.

Deshalb müssen sich alle südkurdischen Organisationen, große oder kleine, sofort in demokratischer Weise vereinigen. Im Rahmen der nationalen Interessen müssen alle die Freiheit bekommen, sich zu organisieren, zu propagieren und zu agitieren. Die Demokratisierung der Gesellschaft muss theoretisch wie praktisch gesetzlichen Schutz

erhalten. Es müssen Institutionen geschaffen werden, die Willkür unterbinden. Dabei darf keine Organisation ausgegrenzt werden, wie es früher mit der PKK versucht wurde, heute mit dem KADEK.

Das ist eine ideologische Ausgrenzung. Die PKK hat in Kurdistan seit 30 Jahren bedeutenden Widerstand geleistet und Wirkung auf die Kurden in Südkurdistan (Irak), Ostkurdistan (Iran), im kleinen Süden (Syrien) und auf der ganzen Welt gezeigt. Danach kann nicht das Gegenteil behauptet werden, das widerspricht jeglicher Logik. Wenn dieser Widerstand eine demokratische, soziale und kulturelle Revolution bedeutet, wird er in besonderem Maße die Gebiete beeinflussen, in denen der Feudalismus am stärksten verankert ist. Natürlich hat der Kampf in den Gebieten Suleymaniyah, Hewler und Duhok gewirkt, daraus sind ideologische Persönlichkeiten und

Gruppierungen entstanden, das kann nicht übersehen werden. Das hieße, die Augen vor den ideologischen Entwicklungen in einem Teil Kurdistans zu verschließen und wäre eine sehr reaktionäre, primitive Haltung. Deshalb darf es keine Vorbedingungen und Einschränkungen bei der anstehenden Organisierung geben. Alle Organisationen müssen zusammenkommen, um eine Politik in Südkurdistan zu entwickeln, welche die volle Unterstützung der gesamten Bevölkerung erhalten und die Risiken und Ungewissheiten bei der Intervention einschränken würde.

Das ist auch die Voraussetzung für die Schaffung einer Machtposition in Südkurdistan. Manchmal heißt es von einigen Kreisen in Südkurdistan, es sei falsch, zu viel Demokratie zu erwarten. Daraus folgt, dass auch keine Demokratie in den herrschenden Staaten erwartet bzw. erkämpft werden kann, denn bevor man sich nicht selbst demokratisiert, kann man auch andere nicht demokratisieren. Und die Toleranz undemokratischer Strukturen bedeutet Toleranz gegenüber dem Feudalismus, der zur Schwäche führt. Besonders unverständlich ist es, wenn sich der Klerus für die Toleranz des Feudalismus und seiner Akzeptanz bei der kurdischen Bevölkerung einsetzt. Das ist die unaufgeklärte Haltung von Handlangern und Profiteuren der feudalen Organisationen. Die kurdischen Organisationen in Südkurdistan wollen eine Föderation; es ist richtig, sich für eine kurdische demokratische Föderation einzusetzen, die alle ethnischen Minderheiten einbinden muss. Wir denken, dass die kurdischen Organisationen hierbei offen sind. Die kurdische Bevölkerung hat sowohl im Feudalismus als auch später das Existenzrecht und die Kultur anderer Völker akzeptiert. Wir gehen davon aus, dass diese Föderation nicht nur mit den Turkmenen und Assyrern, sondern auch mit ihren Nachbarn, den Persern, Türken und Arabern, freundschaftliche Beziehungen pflegen wird. Das entspricht den Interessen der kurdischen Bevölkerung. Auch dient vielmehr ein Zusammenleben mit anderen Völkern den kurdischen Interessen statt des Beharrens auf Grenzen. Dies stärkt alle und ermöglicht die Initiative bei der Zukunftsgestaltung. Aber für die Lösung der kurdischen Frage im Rahmen der Geschwisterlichkeit der Völker verfügen die südkurdischen

Organisationen nicht über die nötigen theoretischen und praktischen Analysen.

Die Lösung der Probleme in der Türkei und im Mittleren Osten liegt in der Demokratisierung

Einige letzte Worte darüber: Die Kurden müssen aus der Situation herauskommen, Handlanger irgendeiner Macht zu sein, und die Intervention für ihre Freiheit und demokratische Entwicklung nutzen. Dies würde auch den Demokratiebestrebungen der gesamten Region dienen und könnte zur Einheit der Völker im Mittleren Osten führen. Nur mit dieser Perspektive können die Kurden die Zukunft gewinnen, als Handlanger in der Politik werden sie nichts an ihrer Lage ändern. Das zeigt, wie lebenswichtig eine richtige nationale, demokratische Politik in dieser von der Intervention bestimmten Situation geworden ist.

Die Türkei wird sich an dieser Intervention beteiligen, um die Rechte der Kurden einzuschränken. Der Grund dafür liegt in der emotionalen Herangehensweise der Türkei an das Thema, die zeigt, dass sie ihre veraltete Kurdenpolitik nicht überwunden hat. Daraus wird die Türkei keine Vorteile ziehen können. Wir haben schon erklärt, dass die Lösung der Probleme im Irak, in der Türkei und in der gesamten Region in der Demokratisierung der Türkei liegt.

Eine demokratisierte Türkei wird ihre innere Kurdenfrage lösen, damit ein Beispiel für die gesamte Region abgeben und gar bei der Lösung anderer Probleme eine wichtige Rolle spielen können. Das historische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Potenzial der Türkei ermöglicht ihr eine wichtigere Rolle dabei, aber leider ist sie sich dessen nicht bewusst. Ihre Angst behindert sie und gibt der Intervention anderer Mächte Raum, daher ist eine Neubewertung der türkischen Politik unumgänglich.

Wenn die Türkei sich demokratisiert, öffnet sich der Weg für eine Lösung ohne militärische Intervention im Irak. Sie ist aber nicht in dieser Position, sie kann noch nicht einmal ihre kürzlich verabschiedeten Gesetze in die Tat umsetzen. Gemessen an der bisherigen Verleugnungspolitik sind die bezüglich der kurdischen Sprache und Pres-

sefreiheit unternommenen Schritte eigentlich wichtige Entwicklungen. Können die demokratischen Kräfte diese inhaltlich füllen und die Türkei bei der Demokratisierung vorantreiben, wird dies Früchte in der gesamten Region tragen, besonders aber im Irak. Keine Entwicklung in der Türkei verbleibt in den eigenen Grenzen, hat dafür Auswirkungen in der ganzen Region, auch die Demokratisierung. Deshalb muss die Türkei, will sie keine Intervention im Irak, mit Hilfe der eigenen Demokratisierung sozial und ökonomisch auf die Region wirken und sich der Bilanz einer Demokratisierung bewusst werden. Demokratische Entwicklungen werden die Türkei nicht spalten, im Gegenteil: Die Völker der Region, besonders die Kurden, sehen ihre Chancen in der Einheit. Einige kurdische feudalistische Kräfte und Kollaborateure mögen ihre Position auf Kosten der kurdischen Bevölkerung aufrechterhalten wollen, aber diese erstrebt die Demokratisierung, befürwortet ein Zusammenleben mit anderen Völkern. Deshalb lehnen die herrschenden Kräfte die Demokratisierung ab, weil sie um ihre Rolle fürchten, und propagieren den Nationalismus und damit die Teilung.

Sowohl der herrschende als auch der primitive Nationalismus dienen der Teilung und der Feindseligkeit zwischen den Völkern. Sie sind auch der wichtigste Grund, warum die Probleme bisher nicht gelöst werden konnten. Die Türkei gibt vor, die Interessen der Turkmenen zu verteidigen. Wenn sie dies wirklich will, muss sie die Demokratisierung vorantreiben, wovon nicht nur die Turkmenen, sondern auch Völker wie die Assyrer, Kurden und alle anderen profitieren könnten.

Ohne Demokratie können auch die Turkmenen nicht in Freiheit leben, denn aufgrund ihres Minderheitenstatus haben sie dafür nicht das nötige Gewicht. Die turkmenischen Rechte lassen sich auch nicht mit den Waffen der Türkei verteidigen, die Originalität Zyperns gilt nicht überall.

Wichtig ist die Besinnung auf die demokratische nationale Einheit und die eigene Kraft

Vor einiger Zeit gab es eine Erklärung Tansu Cillers: "Wenn die USA im Irak intervenieren sollten, muss ich Ministerpräsidentin sein. Ich habe Erfahrung bei der Terrorismusbekämpfung." Ihre "Erfahrungen" sind Morde unbekannter Täter, Dorfentvölkerung, Folter und Unterdrückung, sonst hat Ciller keine Verdienste. Die türkischen Medien haben Ciller als "Frau mit schönem Gesicht" dargestellt, um die Massaker und die verursachten Schmerzen zu vertuschen. Mit ihrer Aussage zeigt Ciller, dass sie "die gleiche Rolle im Süden zu spielen" bereit ist. Damit ermutigt sie die Kriegsbefürworter und hofft, mit der Unterstützung der in der kurdischen Frage empfindlichen Kreise Ministerpräsidentin zu werden. Wenn die US-Intervention im Irak während des türkischen Wahlkampfs stattfinden sollte, wird sie ihren Wunsch durch verschiedene Manöver in die Tat umzusetzen versuchen. Die Türkei ist zwar in die Wahlkampfphase eingetreten, die Wahl könnte aber wegen der nahenden Intervention verschoben werden

In der Situation wird die Türkei die Unterdrückung verstärken und als ihren Anteil an der Intervention darstellen. Die demokratischen Kräfte müssen Kriegsprofiteure wie Ciller, deren Hände mit kurdischem und türkischem Blut beschmiert sind, dabei verhindern. Klar ist: Demokratisiert sich die Türkei nicht und bleiben ihre positiven Schritte Papier, wird die Spannung im Inneren steigen und gleichzeitig Teil des Krieges nach Außen bedeuten.

Wir sehen in dieser Wahl am 3. November die Möglichkeit, durch Wahlbündnisse neue gesellschaftliche Projekte anzustoßen. Die Wahl bietet Chancen für die Entwicklung der Demokratisierung und damit eine positive Wirkung auf die Region ohne militärische Intervention.

Wenn die Türkei bei der Intervention den KADEK, als Stütze der demokratischen Entfaltung im Iran, im Irak, in Syrien und der Türkei, angreift, muss dies nicht unbeantwortet bleiben. Besonders die demokratischen Kräfte und die kurdische Bevölkerung in der Türkei müssen ihre Stimme erheben und den Angriff verhindern.

Das kurdische Volk muss wissen: Die Türkei wird ihrem strategischen Partner, den USA, bei der Intervention beistehen und die USA werden die Risiken des Krieges nicht minimieren können, ohne die Türkei in den Krieg mit einzubeziehen. Es ist falsch zu glauben, dass die USA gegenüber den Kurden zu irgendwelchen Zugeständnissen bereit sind. Die Kurden haben die letzten zehn Jahre sehr schlecht genutzt, weshalb sie jetzt wirkungslos sind. Für sie reichte es, dass die USA den 36. Breitengrad für den Irak gesperrt hat. So sind sie Spielball der Mächte geblieben.

Es ist unverantwortlich und zeugt von Dummheit, dass KDP und PUK die Region als ihr Eigentum betrachten. Die kurdische Bevölkerung muss Stellung beziehen gegen solche Bestrebungen und im Rahmen der nationalen Interessen alle zur Einheit aufrufen. Alle wissen, dass im Mittleren Osten eine saubere Politik unmöglich ist, das musste das kurdische Volk mehrmals am eigenen Leib erfahren. Auch über Mossul und Kirkuk darf man sich keine falsche Vorstellungen machen. Die USA haben der Türkei und den arabischen Staaten mehrmals garantiert, dass sie nie zulassen werden, dass diese Gebiete unter kurdischen Einfluss kommen. Man muss realistisch sein und darf das Volk nicht in die Irre führen.

Die USA sind auch sehr zurückhaltend gegenüber einer kurdischen Föderation. Da sie aus der Türkei und anderen betroffenen Staaten negative Reaktionen befürchten, ist auch nicht die Rede davon. Sie befürworten gar eine erweiterte Autonomie ohne Mossul und Kirkuk. Das wurde den Betroffenen bei verschiedenen Gelegenheiten vermittelt und wird ansonsten hinter verschlossenen Toren behandelt.

Die ganze kurdische Bevölkerung muss wachsam bleiben. Die kurdische Frage lässt sich mit demokratischen Prinzipien, als freies und demokratisches Kurdistan und demokratischer Irak lösen. Das Zusammengehen der kurdischen mit den irakischen Feudalherren wird weder den Irak noch Kurdistan demokratisieren, wird auch nicht von der Bevölkerung angenommen. Das Problem besteht nicht in der Postenvertei-

lung, die Frage ist, ob das kurdische Volk, im Rahmen der demokratischen Rechte, ein freies und demokratisches Leben erlangt. Es ist undenkbar, dass wir als KADEK einer Lösung zustimmen, die weder die kurdische noch die arabische Bevölkerung demokratisiert. Das hieße die Verhinderung des demokratischen Kampfes sowohl der Araber als auch der Kurden. Und das ist weder im Interesse der kurdischen noch der arabischen Bevölkerung.

Beitrag redaktionell gekürzt

Warum Unterricht in der Muttersprache?

Eine Analyse zum muttersprachlichen Unterricht von der LehrerInnengewerkschaft Egitim Sen

Es ist sprachwissenschaftlich anerkannt, dass sich die Natur eines Menschen in der Muttersprache ausdrückt. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass sich eine gemeinsame Sprache erst mit der Ausweitung ökonomischer Interessen entwickelt hat. Kontakte wurden gefestigt. Es traten gemeinsame Werte in Kunst und Kultur zutage. Doch mit der Zeit begann die Sprache, die für wirtschaftliche Kommunikation benutzt wurde, die Oberhand zu gewinnen; ihre Funktion bestand zunehmend darin, die anderen Sprachen zu unterdrücken.

Die freie Entwicklung unterschiedlicher ethnischer Strukturen innerhalb einer Gesellschaft wurde durch den Verlust der Muttersprache stark beeinträchtigt. Die Einschränkung der verschiedenen Sprachen ist und bleibt abhängig von wirtschaftlichen Interessen und Kontakten. Wenn die Ungleichbehandlung der unterschiedlichen Sprachen jedoch zur Unterdrückung oder Vernichtung von Werten ihrer Benutzer führt. macht dies ein freiwilliges Zusammenleben der Völker unmöglich. Ein solches Zusammenleben kann nur unter der Bedingung realisiert werden, dass die Ungleichbehandlung und Behinderung der Sprachen aufgehoben wird.

Miteinander existierende unterschiedliche Sprachen stellen einen Reichtum jeder gesellschaftlichen Struktur dar. Hierdurch entsteht auch ein kultureller Reichtum, denn die schöpferische Kraft von Kunst, Kultur und Wissenschaft steht in direktem Zusammenhang mit der Sprache. Ein Mensch kann seine Gefühle und Gedanken am besten in der eigenen Sprache ausdrücken. Prof. Dr. Muharram Ergin beschreibt dies so: "Sprache ist in Wirklichkeit ein System geheimer Absprachen und verdeckter Bündnisse. Mit Worten und ihrer Aneinanderreihung auf eine bestimmte Art und

Weise, können sich alle Mitglieder eines Volkes heimlich miteinander verständigen; sie sind in der Lage, geheime Verabredungen und Abkommen zutreffen. Jeder Stamm hatte seine eigene Methode für die Durchführung dieser geheimen Absprachen und entwickelte somit jeweils seine eigene Sprache. Jedes Volk benennt sein Universum auf seine eigene Weise. So bekamen die gleichen Dinge bei unterschiedlichen Völkern unterschiedliche Bezeichnungen."

Die Muttersprache spielt im Leben des Menschen eine wichtige Rolle. Es beginnt mit den ersten Kontakten zwischen einer Mutter und ihrem neugeborenen Baby und besteht in allen Entwicklungsphasen der Persönlichkeit fort. Freude und Trauer, Glück und Leid, ja sogar Träume kann ein Mensch am besten in seiner Muttersprache ausdrücken. Eine weiterführende Kommunikation findet ebenfalls in der Muttersprache statt. Darüber hinaus hat sie die Funktion, wissenschaftliche Entwicklungen verständlich zu machen sowie Informationen zu kommentieren und in das Leben einzubeziehen. Zu diesem Ergebnis kamen Forscher sowohl auf wissenschaftlichem als auch auf pädagogischem, psychologischem und soziologischem Gebiet. Unterricht in der Muttersprache ist maßgeblich für die Entwicklung der persönlichen Reife, denn sie öffnet den Horizont für die Wahrnehmung von Problemen und deren Lösungen.

Den muttersprachlichen Unterricht mit einer anderen, nämlich rassistischen, chauvinistischen und auf Assimilation ausgerichteten Logik zu betrachten, entbehrt jeder wissenschaftlichen Grundlage. Durch diese Sichtweise werden die gemeinsamen Werte der Menschheit und die Zukunft der Gesellschaft, in der sie leben, mit einer Hypothek belastet. Sie zeigt den egoistischen Willen derer, die der Sprache einen Riegel vorschieben wollen und ist das Pro-

dukt einer Logik, die versucht, die Menschen zu versklaven. Jeder, der eine Sprache verhindern oder verbieten will, verteidigt damit gleichzeitig die Versklavung eines Volkes.

Wenn man die Welt betrachtet, ist dies in vielen Ländern die Realität, in denen unterschiedliche sprachliche und kulturelle Strukturen miteinander leben. In verschiedenen Ländern Amerikas, Europas, Eurasiens und Afrikas wird versucht, dieses Problem im eigenen Land zu lösen. Es werden viele Modelle ausprobiert, die auf der Grundlage des freiwilligen Zusammenlebens beruhen. Auch in der ehemaligen UdSSR gab es viele praktische Beispiele für die Gleichberechtigung der Völker und Nationen auf der Basis eines freiwilligen Zusammenlebens. In unserem Land, der Türkei, hingegen wurden die Sprache und die reiche Kultur der anatolischen und mesopotamischen Völker in der Zivilisationsgeschichte Jahrhundertelang geleugnet, assimiliert und zerstört.

Die Möglichkeit und das Recht die Muttersprache frei zu benutzen, ist die Existenzgrundlage einer Gesellschaft. Dies beschränkt sich nicht nur auf Liedertexte oder Literatur, sondern umfaßt auch die Ausbildung in der Muttersprache. Wir können die Notwendigkeit des muttersprachlichen Unterrichts an den folgenden wissenschaftlich belegten Punkten aufzeigen:

Sprache gibt sichere wissenschaftliche Anhaltspunkte u.a. für Lebensart, Glauben, Traditionen, Kultur und Weltanschauung einer Nation. Besonders historische, gesellschaftliche, religiöse, politische, wirtschaftliche und geographische Faktoren, sowie kulturelle Besonderheiten werden in ihr konkretisiert.

- Unterricht in der Muttersprache ist ein fundamentales Grundrecht für den Menschen in seiner Eigenschaft als gesellschaftliche und soziale Person. In dieser Sprache kann er sowohl seine Umgebung, als auch die gesamte Welt besser verstehen und kommentieren. Aus diesem Grund sind alle Hindernisse die den Unterricht und die Anwendung der Muttersprache und damit die Entfaltung des freien Denkens und ein ausgeglichenes Leben beeinträchtigen, sofort zu beseitigen. Sowohl für Kinder und Jugendliche in allen Entwicklungsstufen als auch für Erwachsene muß die Möglichkeit einer mutterspachlichen Bildung ermöglicht werden. Aufgrund dieser konkreten Situation ist auf wissenschaftlicher Basis erteilter Unterricht in der Muttersprache ein Menschenrecht.
- M Die Tatsache, dass in unserem Lande kein Unterricht in der Muttersprache durchgeführt werden kann, führt zu "Konflikten" sowohl bei den Lehrern als auch bei den Schülern. Daraus resultiert, dass in dieser Situation die Lehrer ihrer Aufgabe nicht gerecht werden und die Schüler den für sie nötigen Unterricht nicht erhalten können.
- Im § 42 der türkischen Verfassung steht: "Türkische Bürger dürfen in keiner anderen Muttersprache als der türkischen unterrichtet und ausgebildet werden." Jedoch ist bekannt, dass es für türkische Staatsbürger Kollegs in englischer, deutscher oder französischer Muttersprache (Unterrichtssprache) gibt sowie Universitäten, an denen in englischer Sprache unterrichtet wird. Während die Kurden beschuldigt werden, mit dem von ihnen geforderten muttersprachlichen Unterricht in kurdisch gegen die Verfassung zu verstoßen, werden die "Verstöße" der europäischsprachigen Schulen außer Acht gelassen. Sie etablieren sich sogar zunehmend.
- B Niemand hat die Berechtigung, sich gegen Unterricht in der Muttersprache zu stellen, da es natürliches und darüber hinaus auch demokratisches und wissenschaftlich für unerlässlich befundenes Recht darstellt. Das Recht auf Muttersprache hat seinen Platz zwischen den

Grundrechten, die jeder einzelne freie Mensch besitzt.

Ein Mensch kann sich am besten in seiner Muttersprache ausdrücken. Auch im Unterricht kann er am deutlichsten und klarsten in seiner eigenen Sprache verstehen und denken. Bücher und Aufsätze kann er am besten in seiner eigenen Sprache schreiben. Ein Mensch, der in einer fremden Sprache ausgebildet wurde, wird in seiner Muttersprache denken, das zu Erzählende zuerst in seine eigene Sprache übersetzen und überdenken, und es dann wieder in die Fremdsprache zurückübersetzen und sich so seinem Gegenüber ausdrücken. Darin liegt auch einer der Gründe, warum die kurdische Literatur nicht das gewünschte Niveau erreicht hat.

Um einige Probleme in der Türkei, in der viele Sprachen gesprochen doch nur in einer Sprache unterrichtet wird, zu konkretisieren, zeigen wir hier einige Probleme auf, mit denen sich Schüler konfrontiert sehen:

- Die Kinder stehen einem Lehrer gegenüber, dessen Sprache sie nicht verstehen. Sie beginnen in der Schule zu schweigen. Es entsteht eine Situation, die auch die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder beeinträchtigt.
- Da die SchülerInnen so sehr damit beschäftigt sind, die türkische Sprache zu lernen, schaffen sie es nicht, sich in den ersten drei Jahren der Grundschule die notwendigen Dinge des Unterrichts anzueignen und werden diesen Rükkstand vielleicht niemals wieder aufholen können.
- Weil ihnen die Grundlage für den zukünftigen Unterricht fehlt, fällt es ihnen schwer, dem Unterricht zu folgen. Die Kinder verlieren ihr Selbstbewusstsein und entwickeln ein Desinteresse gegenüber der Schule.
- Dadurch, dass sie den Unterricht in einer Sprache erhalten, die sie nicht verstehen, sind sie der Gewalt der Lehrer ausgesetzt.
- Die Psyche eines Schülers, der Gewalt erfahren hat, wird zerstört. Es können

Vertrauensprobleme oder Hass gegenüber dem Lehrer entstehen.

- u Auf Grund der erfahrenen Schwierigkeiten begeben sich die Schüler in eine eingeschüchterte oder aber aggressive Position.
- Ein Kind in dieser passiven Situation beginnt sich seiner Sprache und seiner Kultur zu schämen, spricht kaum, bekommt Minderwertigkeitskomplexe und empfindet gegenüber seiner Familie und seiner Umgebung Hass und Scham.
- Da das Kind das Gesprochene nicht versteht, kann es auch das erwartete Verhalten nicht zeigen.
- In der Klasse werden einige Schüler, die schon etwas Türkisch sprechen können, vom Lehrer ausgesucht, damit sie die anderen Schüler dazu bringen, ebenfalls Türkisch zu sprechen. Darüber hinaus sollen diese ausgesuchten Kinder die anderen Schüler der Klasse ausspionieren und dem Lehrer melden, wenn diese kein Türkisch sprechen. Das führt dazu, dass die "auserwählten" Schüler überheblich werden und in ihrer Persönlichkeit einen Hang dazu entwickeln, andere auszuspionieren.
- Die intensive Konzentration auf das Erlernen der türkischen Sprache führt dazu, dass die Kinder spät lernen und auch ihre persönlichen Fähigkeiten nicht ausreichend zutage treten.
- Dadurch, dass die Kinder die (türkische) Sprache nicht vollkommen beherrschen, fehlt ihnen später die Interpretationsfähigkeit. So können sie z.B. in dem Sprichwort "Glücklich ist der, der sich Türke nennen kann!" die Bedeutung des Wortes "glücklich" nicht wirklich einschätzen.
- Die Muttersprache ist die reale Welt der Kinder in der sie ihre Gedanken und Träume ausdrücken. Wenn sie beginnen, die Sprache der herrschenden Kultur zu erlernen, verlieren sie die eigene Gedanken- und Vorstellungskraft.

Da sie es nicht schaffen, lautlos zu lesen, lesen sie zu schnell und bekommen Verständnisprobleme.

Here Um Lesen und Schreiben richtig zu beherrschen, muss man das Gelesene verstehen und die Gedanken darüber schreiben können. Davon ausgehend kann eine Person, die in ihrer Muttersprache denkt und die Schulbildung in einer Fremdsprache erfährt, das Geschriebene nicht richtig verstehen und das in der Muttersprache Gedachte in der fremden Sprache nicht richtig niederschreiben. Aus diesem Grund kann eine Person unserer Region, die in einer Fremdsprache unterrichtet worden ist. das Gehörte zwar schreiben und das Geschriebene lesen, aber, da sie in einer anderen Sprache denkt, den Inhalt des Geschriebenen nicht verstehen. Dies führt dazu, dass das Lernen hauptsächlich aus Auswendiglernen besteht. Dies wiederum beeinträchtigt das Denken und behindert die Entwicklung des Lernens.

Probleme der Lehrer:

¹³ Da die Schüler die Lehrer nicht verstehen, müssen sich die Lehrer ständig wiederholen und können ihren Unterrichtsauftrag nicht so ausführen, wie es notwendig wäre.

Da die Lehrer die ersten zwei oder drei Schuljahre damit verbringen müssen, den Schülern die elementaren Grundlagen des Lesens und Schreibens beizubringen, verlieren sie immer mehr die Motivation.

- Da die Lehrer es nicht schaffen, das erwünschte Verhalten bei den Schülern hervorzurufen, bleibt der gesamte Unterricht im Rückstand.
- B Da die Lehrer auf Grund von Sprachproblemen keinen Dialog mit den Eltern herstellen können, kann es nicht zu der erforderlichen Zusammenarbeit zwischen Lehrern und Eltern kommen.
- M Die Lehrer, die aus einer anderen Kultur stammen, leiden unter Kommunikationsproblemen und Einsamkeit, was zu einer Beeinträchtigung ihrer Psyche führt und sich auch auf die Schüler auswirkt.

Die aus anderen Kulturen kommenden Lehrer können an sozialen Veranstaltungen nicht teilnehmen und somit auch die Entwicklung der Schüler auf sozialem Gebiet nicht fördern. Dieser Unterschied führt dazu, dass die Lehrer die andere (kurdische) Kultur als minderwertig ansehen, was sich auch in ihrem Unterricht wiederspiegelt.

Da die Lehrer die Welt der Kinder nicht nachempfinden können, können sie diese auch nicht verstehen.

Im Rahmen des Reformpakets der EU sind die Änderungen der türkischen Verfassung zusammen mit der Anerkennung des Rechts auf Unterricht in der Muttersprache ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Demokratisierung der Türkei. Jetzt muss diese wichtige Dimension des Gesetzes in die Praxis umgesetzt werden. Die vom Bildungsministerium hinsichtlich des Unterrichts in Muttersprache in Vorbereitung befindlichen Rahmenprogramme müssen eine wissenschaftliche und demokratische Grundlage erhalten. Sprachlehre ist ein Gebiet, welches Professionalität erfordert. Aus diesem Grund bedarf es auf akademischer Ebene einer Analyse und Entwicklun der kurdischen Sprache, Geschichte, Literatur und Kultur. Es müssen Institute und Initiativen gegründet werden, die es jedem ermöglichen, kurdisch auf wissenschaftlicher Grundlage zu erlernen.

Projekte, Programme und Infrastrukturen, die Sprachkurse in der Vor-, in der Grund- und Mittelschule und an den Hochschulen anbieten und die Gründung von entsprechenden Privatschulen vorsehen, sind erforderlich. Dabei ist es wichtig, dass das Lehrpersonal die kurdische Sprache beherrscht und über eine pädagogische Ausbildung verfügt. Es ist für die Entwicklung der Persönlichkeit der Kinder von großer Bedeutung, dass sie die Gedanken und Erfahrungen, die sie im Vorschulalter entwickeln, nach den Regeln der Muttersprache mit wissenschaftlichen Methoden, Bildungstechnologie und Hilfsmitteln ausformen und weiterentwickeln.

Vorschläge:

- Muttersprachlicher Unterricht muss an jeder Schule und in jeder Klasse durchgeführt werden.
- Muttersprachlicher Unterricht muss Pflichtfach und damit versetzungsrelevant werden.
- Muttersprachlicher Unterricht muss wöchentlich fünf Stunden erteilt werden.
- Lehrer, die muttersprachlichen Unterricht erteilen, müssen beide Sprachen gut beherrschen.
- Bildung in der Muttersprache muss stattfinden.



StudentInnenprotest in Istanbul für muttersprachlichen Unterricht

Foto: DIHA

Über die Schwierigkeiten bei der Namensgebung für kurdische Neugeborene

Türkischer Innenminister gründet Kommission "Gefährliche Namen"

Eine Zusammenfassung des Berichts des türkischen Menschenrechtsvereins IHD

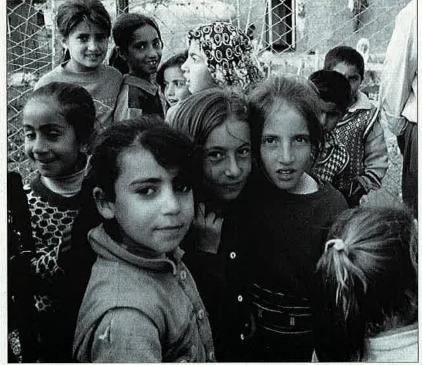
In den letzten Monaten des vergangen Jahres hatten Studentinnen und Studenten in verschiedenen Gebieten der Türkei eine "Antragskampagne mit der Forderung nach muttersprachlichem Unterricht" begonnen. Kurze Zeit später, im Dezember 2001, ließ der türkische Innenminister in einem Erlass die kurdische Namensgebung unterbinden. Weiter ordnete er an, dass in allen Städten Namenskommissionen zu gründen seien, um zu verhindern, dass Neugeborenen andere als türkische Namen erhalten.

Nach diesem Erlass häuften sich die Vorfälle, bei denen Einwohnerregisterämter

Anträge von Eltern ablehnten, die ihren neugeborenen Kindern kurdische Namen geben wollten.

Neben der Ablehnung ihrer Anträge mussten Eltern willkürlich Repressionen und Festnahmen erdulden. Diejenigen, die ihren Kindern kurdische Namen geben wollten, waren Maßnahmen im Rahmen der Anti-Terror-Bekämpfung ausgesetzt.

Gegen diese Menschen wurden vor Staatssicherheits- und Landgerichten Verfahren eingeleitet.



Kinder aus Amed

Foto: A. Bender

Der geheime Erlass

Innenminister Rüstü Kazim Yücelen hatte seinem Erlass der Ende letzen Jahres mit dem Vermerk "Geheim" an 81 Provinzgouverneure ging, die Einwohnerregisterämter vor kurdischen Namen gewarnt

In dem Erlass heißt es: "Der Artikel 16/4 des Einwohnergesetzes Nummer 1578 legt fest, dass 'Namen, die unserer nationalen Kultur, Sitten und Gebräuchen widersprechen und die Gefühle der Öffentlichkeit verletzen, nicht verwendet werden dürfen` und im Artikel 77/2 der Arbeitsvorschriften für die Dienstleistungen bei Einwohnerangelegenheiten ist festgehalten, welche Schritte in einem solchen Fall einzuleiten sind. Dieser Artikel besagt: 'Auch wenn eine Verletzung des Einwohnergesetzes 1578 Artikel 16/4 von Behörden des Einwohnerregisteramtes klar zu erkennen ist, so muss - wie es aus dem Erlass hervorgeht - die Geburtsurkunde mit dem vorgesehenen Namen dem Familienregister weitergeleitet und die Meinung des Ministers eingeholt werden.' Ich wünsche, dass dieses Thema zur Kenntnis genommen wird und das Notwendige umgesetzt wird."

Das erste Verfahren wurde in Dicle/Diyarbakir eröffnet

Nachdem der Erlass an die Gouverneure und Einwohnerregisterämter geschickt worden war, leitete die Gendarmeriekommandantur eine rückwirkende Untersuchung in Dicle bei Diyarbakir ein. Am 21. 12. 2001 beantragte der Gendarmeriekommandant mit dem Dokument Nummer 5832 bei der Staatsanwaltschaft von Dicle die Änderung der Namen von insgesamt 21 Kindern aus sieben verschiedenen Familien aus den Dörfern Meydan, Ugrak, Bozoba, Üzümlü und Cavli, die in der Zeit von 1985 bis 2001 zur Welt gekommen waren und angeblich Namen erhalten hätten, die die PKK ihren Kämpfern als Kode-Namen geben würden: Berivan, Rojda, Zilan, Baver, Velat, Serhat, Kendal, Zinar, Hebun, Baran, Rojhat, Agit, Zelal und Zozan.

Das Landgericht Dicle hat mit der Forderung nach Änderung dieser Namen ein Verfahren eröffnet. Am 9. April 2002 hat das Landgericht Dicle das Türkische Sprachinstitut nach Sinn und Ursprung dieser Namen befragt. Daraufhin hat dieses dem Gericht die angeforderten Informationen zu den gefährlichen Namen erteilt. Dem nach haben die Namen folgende Bedeutung:

Berivan: die Melkerin
Zilan: ein Flussname
Rojda: Sonnenaufgang
Baver: Glaube (Überzeugung)
Velat: Heimat
Serhat: Grenzgebiet
Kendal: Berg
Zinar: Felsenriff
Hebun: existieren
Baran: Regen
Rojhat: der Tag ist gekommen
Zelal: klar, rein und hell
Zozan: Alm

Der Richter Sirvan Ertekin am Landgericht Dicle hat während der Verhandlung die Antwort des Vorsitzenden des Türkischen Sprachinstituts, Sükrü Haluk Akalin, verlesen. Mit dem Vermerk, dass die Namen Baver, Baran und Serhat einen persischen Ursprung hätten, wurden ihre Bedeutungen vorgetragen. Die anderen Namen seien in ihrem Wortbau nicht türkisch und entsprächen somit nicht dem Namensgebungsrecht der türkischen Namen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Firat Anli erklärte, dass diese Namen nicht den nationalen Bräuchen und Sitten widersprächen, dass mit diesen Namen in der Türkei TV-Serien gedreht und ausgestrahlt würden, die Bevölkerung großes Interesse gegenüber diesen Namen aufbrächte und es zudem rechtswidrig sei, dass die Staatsanwaltschaft ein solches Verfahren eröffne. Aus diesem Grunde beantragte er die Ablehnung des Verfahrens, Der Richter Sirvan Ertekin lehnte anschliessend das Verfahren aus verfahrensrechtlichen Gründen ab.

Das Türkische Sprachinstitut

Das Türkische Sprachinstitut agiert als Gutachter und recherchiert Ursprung und Bedeutung von Namen. So wurden im Jahre 2000 von Gerichten und anderen Einrichtungen Informationen zu 45 Namen, im letzten Jahr zu 125 Namen und in den ersten fünf Monaten dieses Jahres zu 160 Namen Auskünfte angefordert, ob es sich dabei um türkische Namen handle und ob diese nationaler Kultur, Sitten und Gebräuchen entsprächen. So antwortete das Türkische Sprachinstitut auf die Frage nach Ursprung und Bedeutung des Namens Rojda, dass es aus seinen vorhandenen Quellen den Ursprung nicht herausfinden könne und auch die Bedeutung nicht wisse, aber da es offensichtlich kein türkischer Name sei, würde es der nationalen Kultur, Sitten und Gebräuchen widersprechen, wenn einem türkischen Kind dieser Name gegeben werde. Das Gericht hat, sich auf diese Bewertung stützend, die Annullierung des Namens beschlossen und die Eltern aus Angst, ihr Kind würde ohne Namen bleiben, haben notgedrungen einen anderen Namen vorgeschlagen. Dieser Alternativname Nafise wurde vom Gericht als Wunsch der Eltern angegeben und beschlossen. Diesem Urteil zufolge widersprechen alle nichttürkischen Namen der nationalen Kultur, den Sitten und Gebräuchen. Es ist bedenklich, dass Gutachten einer Institution, die weit davon entfernt ist, wissenschaftlich zu arbeiten, bei Gerichten zur Grundlage für Urteile genommen werden.

Nach Medienberichten hat die Gendarmeriekommandartur Diyarbakir am 26. Dezember 2001 eine Liste mit 600 Namen angefertigt und diese der Staatsanwaltschaft weitergeleitet mit der Forderung, Verfahren zu eröffnen mit dem Ziel, diese Namen zu annullieren. Der Gendarmeriekommandant erklärte, dass die Beantragung von kurdischen Namen eine Politisierungsbemühung der PKK darstelle. Staatsanwalt Sait Gürlek hat daraufhin den Justizminister um dessen Meinung angeschrieben. Parallel wurde in Bismil, Kulp, Hazro und Lice bei Diyarbakir Eltern vom Einwohnerregisteramtsleiter der Provinz damit gedroht, sie zu diffamieren, wenn sie diese Namen ihren Kindern geben wollten.

Am 11. April stellte die Staatsanwaltschaft Diyarbakir beim Türkischen Sprachinstitut eine Anfrage über 36 kurdische Namen, darunter Berin, Delal, Jiyan, Tajdin, Pelsin, Rozin, Rozerin, Rojda, Rojhatciya, Rojin, Ruji, Rotinda, Robinm Rubar, Rojiyan, Rojekin, Sirvan, Siban, Zelal, Zilan und Ziran.

Bekam das Institution im Jahre 2000 die häufigsten nachfragen zu den Namen Aleyna, Almila, Almira, Sümeyye, Helin, Tuana, waren es 2001 Mislina, Aleyna, Almila, Almira, Secen, Aybüke, Oguzhan, Beyza, Sude, Melisa, Helin, Zilan, Janset, Rojda und Berk und im Jahre 2002 Alpagut, Aleyna, Alara, Aybüke, Sude, Didar, Melodi, Melisa, Lara, Rojda, Baver, Zilan, Berfin, Delal, Berivan und Sirvan. In den Anfragen werden gemäß dem Einwohner- und Nachnamengesetz Informationen aingefordert, ob besagter Name der türkischen Sprache und der nationalen Kultur, der Sitten und Gebräuchen entspricht.

Die Experten der Wortwissenschaftabteilung des türkischen Sprachinstituts versuchen den Ursprung und die Bedeutung der angefragten Namen mit Hilfe von Lexika herauszufinden. Bei den nicht aufzufindenden Namen wird der schriftliche Vermerk zurück geschickt "nimmt keinen Platz in den gegenwärtigen Quellen und in der Tradition der Namensgebung ein".

Die Verantwortlichen dieser Institution erklären, dass sie keine Anfrage direkt als positiv oder negativ bewerten und auch nicht wie folgt: "Das Türkische Sprachinstitut erkennt diesen Namen an." oder "In der Türkei ist es ein häufig angewandter Name." Die Verantwortlichen fügen noch hinzu, dass es viele Namen mit arabischem (z.B Havva, Ayse, Emine, Ahmet, Muhammet, Ali und Hasan) und persischem Ursprung (z.B. Sadi, Gül, Gülnaz, Gülendam, Gülperi, Berin, Berna, Beste und Ahu) gebe, die seit Jahrhunderten angewandt und somit als türkisiert betrachtet würden. Sie würden nur als Gutachter die notwendigen Informationen weiterleiten, das Urteil überließen sie der Justiz.

Ein Name ist ein an die Person gebundenes Individualrecht. Niemand kann einen bereits erteilten Namen annullieren und die Person namenlos lassen. Ein solches Institut kann auch kein Gerichtsbestandteil sein. Aus diesem Grunde haben Bestimmungen sowohl im Einwohnergesetz als auch in anderen Gesetzen keine Berechtigung, einen erworbenen Namen annullieren zu lassen.

Weil jeder Mensch eine eigenständige Persönlichkeit ist, hat er das Recht, sich von anderen zu unterscheiden. Aus diesem Grunde ist der Name ein mit Lebensrecht und Würde zu vergleichendes Recht. Dieses Recht kann einem Menschen nicht entzogen werden. Die Urteile der Gerichte haben deshalb das Lebensrecht der Betroffenen klar verletzt. Der Artikel 2 der Verfassung der Türkei, lässt ein solches Verfahren nicht zu. Damit wurde sogar die eigene Verfassung verletzt.

Jeder Minderheit und jeder Volksgruppe muss das Recht zugestanden werden, sich zu artikulieren und ihre Kultur auszuüben. Es ist ein schwerer Schlag gegen die demokratischen Werte und individuellen Freiheiten, wenn einer Volksgruppe nicht gestattet wird, ihren Kindern Namen in ihrer eigenen Sprache zu geben. Ein friedliches und gerechtes Zusammenleben kann nur garantiert werden, wenn Menschen, Gruppen und Völker mit ihren Identitäten und Eigenschaften in gegenseitigem Respekt und Toleranz leben können.

Das Recht von Kurdinnen und Kurden, ihren Kindern kurdische Namen zu geben, war auch in der Bundesrepublik keine Selbstverständlichkeit. Bei der Namensgebung wurden Namenslisten der Türkei zur Grundlage genommen, und weil kurdische Namen dort nicht aufgelistet sind, wurden auch hier den kurdischen Eltern die kurdische Namensgebung untersagt. Durch Auf-

klärungsarbeit, Rechtsstreitigkeiten und andere Initiativen können Kurdinnen und Kurden ihren Kindern - wenn auch nicht überall und problemlos - kurdische Namen geben. Ein für viele Menschen selbstverständliches Recht ist für die Kurden einnoch zu erkämpfendes Recht. Allein dieses eine Beispiel unterstreicht, inwieweit der Kampf der Kurdinnen und Kurden ein Demokratiekampf und ein Kampf für mehr Freiheiten ist, nicht nur für die Kurden und Türken, sondern gegen die Demokratidefizite auf der ganzen Welt.

(Als Quelle für diesen Text diente der Bericht über das Verbot der kurdischen Namen des Menschenrechtsverein IHD/-Diyarbakir vom September 2002)



Amed, Diyarbakir 2002

Foto: ISKU

Der apoistische Sozialismus ist das fortschrittlichste Niveau der sozialistischen Bewegung

aus Serxwebun

 \mathbf{F} ur die Bewertung des sozialistischen Inhalts der apoistischen Linie und ihrer Position innerhalb des sozialistischen Kampfs und dessen Entwicklung ist vor allem die Erklärung des Apoismus nötig.

Die Frage kam auf, als sich die Bewegung entwickelte und die Gesellschaft zu beeinflussen begann. Erforderlich sind jetzt exakte und zufriedenstellende Antworten bei konkreter Fragestellung. Entsprechende Antworten finden sich in der Lebensphilosophie und den Lebensumständen unseres Vorsitzenden, besonders geeignete Belege in der Reihe der Analysen, von "Der Weg der Revolution von Kurdistan" bis zum "Manifest der demokratischen Zivilisation". Darin liegen die Erklärungen des Vorsitzenden vor zu Philosophie, Theorie, Ideologie, Strategie und Taktik und deren Realisierung in Alltag und Organisation. (....)

Philosophen, Denker, ideologische und politische Führungen haben definiert und beschrieben. Nicht umsonst haben Marx oder Lenin trotz umfangreicher Aktivitäten und Beziehungen zu Organisierung und Praxis eine Menge Schriften mit eigenen Überlegungen verfasst. Deshalb ist es für ein angemessenes Verständnis des Apoismus notwendig, die Bewertungen des Vorsitzenden und seines Lebens zu betrachten.

Der Apoismus ist eine Kraft des Handelns und des Denkens

Abdullah Öcalan: "Ich bin auch jemand, der versucht, ein apoistischer Militanter zu werden." Diejenigen, die sich am meisten zustrengen, Apoisten zu sein, dessen Sprzehrohr bilden, Maßstäbe setzen, Besonderheiten hervorheben, Philosophie und Utopie schaffen und die Basis bilden, sind Militante. (....)

Jeder kann für sich selbst Definitionen entwickeln, so wie die Definition des Vorsitzenden seine ist. Daher ist die Bewertung des objektiven und realistischen Phänomens des Vorsitzenden am besten mit Hilfe seiner eigenen Denkweise gewährleistet. Begriffsbildungen anderer reflektieren deren Ansichten, daher sollten wir diese also nicht zur Betrachtung des Phänomens als richtig und realistisch annehmen. (....)

Die Realität des Vorsitzenden kann folgendermaßen beschrieben werden: "Der Apoismus ist eine Kraft des Handelns und des Denkens." Manche haben diese Bewegung als eine rein praktische angesehen, lange Zeit besonders in linksorientierten Kreisen in der Türkei. Das ist falsch. Der Apoismus ist nicht nur eine Kraft der Praxis, sondern gleichzeitig eine intellektuelle Kraft, die die Praxis mit einbezieht. In der Realität des Vorsitzenden baut die Einheit von Theorie und Praxis auf einer wirkungsvollen und problemlösenden Praxis und einer umfassenden Kraft von tiefgründigem Denken und Analyse auf; letztere sogar mit einem Übergewicht. Fortschritte werden gemacht durch die Lehren des Vorsitzenden aus der Praxis und seiner Erfahrung und damit zusammenhängend aber auch durch Erklärungen zur Entwicklung der Praxis. Die Praxis wird annähernd von Anfang bis Ende skizziert und danach realisiert. Ist das richtig so? Dieser Zustand kann eigentlich nicht als richtig und notwendig angesehen werden, jedoch erforderten es die Bedingungen in Kurdistan, wo es für Organisierung und Aktivitäten einen Bedarf an derartigen Erklärungen gab. Wenn die Menschen nicht in das Wissen einbezogen werden, organisieren sie sich nicht und können keine folgerichtigen und wirkungsvollen Aktivitäten entfalten. (...)

Apoismus bedeutet, einen uneigennützigen Kampf zu führen für ein freies, gleichberechtigtes und gerechtes Leben der Menschheit.

Garantie dafür ist der Kampf. So ist der Apoismus also eine Realität des Kampfgeistes. Ein richtiges Verständnis davon ist von Nutzen, denn es gab Situationen, in denen - anstatt zu kämpfen - der Apoismus als eine Institution aufgefasst wurde, die Freiheit, Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und Möglichkeiten verteilt.

Der Apoismus nimmt den Sozialismus als ideologische Tatsache

Wie geht der Apoismus an den Sozialismus heran?

Wie wurde der Sozialismus aufgefasst und entwickelt?

Wie wurde der Sozialismus definiert und praktisch realisiert?

Wir haben hier einen Blickwinkel und einen philosophischen Rahmen, die der Auffassung vom Sozialismus und der ideologischen Herangehensweise eine neue Richtung geben. Deshalb bedarf es des Verständnisses dieser Philosophie. Sie ist nicht eklektisch, oberflächlich oder engstirnig, sondern äußerst wissenschaftlich und eine auf Veränderung basierende Methode, welche die Bedingungen Kurdistans beachtend eine Lösung formuliert und die Bedürfnisse befriedigt. Darum hat diese Philosophie Besonderheiten in der Herangehensweise an Menschen, Gesellschaft, Leben und Kampf. Denn die allgemeinen philosophischen Maßstäbe griffen nicht in Kurdistan und so wurden keine Lösungen geschaffen. (....)

Der Apoismus hat einen theoretischen Rahmen: Er fasst den Sozialismus als eine Bewegung des Denkens und als theoreti-

sches Gerüst auf und versucht, die Fakten aus seinem philosophischen Blickwinkel heraus zu analysieren. Diese größten Bemühungen des Vorsitzenden bilden einen der praktizierten Bereiche des Apoismus, was von verschiedenen Kreisen so nicht angenommen wurde. Sie bewerteten die apoistische Bewegung als eine rein praktische Kraft mit mangelnder Urteilsfähigkeit, die nur aufgrund beschränkter Muster agiert, obwohl dies nicht der Realität entsprach. (....) Der Apoismus erreichte all seine Fortschritte vor allem mit der mentalen und analytischen Kraft und der Entscheidung und der Anstrengung, diese Kraft weiterzuentwickeln. Damit hängt die Entfaltung eines angemessenen philosophischen Blikkwinkels zusammen. (....) So entstand die Perfektionierung, Vertiefung und Konsequenz in der Philosophie. (....)

Der Apoismus betrachtet den Sozialismus als ideologische Tatsache und ist dessen Utopie von Freiheit, Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und Solidarität verbunden. Ein Leben für die Menschheit gilt ihm als richtiges, schönes und hoffnungsvolles Leben und Kampf und Arbeit sind dafür notwendig, um die Menschheit auf dieses Niveau zu heben. (....) Das ist die theoretische gedankliche Auffassung. In diesem Sinne hält der Apoismus den Sozialismus für eine große intellektuelle Bewegung der Ideologie und Philosophie, misst ihm einen hohen Stellenwert zu und trägt auf theoretischer Ebene mit viel Mühe zur Perfektionierung und Weiterentwicklung des Sozialismus bei. Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere und wichtigere Seite ist dessen Realisierung und Kanalisierung im Kampf. Hier betrachtet der Apoismus den Sozialismus als eine Anleitung für Aktivität, Kampfkraft und Lebensrealität und eine praktische Tatsache. Das Prinzip des Vorsitzenden: "Tue soviel du denkst und denke noch mehr, um größere Dinge vollbringen zu können." Wissenschaftler stellten eine Methode des Vorsitzenden fest, bei der Theorie und Praxis dialektisch ineinander übergreifen und sich gegenseitig entwickeln. Die Linie des Vorsitzenden denkt bei der Ausführung, agiert beim Denken und schafft so eine Ebene der Einheit des Denkens und Handelns. Das gleiche gilt auch hinsichtlich des Sozialismus.

Der Apoismus ist eine Kraft des Lebens und der Aktivität

Der Vorsitzende hat den Sozialismus soweit wie möglich entwickelt, dabei gibt es verschiedene relevante Aspekte. Beispielsweise wird verschiedentlich diskutiert, inwieweit unsere Bewegung sozialistisch ist oder nicht. Hier befindet sich die apoistische Bewegung in einem Dilemma, denn von den Kapitalisten und Imperialisten, den gegenwärtigen EU- und US-Vertretern ist sie als sozialistisch, ja sogar kommunistisch und marxistisch-leninistisch gebrandmarkt worden und der Vorsitzende Apo hat 1998-99 das Etikett als zeitgenössischer und letzter Sozialist bekommen. (...) Die Franzosen betrachteten 1993 die Realität des Vorsitzenden unter der Fragestellung: "Kann das die Gefahr eines alternativen Lebensentwurfs zu unserem ideologischen System, also unserer französischen bzw. europäischen Lebensrealität, in sich bergen?", was sich auch in den Medien widerspiegelte. (...) Das internationale Komplott entstand als Ergebnis dieser Bewertung. Da die apoistische Realität unter diesem Gesichtspunkt als große Gefahr angesehen wurde, sollte ihr durch einen internationalen Angriff begegnet werden. Das internationale Komplott hängt also zusammen mit dem Status quo in Kurdistan und dem - auch internationalen - Verleugnungs- und Vernichtungssystem. (...) Der in Kurdistan entwickelte Kampf bedrängt dieses System mit einer anvisierten neuen Lebensordnung für die Menschheit. Außerdem besteht Zusammenhang nicht nur mit der kurdischen Frage und dem Verleugnungssystem in Kurdistan, sondern auch mit der Überwindung der Eigenschaften der internationalen kapitalistischen Lebensweise, die dieses System gestalten und aufrechterhalten. Es gibt eine neue ideologische Linie gegen die ideologischen Rahmen. So wird der Sozialismus entwickelt und vertreten; Beweis dafür ist der Kampf auf internationaler Ebene. Diejenigen, die sich als Sozialisten bezeichnen, sehen das anders. In der Türkei und in einigen Kreisen außerhalb der Türkei existieren solche Ansichten. Insbesondere Kräfte, die Teil und Verlängerung des Realsozialismus sind, sehen den Apoismus als eine patriotische und demokratische Bewegung außerhalb des Sozialismus an und folglich nur als Verbündeten des Sozialismus. Während einige ihn als einen guten Verbündeten betrachten, halten ande-

re ihn für gefährlich und deshalb Vorsicht für angebracht. Der Vorsitzende erklärte dazu: "Wir beschäftigen uns nicht sehr viel mit Begriffen und Definitionen, sondern eher mit dem Leben selbst und damit, die Inhalte der Definitionen im Leben umzusetzen. Wir finden es wertvoller, gute Militante zu sein, den Sozialismus umzusetzen und zu verbreiten." Was bedeutet das? Es bedeutet die Nähe des Apoismus zur Praxis. Der Apoismus ist eine Kraft des Lebens und der Aktivität. Er begegnet dem Sozialismus nicht auf verbaler Ebene, sondern in der beschriebenen Weise, was auch die Herangehensweise an die Ideologie verdeutlicht.

Was ist Ideologie? Ideologie ist nicht nur eine begrifflich erfasste Tatsache, sondern das Leben selbst und das, was daraus entsteht und realisiert wird. Es bedeutet, dass die Maßstäbe des Lebens in Begriffen wiedergegeben werden, deshalb Grundlage und Realität des Lebens sind. Was im Leben nicht realisiert und worüber nur gesprochen wird, kann nicht als Ideologie bezeichnet werden; es sind leere Worthülsen, Träume, Absichten oder Wünsche, jedoch niemals die Realität. So betrachten manche den Sozialismus als Absicht, Wunsch oder Traum und behandeln ihn auf der Ebene der Begrifflichkeiten. Sie sprechen oft von Sozialismus und denken, somit gute Sozialisten zu sein, nähern sich aber nicht der Verwirklichung auch nur seines geringsten Teils. Diese Herangehensweise wurde vom Vorsitzenden falscher Sozialismus genannt. kann auch als verbaler Sozialismus bezeichnet werden. (...) Dieser Zustand kann durch Schwäche oder Organisationslosigkeit entstehen. Schwache Persönlichkeiten entwickeln Träume und Absichten, aber nicht die Kraft zur Realisierung. Sie haben Sehnsüchte und wollen - wenn diese in die Praxis umgesetzt werden - auch ohne Einwände danach leben, können sie jedoch nicht selbst realisieren. So können sie niemals die Realisierenden, also die Militanten, sein, sondern lediglich diejenigen, die es erleben. (\dots)

Mit dieser Art von Sozialismus-Verbundenheit und diesem Verständnis von der Definition des Sozialismus der apoistischen Bewegung kann nicht in deren Militanz eingetreten werden. (...)

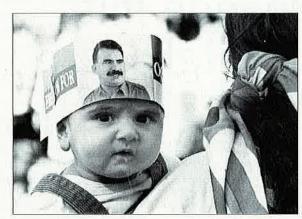


Foto: Archiv

Der Vorsitzende Abdullah Öcalan vertiefte den Sozialismus mit der Ideologie der Freiheit der Frauen

Ein weiterer näher zu beleuchtender gewichtiger Aspekt des apoistischen Sozialismus ist der Blick auf Freiheit und Gleichberechtigung. (...) Je weiter sich unsere Bewegung in die Praxis begab und Ergebnisse erzielte, desto mehr förderte sie Unterdrückung, Ausbeutung, Ungleichheit und Ungerechtigkeit aus den Tiefen der Gesellschaft zutage. Der apoistische Sozialismus griff umfassend die Widersprüche zwischen den Klassen und Nationen auf und damit umso mehr die Widersprüche zwischen den Geschlechtern und deren Zusammenhang mit den Klassen- und nationalen Widersprüchen. Er sah die grundsätzlichen Elemente, welche die Gegensätze herbeiführten und aufrechterhielten, vertiefte sich darin und versuchte daran Gleichberechtigung und Freiheit zu entwickeln. (...)

Dem apoistischen Sozialismus nach ist die Freiheits- und Gleichberechtigungsutopie des Sozialismus nicht allein auf Nationen oder Klassen bezogen, sondern seine Grundlage bildet die Freiheit und Gleichberechtigung der Geschlechter und darauf basierend die Linie der Freiheit der Frauen als das Element der gesellschaftlichen Freiheit und Gleichberechtigung. So wurde die Ideologie des Sozialismus mit der Ideologie der Freiheit der Frauen vertieft. Mit dem Setzen von Maßstäben innerhalb einer feudalen, rückständigen Gesellschaft wurde

vorsichtig und vorausschauend gehandelt und die Art des Kampfes geprägt. (...)

Im apoistischen Sozialismus dominieren die ideologische Tiefe und die Stellung der darin enthaltenen Freiheitsbewegung der Frauen. Mit der Vereinigung der sozialistischen Linie und der Linie der Freiheit der Frauen wurde eine Vertiefung erreicht. Diese Annährung erfolgte nicht unter Marx. Lenin hat in "Was tun?" einiges vorausgesehen, sich mit dem Gedanken identifiziert und auch ideologisch beabsichtigt, jedoch hat er es nicht entwickelt, geschweige denn in die Praxis umgesetzt. Deshalb gab es später Abweichungen, trotz einer Vielzahl leninistischer Theorietexte. Die apoistische Realität war es, die alles unter Verbindung von Denken und Handeln konsequent, tiefgehend und umfassend entfaltete, die Freiheits- und Gleichberechtigungsutopie des Sozialismus genau erfasste und die Gesellschaft entsprechend analysierte und entwickelte. (...)

Sozialismus ist das Leben selbst

Inwieweit wird das ideologische Gerüst in Person des Vorsitzenden, also die Maßstäbe und Besonderheiten innerhalb der Organisation, zum Leben erweckt?

Wie viel spiegelt sich davon in der Gesellschaft wider und beeinflusst diese?

Die Organisation ist das Feld, auf dem die Linie des Vorsitzenden umgesetzt wird. Jede Linie schafft entsprechend ihre eigenen Kader und ihre eigene Organisation. Die gegenwärtige Realität unserer Organisation und unserer Militanten, unsere organisatorische Struktur und Lebensmerkmale werden gemäß der Linie des Vorsitzenden und der sozialistischen Ideologie geprägt. In dieser Hinsicht ist dieses Feld der Spiegel für den individuellen und gesellschaftlichen Kampf. Die Realität des Vorsitzenden befindet sich also in einem Kampf mit dem Reaktionären, konkretisiert in der Organisation und im Militanten. (...)

Die Kraft erwächst durch die sozialistische Ideologie und zeigt sich durch die Praxis der Ideologie im Militanten und in der Organisation. Infolgedessen ist die Praxis der Linie des Vorsitzenden mit den daraus folgenden Ergebnissen auf einem hohen Niveau. Fortschrittliche Lebensmaßstäbe verwirklichen den Sozialismus im Leben. (...)

Keine andere Organisation konnte derart ihr Innenleben ordnen, an die Stelle von persönlichen Lebensgewohnheiten das Gesellschaftsleben einfügen bzw. Mut und Selbstlosigkeit dieses Niveau erreichen lassen. (...)

Von denjenigen, die viel sozialistisch reden, kann nicht behauptet werden, dass sie wirkliche Sozialisten sind. Sozialismus ist das Leben selbst. Man sollte nicht danach schauen, was der Mensch sagt, sondern wie er lebt. Das ist unser Maßstab. (...) Deshalb betrachtet der Apoismus sich folglich, wie er ist, nicht zu träumerisch oder utopisch, übertreibt bzw. rühmt sich nicht, nähert sich im Gegenteil überaus kritisch. Das geschieht, damit nicht an übertriebenen Träumen festgehalten wird und eine Selbstüberschätzung, d. h. ein Bruch mit der weltlichen Realität, entsteht. Als Modell einer sozialistischen Gesellschaft wird das sozialistische Leben innerhalb der Organisation entwickelt.

Beitrag redaktionell gekürzt

Was soll aus den Dorfschützern werden?

Eine Verbrecherbande mit neunzigtausend Mitgliedern

Von Ahmet Sümbül ist Journalist der Tageszeitung Yeniden Gündem

Das "Gesetz über Dorfschützer" wurde am 26. März 1985, zur Regierungszeit von Ministerpräsident Turgut Özal, in zwei Zusatzparagraphen zum bestehenden Artikel 74 des am 18. März 1924 in Kraft getretenen Dorfreglements Nr. 442 verabschiedet. Als erstes sollten die Dorfbewohner rund um die strategisch sehr wichtige Stadt Hakkari als "Dorfschützer" beauftragt werden. In Frage kamen die dem mächtigsten Stamm in der Region Hakkari angehörenden Jirki.

Es folgte ein Gespräch über das "Dorfschützer"-System zwischen Tahir Adiyaman, Stammesführer der Jirki, Hanefi Avci, dem Vertreter des Nachrichtendienstes für Sicherheit, hochrangigen Militärangehörigen und einer Gruppe aus dem MIT (türkischer Geheimdienst). Der Stammesführer Tahir Adiyaman war zuvor im Jahre 1975 wegen Mordes an 7 Soldaten und einem Rechtsanwalt zum Tode verurteilt worden. So war es nicht schwierig zu erraten, was der Zweck dieses Treffens war und worauf das Militär damit hinauswollte:

Die Stammesmitglieder sollten sich bewaffnen und im Gegenzug würde Tahir Adiyaman freigesprochen werden. Dieser hat sich natürlich ohne zu zögern damit einverstanden erklärt und somit wurde dieses "Dorfschützer"-System erstmals in Beytüsebab ins Leben gerufen.

Die Zahl der "Dorfschützer", im Jahre 1985 um die 5700 Söldner, hat von Jahr zu Jahr drastisch zugenommen. Dieses System, noch im gleichen Jahr in weiteren 22 Städten organisiert, ist schließlich mit Unterstützung von Freiwilligen auf 35 Städte in der Region ausgedehnt worden.

Die "Dorfschützer" wurden bei Militäroperationen eingesetzt und hatten den Auftrag, die Soldaten in der ihnen bestens bekannten Gegend zu führen und sie bei militärischen Aktionen zu unterstützen.

Zu Beginn wurde für die "Dorfschützer" eine Aufwandsentschädigung von monatlich 42.000 TL vereinbart. Im Jahre 1990 erreichte die Zahl der "Dorfschützer" 17.734 Personen und 1992 ca. 30.000. Heute beträgt ihre Zahl nach offiziellen Angaben etwas mehr als 90.000, davon erhalten 59.993 regelmäßig ihren Lohn und 30.300 sind Freiwillige.

Seit der Einführung dieses Systems sind 23.500 "Dorfschützer" wegen Morddelikten, Entführungen, Vergewaltigungen, Drogenund Waffenschmuggel, Misshandlungen u. a. disziplinwidrigen Vorfällen aus dem Dienst entlassen worden, gegen 300 von ihnen wurden verschiedene Strafen wegen Mordes verhängt.

Die politischen Parteien versprachen den Bürgern vor den Wahlen immer wieder die Abschaffung dieses Systems, ca. 20 verschiedene Parlamentsinitiativen gab es in diesem Zusammenhang. Man kam keinen Schritt vorwärts, die Versuche liefen ins Leere. Das Resultat war alles andere als die Abschaffung der Einrichtung.

Bis heute ist unklar, was aus ungefähr 91.000 "Dorfschützern" werden soll

Etwa 60.000 von ihnen werden vom Staat immer noch monatlich mit durchschnittlich etwa 170 Mill. TL entlohnt. In einem Land, in dem man sich aufgrund der andauernden schweren Wirtschaftskrise nicht einmal um kleinste Investitionen kümmert, werden so aus der Staatskasse monatlich Millionen von Dollars vergeudet, statt gesunde politische und wirtschaftliche Lösungen zu entwickeln.

2001, als die wirtschaftliche Krise einen Höhepunkt erreichte und der Staat fast Konkurs ging, entlohnte man die "Dorfschützer" noch mit einer Summe von 120 Trill. TL für ihre "Null"-Leistungen.

Dagegen werden jungen Unternehmern, Investoren und produktionsfähigen Bauern keine Kredite gewährt.

Der Stadt Diyarbakir mit über 1,5 Mill. Einwohnern wurde beispielsweise im Jahre 2001 von der Staatskasse ein Teilbetrag von 6 Trill. 250 Mill. TL zugesprochen. Diese Summe, bestimmt für die Finanzierung der Bildungsausgaben, Gesundheitskosten und anderer staatlicher Sozialleistungen, machte nur etwa 25% des an die "Dorfschützer" gezahlten Betrages aus. Und dies für eine Stadt wie Diyarbakir, welche sich aufgrund des Krieges in vergleichsweise elender Lage befindet.

Heute besteht in der Region ein Bedarf an finanzieller staatlicher Unterstützung in Höhe von 150 bis 200 Mrd. TL, um die Produktionskapazität der ungefähr 600 mittleren Unternehmen auf 100 % steigern und dann auch 25-30.000 neue Arbeitsplätze schaffen zu können.

Im letzten Jahr betrug die Summe der den 188 Firmen in den 11 Städten der Region zugesprochenen Kredite nur ein Fünftel der Entlohnung für die "Dorfschützer", d.h. nur etwa 26,2 Trill. TL.

Das letztes Jahr für den Aufbau des Projekts "Organisiertes Industriegebiet von Diyarbakir" vorgesehene Geld stellte sich als die lächerliche Summe von ausgerechnet nur 1 Trill. 361 Mrd. TL dar.

Stattdessen könnte zehntausenden von Familien durch eine Viehzucht- und Landreform die Grundlage geschaffen werden, finanziell unabhängig zu sein und sich selbst zu versorgen. Der Aufbau der durch den Krieg zerstörten sozialen Infrastruktur der Region ließe sich durch das Projekt "Zurück in die verlassenen Dörfer" beschleunigen. In den 11 Städten könnte insgesamt 77.000 Bauern ein Kredit von etwa 77 Trill. TL gutgeschrieben werden, problemlos finanzierbar in den folgenden Jahren. So könnte endlich der wichtigste wirtschaftliche Sektor der Region, die Landwirtschaft, wieder aufblühen.

Sogar das GAP - das Südostanatolische Projekt, unter dem Vorwand "finanzieller Notlage" bis jetzt nicht realisiert - ließe sich mit dem Gewinn aus der Landwirtschaft finanzieren. Der für das Bewässerungsprojekt bestimmte Betrag beläuft sich auf 32 Trill, TL, Mit dem an die "Dorfschützer" ausbezahlten Geld - ein Vierfaches dessen würde man den Erwartungen der Bauern entgegenkommen können.

Wie schon erwähnt, haben seit der Einführung des "Dorfschützer"-Systems in der Region Drogenschmuggel, Entführungen, Vergewaltigungen und Morde drastisch zugenommen, außerdem die Organisierung krimineller Banden, der Machtmissbrauch durch "Dorfschützer" in bestimmten Regionen, etc. Deshalb war diese Problematik immer wieder eine Herausforderung bei jeder neuen Regierungsbildung. Wichtigste Fragen blieben dabei, was man nun mit diesen 90.000 Bewaffneten anfangen könne nach der Abschaffung des "Dorfschützer"-Systems und wodurch es sich ersetzen ließe.

Manche sind nur aufgrund des staat-

lichen Drucks und der Drohung, nach Westen verbannt zu werden, zum "Dorfschützer"tum gezwungen und somit jederzeit bereit, ihre Waffen abzulegen. Daneben gibt es aber auch diejenigen, die freiwillig diesen Beruf ausüben, weil sie aus o.a. Gründen im Krieg ihren Profit sehen.

So wenden sich beispielsweise die Mitglieder des Bucak-Stamms (sprich: budschak), die Yüksekova-Bande, zu denen die Jirki- und Zeydan-Stämme gehören, gegen die Abschaffung des "Dorfschützer"-Systems, teils aus Profit-Interessen, teils aus Rache für ihre bei Gefechten gefallenen Angehörigen.

Mord, Vergewaltigung, Raub

Aus einem Bericht der durch das türkische Parlament beauftragten Untersuchungskommission für unaufgeklärte Mordfälle geht hervor, wie "Dorfschützer" unter der Obhut staatlicher Institutionen Schmuggelgeschäfte betreiben und Dorfbewohner tyrannisieren.

In diesem Bericht wurde auch darauf hingewiesen, dass deutliche Beweise für die Urheberschaft gewisser "Dorfschützer" für manche ungeklärten Morde vorlägen; so wurden darin 5 Morde, eine Körperverletzung, zwei Raubfälle, eine Entführung, 6 verschiedene Arten von Schmuggelgeschäften, insgesamt 30 Vorfälle zusammengefasst. Auch war darin die Rede von vielen Vergewaltigungen, Diebstählen, Entführungen, etc., die auf "Dorfschützer" hinwiesen. Als Ergebnis verlangte die Untersuchungskommission in diesem Bericht vom türkischen Parlament die sofortige Abschaffung des "Dorfschützer"-Systems.

Getötet, weil sie PKK-Anhänger gewesen sein sollen

In dem Bericht heißt es weiter, das "Dorfschützer"-System - zunächst eigentlich auf gesetzlicher Grundlage geschaffen habe sich mit der Zeit zu einer Institution gewandelt, welche ihre ursprünglichen Ziele nicht mehr verfolge, aber trotzdem vom Staat finanziell unterstützt werde. Es wird berichtet, dass der größte Teil des Waffenund Drogenschmuggels von "Dorfschützern" geleitet werde. Ferner hätten viele "Dorfschützer" ihnen feindlich gesinnte Dorfbewohner einfach als PKK-Mitglieder beschuldigt und getötet oder zur Verbannung gezwungen.

Die Iirki-, Babat-, Tayan-Stämme und die Familie Tatar in Sirnak, der Bucak-Stamm in Siverek, der Zeydan-Stamm in Yüksekova, Familie Süleyman Celebi in Midyat, der Adiyan-Stamm in Pervari sollen in der Region zu denen gehören, die in solche Vorfälle verwickelt sind. Die im Susurluk-Bericht erwähnten Bucaks, die Ataks in Cizre, die für den ersten ungeklärten Mord in der Türkei (Juni 1991) verantwortlichen Babats und die der Yüksekova-Bande angehörenden Zeydans hätten in dieser Zeit die meisten Verbrechen begangen.

Wie schon erwähnt, war man öfter mit der Frage konfrontiert, was denn aus diesen "Dorfschützern" nach der Abschaffung dieses Systems werden solle. Die aus der Region stammenden Parlamentsabgeordneten hatten die Idee, "Dorfschützer" im Alter zwischen 20 und 45 als Waldhüter einzusetzen und diejenigen über 45 pensionieren zu lassen. Bis heute wurde allerdings weder die eine noch die andere Idee in die Tat umgesetzt. Die Frage bleibt offen.

In einer Art "Pilotprojekt" wurden letztens in einem ausgewählten Gebiet in Sirnak 80 "Dorfschützern" die Waffen abgenommen und sie als Schulangestellte und 21 weitere in der TPIC (Turkish Petroleum International Company) am Grenzübergang Silopi-Habur als Sicherheitsbeamte eingesetzt.



Dorfschützer

VERBOTEN IST DEN FRIEDEN ZU VERBIETEN VETO!

Vom Internationalen Koordinationsbüro der Internationalen Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan"

Im letzten Kurdistan Report haben wir den Aufruf der Unterschriftenkampagne und die Internetseite des Appells an die politische Vernunft "Verboten ist den Frieden zu verbieten" veröffentlicht, die von der Internationalen Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan" zusammen mit dem Appell von Hannover und der Kampagne "Peace in Kurdistan" initiiert wird. Hier nun ein kurzes Fazit dieser Kampagne.

Was können Appelle in Zeiten ausrichten, in denen politische Unvernunft die Oberhand zu gewinnen scheint? Sehr viel, wenn sich ein solcher Appell an ein Denken richtet, das sich nicht von konjunkturellen Einflüssen beeindrucken lässt. Dieses Denken anzusprechen bedeutet dafür zu sorgen, dass die "Unvernunft" nicht zur Zwangsläufigkeit mutiert und offensichtlich kontraproduktive Entscheidungen von politischen Verantwortungsträgern in fatalistischer Weise hingenommen werden.

Als die Europäische Union am 3. Mai 2002 den Namen der "PKK" in die Liste der terroristischen Organisationen aufnahm, stiess dies bei vielen Intellektuellen, Politikern und NGO's auf Unverständnis. Hatte die Arbeiterpartei Kurdistans nicht die Waffen niedergelegt, um von da ab eine Lösung der kurdischen Frage mit ausschließlich politischen Mitteln zu erreichen? Wurde hier nicht einseitig Partei ergriffen in einem Konflikt, der 40.000 Menschen das Leben kostete und soviel Leid über Millionen von Menschen brachte? Wie dies auch bewertet werden mag, fest steht, dass die von der EU getroffene Entscheidung die Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes erschwert hat.

Deshalb initiierte die Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan" zusammen mit dem Appell von Hannover und der Kampagne "Peace in Kurdistan" einen Appell an die Vernunft, der sich für eine Zurücknahme des Beschlusses der EU einsetzt. Mit dem Erscheinen des Appells wurde eine Internetseite eingerichtet, um potenziellen Unterstützern die Möglichkeit zur Unter-

VERBOTEN IST DEN FRIEDEN ZU VERBIETEN

APPELL AN DIE POLITISCHE VERNUNFT

schrift zu geben. Diese wurde auch reichlich genutzt. Zahlreiche namhafte Persönlichkeiten aus internationaler Politik und internationalem gesellschaftlichem Leben

haben den Aufruf unterschrieben. So unterschrieben u.a. Abgeordnete des Europaparlaments, Bundestagsabgeordnete, Künstler und Intellektuelle, sowie zahlreiche Vertreter von zivilgesellschaftlichen Institutionen, aber auch viele Einzelpersonen. Der aktuelle Stand der Unterschriften kann über www.veto-liste.org eingesehen werden. Des Weiteren haben den Appell Tausende von Kurden unterstützt, die dort aus technischen Gründen nicht aufgeführt sind.

Nach wie vor lässt die Türkei nichts unversucht, auch den anstelle der selbstaufgelösten PKK gegründeten Freiheits- und Demokratiekongress (KADEK) politisch stigmatisieren zu lassen. Demzufolge ist diese Angelegenheit nach wie vor aktuell. Um diesen Bestrebungen entgegenzuwirken, und eine relativ breite Öffentlichkeit herzustellen, beabsichtigen die Initiatoren des Appells den verfassten Aufruf, zusammen mit den Unterschriften in Tageszeitungen mit Anzeigen der europäischen Öffentlichkeit bekannt zu machen. Diese Anzeigen kosten Geld. Deshalb rufen wir die kritische Öffentlichkeit dazu auf, mit Spenden das Vorhaben zu unterstützen.

Internationales Koordinationsbüro der Internationalen Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan"

Spenden an: Internationale Initiative Kontonummer: 46793287 BLZ: 37050198 Stadtsparkasse Köln Stichwort: "Veto-Liste"

IX. Kongress von YEK-KOM, Föderation kurdischer Vereine in Deutschland

Interview mit Sait Bilgin

Sie hatten am 13.07.2002 Ihren IX. Kongress. Mit wie vielen Delegierten und Vereinen haben Sie Ihren Kongress durchgeführt?

Am 13.9.2002 führte unsere Föderation ihren 9. Kongress in der Essener Grugahalle unter Beteiligung von 65 Vereinen und mehr als 400 Delegierten durch.

Welche organisatorischen und programmatischen Veränderungen haben Sie bei Ihrem Kongress beschlossen?

Zu den organisatorischen Veränderungen gehören die Erweiterung des Vorstands von 27 auf 31 Personen, Änderungen innerhalb des Disziplinar- und Kontrollrates, die Einführung eines aus den Vorsitzenden der Vereine bestehenden Rates sowie eine Erneuerung der sieben Kommissionen, die auf die Erwartungen und Problematiken der Menschen abgestimmt sind. Die Satzung wurde zu 80% geändert und ist im Sinne einer zeitgemäßen demokratischen Entwicklung aufgebaut, die auf alle Völker bezogen ist. Unser Ziel ist es, das Zusammenleben zwischen den Menschen trotz der Unterschiede im Sinne der demokratischen Toleranz positiv zu erweitern und zum festen Bestandteil des Lebens zu machen. Unser Arbeitsprogramm wurde im Hinblick auf Gleichheit, Frieden, Freiheit und Völkerverständigung erweitert. Weiterhin wurde eine Ausweitung der Kontakte zu allen demokratischen Organisationen, Vereinigungen und Parteien beschlossen.

Welche politische Position nehmen Sie zu den Wahlen in der Türkei ein?

Wir sind die Organisation eines Volkes, dessen Identität in der Türkei noch immer nicht anerkannt ist. Daher führen die Kurden seit 17 Jahren einen ununterbrochenen Kampf für die Anerkennung der kurdischen Identität, Sprache und Kultur. Die Ausweglosigkeit des Krieges hat zur Entwicklung eines demokratischen Friedensprojektes geführt. Dieses Projekt zwingt die Türkei zu einer Demokratisierung, um somit eine Lösung der kurdischen Frage zu erreichen. Es verlangt von der Türkei mit ihrem maroden Parteiensystem und der bestehenden wirtschaftlichen Krise, zur Lösung ihrer Probleme vorgezogene Neuwahlen durchzuführen. Sowohl die sich auf der Welt entwickelnden Bestrebungen nach Demokratie als auch die demokratischen Bemühungen in der Türkei, die aus dem Freiheitskampf des kurdischen Volkes resultieren, werden die Wahlen massiv beeinflussen. Da die Demokratisierung der Türkei eine wichtige Voraussetzung für die Lösung der kurdischen Frage ist, sind die Wahlen für uns von großer Bedeutung. Wir unterstützen die HADEP, von der wir überzeugt sind, dass sie den notwendigen Demokratisierungsprozess vorantreiben wird, und alle mit ihr im demokratischen Block vereinten Kräfte. Wir rufen alle zur aktiven Beteiligung an der Wahl auf.

Am 22. September werden in Deutschland Bundestagswahlen stattfinden. Was für Erwartungen haben Sie?

Wir hatten bereits zuvor den Parteien unsere Forderungen und Vorstellungen mitgeteilt. Wir unterstützen alle Parteien und Persönlichkeiten, die unsere Forderungen positiv beantworten.

Wir hoffen, dass Deutschland den Mangel an Demokratie in dem Sinne abbauen wird, dass keine Unterschiede zwischen Menschen hinsichtlich Sprache, Religion, Geschlecht, Nationalität u.ä. gemacht werden. Das Wort "Ausländer" muss gänzlich aus dem Sprachgebrauch gestrichen werden und darf für keinerlei Interessen missbraucht werden. Ein durch Toleranz gekennzeichnetes Leben muss gefestigt werden. Wir hoffen, dass die Politik ihre Verfremdung mit dieser Wahl überwindet und die Menschen in der Vordergrund gestellt werden.



Essen, 2002

Poto: Archiv

4. PJA-Kongress, "Frauen für Frieden" in Düsseldorf, Frauenkarawane nach Konya:

"Unsere Herzen schlagen gemeinsam"

vom Kurdischen Frauenbüro für Frieden - CENI, Düsseldorf

Drei verschiedene Schauplätze, drei verschiedene Ereignisse. In den Bergen Kurdistans, in Europa und in der Türkei kämpfen Frauen für gemeinsame Ziele, für Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden, für ein neues Leben. Gegen patriarchale Strukturen, gegen ein System, in dem alles vom männlichen Denken bestimmt ist. Gegen Krieg als dem Gipfel patriarchaler Logik.

Die drei Ereignisse, die in den vergangenen Sommermonaten stattgefunden haben und im Folgenden beschrieben werden sollen, haben unter unterschiedlichsten Bedingungen stattgefunden. Sie sind unabhängig voneinander abgelaufen, haben dennoch Einfluss aufeinander ausgeübt und sich gegenseitig Kraft gegeben. Denn, wie eine Aktivistin aus der Türkei formulierte: "Unsere Herzen schlagen gemeinsam."

Beharren auf einem freien Leben

Der erste Schauplatz: ein Tal irgendwo in den Bergen Kurdistans. Die Akteurinnen: 255 Delegierte und 35 ZuhörerInnen, darunter 20 Männer, alle in kurdischer Guerillakleidung. Es handelt sich um den 4. Kongress der Partiya Jina Azad (PJA), der Partei der Freien Frau. Zwei Wochen lang, vom 27. Mai bis zum 10. Juni 2002, diskutieren kurdische, aramäisch-assyrische, arabische, tscherkessische, lasische und türkische Frauen aus allen vier Teilen Kurdistans und vielen anderen Gebieten miteinander, fassen Beschlüsse und verabschieden ein neues Parteiprogramm, das in Kürze auch in deutscher Sprache erscheinen wird.

Begeisterter Applaus für eine Wildblume

Nach einer Gedenkminute für die Gefallenen im Kampf für Freiheit und Demokratie wird zunächst eine Wildblume, die der KADEK-Vorsitzende Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali gepflückt und als Gruß an die Frauen in die Berge Kurdistans geschickt hat, mit begeistertem Applaus empfangen. Minutenlanges Klatschen, im Kongresssaal herrscht eine Mischung aus Freude, Begeisterung und Traurigkeit. Und die Eröffnungsrede, auf kurdisch gehalten von Rengin Cudi, die gleichzeitig Mitglied im KADEK-Präsidialrat und im PJA-Parteirat ist, beginnt mit den Worten: "Wir grüßen unseren Lebensgenossen, unseren Freiheitsgenossen, unseren Vorsitzenden APO..."

Es folgen Botschaften vom KADEK-Präsidialrat und von den verschiedenen Arbeitsfeldern weltweit. Eine weitere Botschaft wird von aus dem Volk delegierten Müttern verlesen. Dann finden die Kongresssitzungen mit folgenden Tagesordnungspunkten statt: Manifest der Demokratischen Zivilisation, PJA-Manifest, PJA-Parteiratsbericht, Kommuniqué zum Gesellschaftsvertrag, Programm und Satzung, Beschlussentwurf, Wahlen und Abschlussveranstaltung.

Das neue Programm

In den Diskussionen um das Frauenbefreiungsmanifest, das auf der tausendseitigen Verteidigungsschrift Abdullah Öcalans basiert, wird dieses als konkreteste Arbeit zum Thema Frau bewertet. Analog dazu beinhaltet das neue Parteiprogramm eine ausführliche Analyse der Situation der Frau in den historisch-gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen, die Entstehung der PKK und auf diesem Fundament die Entstehung der PJA sowie die Mission Abdullah Öcalans dabei. Außerdem wird die Lage der Frau in politischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht in allen vier Teilen Kurdistans analysiert und unter Berücksichtigung der spezifischen regionalen Besonderheiten werden Lösungen unterbreitet.

Delegierte aus der Bevölkerung

Erstmalig nehmen auch Frauen aus der Bevölkerung aller vier Teile Kurdistans und anderen Gebieten am Kongress statt. Sie berichten von den Schwierigkeiten im Leben von Frauen und von den Erwartungen an die PJA. Und sie bringen ihre Überzeugung zur Sprache, dass die gesellschaftliche Befreiung mit der Befreiung der Frau stattfinden wird. Immer wieder kommt in den Diskussionen zum Ausdruck, dass sich die PJA stärker nach außen öffnen muss, ihre Befreiungsideologie an die Massen weitergeben muss. Die von außen kommenden Delegierten erklären: "Ihr seid sehr weit entwickelt, verfügt über einen starken ideologischen Aufbau, aber Ihr seid noch viel zu unbekannt." Damit treffen sie genau das Motto des Kongresses: "Beharren auf einem freien Leben und Öffnung nach außen".

Mutter Zarife kommt aus Armenien. Sie verfolgt die Diskussionen mit Aufmerksamkeit. Hauptsächlich wird kurdisch gesprochen auf dem Kongress. Weil sich Zarife bei türkischsprachigen Beiträgen langweilt, hat sie ihre eigene Lösung gefunden: "Wenn Ihr schon türkisch redet, dann redet halt nicht so lang." Sie ist beeindruckt davon, dass so viele junge Frauen zusammengekommen sind, um ihre Fragen und Probleme zu diskutieren. Dass sie ihre eigene Tochter nicht sehen kann, die sich vor vielen Jahren der Guerilla angeschlossen hat, ist gar nicht

mehr so wichtig. In jeder Freundin sei ein Stück ihrer Tochter zu finden, sagt sie. Als sie das letzte Mal das Wort ergreift, geht sie mit einem Lächeln, das ihre goldenen Zähne zeigt, zum Rednerpult und sagt: "Hevalcan, ich habe viel Kraft von Euch bekommen. Ich werde meine Aufgabe erfüllen. Mit der ganzen Wärme eines Mutterherzens wünsche ich Euch Erfolg." Sie kann ihre Tränen nicht mehr zurückhalten.

Männer in der PJA?

Ein aufsehenerregender Beschluss auf dem PJA-Kongress war die Öffnung für die Mitgliedschaft von Männern unter bestimmten Voraussetzungen. Wie kam dieser Beschluss zustande?

Die Entscheidung, sich als Frauen getrennt von Männern zu organisieren, folgte aus der Erkenntnis, dass die Menschheit in einem patriarchalen System lebt und dementsprechend sozialisiert ist. Um Frauen den Raum zu geben, sich zu entwickeln und überhaupt erst mal festzulegen, in welche Richtung diese Entwicklung laufen sollte, musste ein eigener Organisationsrahmen geschaffen werden. So wurde im Laufe des Kampfes eine eigenständige Frauenarmee gegründet und nach verschiedenen anderen Organisationsformen die PJA. Innerhalb der Struktur der PJA besteht die "Akademie der Freien Frau", an der Frauen sich gegenseitig in den verschiedensten Themenbereichen schulen. Erstmalig wurde dieses Jahr auch der Versuch unternommen, Männern die Möglichkeit zu geben, an den Schulungen teilzunehmen. Ein ausgewählter Kreis von Männern konnte so einige Monate an der Akademie verbringen. Sie wurden ausschließlich von Frauen unterrichtet, teilweise geschlechtergetrennt, teilweise mit anderen Frauen gemeinsam. Die Frauenbewegung sah sich nach jahrelanger Analyse des Patriarchats und Forschungen nach den eigenen Ursprüngen, der verborgenen Geschichte der Frau, in der Lage, auch Männer dazu zu bewegen, die Situation zu erkennen und sich zu verändern. (Weiteres siehe Kasten)

Kongressbeschlüsse

Die PJA-Identität in der Gesellschaft zu verbreiten, ihre Ideologie an die Massen weiterzugeben und ausgehend von der ideologischen Definition, dass die Frauenfrage ein Widerspruch ist, der die nationale und die Klassenfrage überschreitet, wurde auf dem Kongress der Grundsatz festgelegt, sich mit den Frauen des Mittleren Ostens und der ganzen Welt treffen zu wollen. Dementsprechend wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Es werden regionale Frauenräte gegründet, mit denen die politische Identität von Frauen in den Vordergrund gestellt werden soll. Gleichzeitig sollen Frauen damit ihren eigenen Willen an den Orten, an denen sie leben, vertreten und eine gemeinsame Lösung für ihre Probleme finden können.

Es wurde ein Kommuniqué zum Gesellschaftsvertrag verabschiedet, das einen Aufruf an Frauen weltweit darstellt, und die Durchführung einer Konferenz zum Thema Gesellschaftsvertrag beschlossen, an der alle Frauenorganisationen teilnehmen können.

In die PJA-Satzung, die Aufgaben und Rechte von Mitgliedern beinhaltet, wurde erstmalig ein Paragraph aufgenommen, der die Mitgliedschaft von Männern regelt. Demnach können Männer unter bestimmten Bedingungen Mitglieder der PJA werden. Zu den ersten männlichen Mitgliedern sind die Gefallenen Fikri Baygeldi und Serif erklärt worden.

der Satzung betrifft die Möglichkeit für halbprofessionell arbeitende Frauen, sowohl Parteimitglied zu werden als auch im Parteivorstand vertreten zu sein.

Parteiratsmitglied Dicle Andok zum Beschluss, künftig auch Männern die Möglichkeit der Mitgliedschaft in der PJA einzuräumen

Seit Beginn der Frauenbefreiungsbewegung gehörte das Projekt, den Mann zu verändern, zu den Hauptzielen. Dafür musste zunächst jedoch die Frau verändert werden. In dem Maß, in dem die Frau sich veränderte, konnte auch der Mann hinzugezogen werden. Durch den jahrelangen Kampf und die Befreiungsideologie konnte die Frau ihre innere Versklavung, Erniedrigung und ihre gedankliche und seelische Unterdrückung erkennen und aktiv werden, um sich zu befreien, zu verändern, ein Bewusstsein zu entwickeln. Die Grundlage, Linie, Ideologie und organisatorische Struktur für eine gesellschaftliche Befreiung sind im Hinblick auf die Frau geschaffen worden; dieser Kampf muss jetzt auf den Mann übertragen werden. Für Männlichkeit und Weiblichkeit bedeutet es den größten Schlag, ihre Besitzer und ihren Besitz abzuschaffen. Das ist keine einfache Entscheidung. Es geht darum, gegen die Hässlichkeit von Jahrtausenden die Schönheit zu setzen, gegen das Unrecht die Gerechtigkeit, gegen die Sklaverei die Freiheit. Die Verantwortung für diese Aufgabe haben wir auf uns genommen. Mit-

gliedschaft bedeutet bei uns nicht wie im klassischen Parteiverständnis lediglich eine Prozedur. An erster Stelle steht die Aufgabe, die Linie, Ideologie, gemeinsame Praxis und das Leben kontinuierlich zu vertreten. Hauptbestandteil der Mitgliedschaft ist, sich selbst im Rahmen der Maßstäbe und Prinzipien von Freiheit, die von unserem Vorsitzenden und unseren Gefallenen hervorgebracht worden sind, zu verwirklichen. Der Wunsch, Mitglied zu werden, bedeutet noch nicht die praktische Umsetzung dessen. Entsprechend der Satzung kann ein Mann auf Vorschlag von zwei Parteimitgliedern, auf Beschluss der Parteiorganisation, an die er sich gewendet hat und mit Zustimmung des Parteirats Mitglied werden. Die Dauer der Mitgliedschaftskandidatur ist sechs Monate, während dieser Zeit findet eine Ausbildung in einer Organisation innerhalb der PJA statt. Sechs Monate wird Parteiarbeit geleistet. Bei erfolgreichem Abschluss dieser Zeit wird die Mitgliedschaft mit Zustimmung des Parteirats bestätigt. Die Entlassung aus der Mitgliedschaft erfolgt auf dem gleichen Weg.

Zuvor war es nur Kadern möglich, Mitglied zu werden.

KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, den Volksverteidigungskräften, der Demokratischen Kulturbewegung, den Themen Medien und Veröffentlichungen, Sprache und Literatur, Gefallene, weltweite Verbreitung der Frauenbefreiungsideologie, Finanzielles und Gefängnisse gefasst. Darunter fallen auch die Entscheidungen, eine Dokumentation und einen Roman zum Werk Öcalans zu erstellen, die Errichtung eines Denkmals für die unbekannten Gefallenen sowie die Erstellung einer Frauenenzyklopädie zur Aufklärung der Frauengeschichte.

Als PJA soll die Linie der Selbstverteidigung innerhalb der Volksverteidigungskräfte gestärkt werden.

Neben der bestehenden PJA-Akademie, die der Förderung von Frauen in jeder Hinsicht dient, wird eine militärische Akademie eröffnet werden.

In Bezugnahme auf das Attentat auf den KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan vom 6. Mai 1996 wird der 6. Mai zum "Kampftag gegen das innere und äußere Bandentum" erklärt.

Der 13. März wird zum Feiertag der Gründung der Frauenpartei erklärt.

Die Gefallene Gulan Garzan, die als Kommandantin bei den Fedai-Kräften tätig war, wird Ehrenmitglied im PJA-Parteirat.

Ayse Nur Zarakoglu, die als Menschenrechtlerin, Schriftstellerin und Verlegerin, Internationalistin, Sozialistin und "kurdische Mutter" bekannt war, erhält den Titel "Symbol der Geschwisterlichkeit mit den Völkern in der Türkei".

"Krönen wir unsere Häupter mit Frieden"

Der zweite Schauplatz: die westeuropäische Metropole Düsseldorf. Ganze Busladungen von buntgekleideten Frauen ergießen sich am 6. Juli auf den Platz vor dem

Aus dem Demoaufruf des Kurdischen Frauenbüros für Frieden - CENI

(...) Als Frauen sagen wir: genug mit den Kriegen in Kurdistan, Afghanistan, Palästina, Kaschmir... Da Kriegspläne heute in den USA und in Europa diskutiert und entschieden werden, richten wir unseren Aufruf "Krieg stoppen!" in erster Linie an Frauen, die in diesen Ländern leben. Dass die Angriffe vom 11. September kein Zufall, sondern Folge der fehlgeschlagenen Politik des Westens sind, ist allgemein bekannt. Trotzdem wird täglich versucht, die Weltöffentlichkeit über die Medien dahingehend zu manipulieren, dass die "zivilisierte Welt" durch einen anscheinend aus dem Nichts entstandenen Terrorismus der "unzivilisierten Welt" bedroht wird und es aufgrund dessen unvermeidlich ist, im Ausland Krieg zu führen und im Inland demokratische Rechte mehr und mehr abzubauen.

Weltweit findet eine Umbruchphase statt. Alles deutet darauf hin, dass diese Veränderung mit Gewalt und Terror vollzogen werden wird. Wir sind Frauen, wir sind gegen Terror und wir haben genug von den Kriegen der Herren dieser Welt. Aber wir sehen auch unsere Chance in der stattfindenden Veränderung, denn das bestehende System ist vor allem und in erster Linie ein patriarchales System, das sich auf Unterdrückung und Ungleichheit stützt. Daher kann es für uns Frauen keine Gleichberechtigung in diesem System geben. Deshalb ist es notwendiger und dringender als je zuvor, dass Frauen sich organisieren, um gemeinsam eine Welt aufzubauen, die geprägt ist von Frieden, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung. (...)

Düsseldorfer Landtag. Das Kurdische Frauenbüro für Frieden CENI hat zu einer Demonstration unter dem Motto "Krieg stoppen! Frauen für Frieden!" aufgerufen. Anlass ist die bevorstehende Irak-Intervention der USA, für die fast wöchentlich neue Angriffspläne an die Öffentlichkeit geraten. Trotz intensiver Werbung bei deutschen und internationalen Frauenorganisationen ist die Anzahl nicht-kurdischer Frauen sehr gering. Da die Partei der Freien Frau (PJA) sich dem Aufruf angeschlossen hat, sind jedoch Kurdinnen zu Tausenden aus dem gesamten Bundesgebiet sowie aus Holland und Belgien angereist, um ihren Friedenswillen lautstark und farbenfroh kundzutun.

500 Forderungen

Die Demonstrantinnen tragen Schilder in Form von Frauenumrissen, 500 Schilder mit 500 Forderungen. Die Schilder reichen nicht aus, es sind 5000 Frauen gekommen und unsere Forderungen sind grenzenlos. Die Palette reicht von "Wir wollen Ihre Kriege nicht, Herr Bush" über die alte Autonomenparole "Lebe, liebe, lache, kämpfe" bis zu "5000 Jahre Patriarchat sind zu viel! Schluss mit patriarchalen Kriegen!". Die

PJA-Frauen lassen ihre Partei hochleben, den Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK), den Vorsitzenden APO, die göttinnengleiche Zilan, die am 30. Juni 1996 gefallen ist und als unvergleichliches Symbol steht für Mut, Selbstlosigkeit und wirkungsvollen Widerstand. Auf Transparenten wird der kürzlich abgehaltene 4. PJA-Kongress gegrüßt, die Frauenkarawane nach Konya in der Türkei, die am gleichen Tag beginnt, die Frauen in aller Welt. Es wird Gerechtigkeit gefordert, Veto gegen die so genannte EU-Terrorliste, Frieden weltweit, Abschaffung der Todesstrafe, die Freilassung von Nuriye Kesbir; und dies in allen Sprachen. Die Analphabetinnen unter den Frauen lassen sich zunächst die Schriftzüge erklären, bis sie ein ihnen passendes Schild gefunden haben, mit dem sie dann - teils voller Stolz, teils kichernd - losziehen. Einen weiteren Farbfleck machen Tausende von selbst gebastelten Pappkronen aus, die mit "Frieden! Asiti! Peace!" oder schlicht "PJA" beschriftet sind.

Die Demonstration verläuft lautstark unter den staunenden Blicken der Düsseldorfer Bevölkerung. Auffällig ist besonders die unerwartet große Beteiligung von Män-

Grußwort von Nuriye Kesbir an die Frauendemonstration "Krieg stoppen! - Frauen für Frieden!" am 6. Juli 2002 in Düsseldorf

An alle Frauen, die für Freiheit kämpfen! Ihr seid heute zusammengekommen, um als Frauen mit einer Demonstration Einsatz zu zeigen für Frieden, Geschwisterlichkeit, Demokratie und Freiheit. Frauen haben in der Geschichte immer verloren, aber durch Organisierung und Bewusstseinsbildung zeigt Ihr die Stärke von Frauen. Indem Ihr zusammenkommt und Euch gegen die schmutzigen Spiele des herrschenden Systems stellt, baut Ihr das Fundament für eine freie Zukunft. Mit tiefer Achtung und Liebe grüße ich Eure Demonstration, die für eine freie Zukunft steht, die von Frauenhand geschaffen werden wird. Heute demonstrieren in Düsseldorf, Konya und Paris Frauen für die gleichen Ziele und ich glaube daran, dass damit eine Brücke zwischen den Frauen erbaut wird.

In der heutigen Zeit treten die reaktionären Kräfte der Welt für ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen alle menschlichen Werte mit Füßen. Die unterdrückten Völker werden vor die Entscheidung gestellt, zu kapitulieren oder vernichtet zu werden. So ist auch mit der PKK das kurdische Volk als terroristisch erklärt worden. Im Mittleren Osten wird ein weiterer Krieg vorbereitet. Und dies angeblich im Namen von Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit. Genau die Kräfte, die die Werte Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden mit Füßen treten, erklären in ihrem Namen zu handeln. Damit wollen sie ihre schmutzige Vergangenheit und ihre politisch-wirtschaftlichen Interessen maskieren. Mit jedem Schritt, den sie setzen, schleppen sie die Menschheit tiefer in einen See aus Blut. Dem Einhalt zu gebieten, ist Aufgabe eines jeden Menschen, der Freiheit und Gerechtigkeit will. Dafür müssen wir zusammen kämpfen.

Wie vielleicht bekannt ist, befinde ich mich in Holland in Haft. Ich bin eine Politikerin und eine kurdische Kämpferin für Freiheit. Mit meiner Person soll das Freiheit fordernde kurdische Volk und die Frau in Gefangenschaft genommen werden. Es handelt sich um einen Angriff gegen die kurdischen Frauen, die sich organisieren, kämpfen und stärker werden. Der Angriff richtet sich gegen alle Frauen, die für Freiheit kämpfen. Es heißt, dass zuerst die Frauen ausgeschaltet werden müssen, um Völker zu vernichten. Ich möchte dazu mitteilen, dass ich meinen Kampf als kurdische Frau für Freiheit und Demokratie fortsetzen werde. Eure Demonstration heute gibt mir viel Kraft dafür.

Diese Demonstration findet kurz nach dem 4. Kongress der Partei der Freien Frau PJA statt. Das Motto dieses Kongresses lautete: "Beharren auf Freiheit und Öffnung nach außen". Ich beglückwünsche die Frauen in den Bergen Kurdistans zum Erfolg ihres Kongresses und erkläre hiermit, dass auch ich auf Freiheit beharren werde. Mit Liebe und Sehnsucht grüße ich meine Freundinnen von der PJA, die entschlossen für Frieden und die Freiheit aller Frauen der Welt eintreten.

Mit ganzem Herzen bin ich heute bei Euch.

nern, die einen eigenen Block am Ende der Demonstration bilden. Eine Reaktion auf den PJA-Kongress, bei dem Männern unter bestimmten Bedingungen die Möglichkeit der PJA-Mitgliedschaft eingeräumt worden ist? Oder doch die männliche Angst, den Frauen das Feld zu überlassen? Aber sie tragen unsere Transparente, rufen mit uns unsere Parolen...

"Gemeinsam sind wir stark"

Am Ende der Demonstrationsroute strömen die Frauen vor die Bühne auf den Festplatz. Frauen, zu Tausenden, jeden Alters, aus jeder Schicht, aus verschiedenen Gegenden in Kurdistan stammend, mit verschiedener oder gar keiner Religionszugehörigkeit, mit ihren unterschiedlichen Sprachen und Farben, in traditioneller Kleidung und in Jeans, sie rufen Parolen, sie wissen, was sie wollen... Dann beginnt das Festprogramm. Es werden Grußbotschaften verlesen von der Partei der Freien Frau (PJA), der afghanischen Frauenorganisation RAWA

sowie der kurdisch-ezidischen Politikerin Nuriye Kesbir, die in Holland inhaftiert und von Abschiebung bedroht ist. Dann folgt ein Redebeitrag von Lana Zadeq von der Palästinensischen Gesellschaft in Paris. Sie spricht von den Gemeinsamkeiten des Kampfes des palästinensischen und kurdischen Volkes: "Wir sind Völker ohne Staat und wir kämpfen um Freiheit." Sie lobt die Organisiertheit der kurdischen Frauen und erklärt, das Ziel der kurdischen Frauenbewegung, sich mit Frauen weltweit und insbesondere im Mittleren Osten zusammenzuschließen, sei auch ihr Ziel: "Gemeinsam sind wir stark."

Im Kulturprogramm schließlich treten der kurdische Sänger Delil Dilanar und die bekannte kurdische Sängerin Gulistan Perwer auf. Dann treten vier Dengbej-Frauen auf die Bühne. Sie sind aus Schweden eingereist, tragen Kopftücher und sind im normalen Leben Hausfrauen. Vielleicht ist es gerade das, was das Interesse der Zuschauerinnen weckt und das Gedränge vor der

Bühne noch stärker werden lässt. Aber heute präsentieren sie die alte kurdische Kultur des Dengbej, die einst aus Schlafliedern hervorgegangen ist, die Mütter ihren Kindern gesungen haben.

Frauen gehen aufeinander zu

Um den dritten Schauplatz zu betrachten, bräuchten wir ein Satellitenbild von der Türkei. Dann könnten wir sehen, wie von vielen verschiedenen Punkten ausgehend Frauen sich aufeinander zu bewegen, unterwegs Rast machen, um mit den Frauen, denen sie auf ihrem Weg begegnen, zu diskutieren und sich schließlich im Herzen der Türkei in Konya treffen...

Der Karawane, die sich am 6. Juli in Bewegung setzt, sind lange Diskussionen vorausgegangen. Aufgerufen hat die Fraueninitiative KATAGI, und viele unterschiedliche Frauenorganisationen sind dem Aufruf zum Friedensmarsch gefolgt. Die ungewöhnliche Aktionsform hat viele Gründe.

Zum einen soll es nicht nur eine Protestaktion werden, sondern darüber hinaus eine Alternative aufgezeigt werden, eine Lebensalternative von Frauen für Frauen und die gesamte Gesellschaft. Dabei besteht auch die Zielsetzung, die Diskussion darum aus einem begrenzten Kreis organisierter und intellektueller Frauen herauszuholen, wie die Soziologin Pinar Selek von KATAGI erklärt: "Es sind lediglich organisierte Frauen, die sich ausdrücken können, die zu Treffen und Versammlungen kommen können. Insofern ist es notwendig, dass wir die Worte aller Frauen in der Türkei zusammenbringen, die Probleme aller Frauen kennen lernen und auch ihnen unsere Probleme erklären." Außerdem ist beabsichtigt, die in Metropolen wie Ankara und Istanbul zentrierte Frauenarbeit in jede Provinz, jeden Kreis und jedes Dorf zu tragen. "Auf diese Weise können wir vielleicht die Macht von Städten wie Ankara und Istanbul kippen."

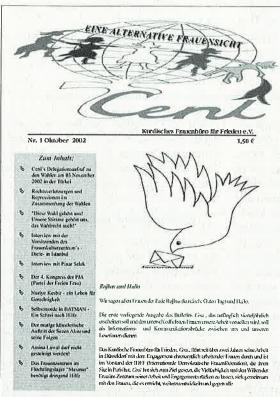
Von acht verschiedenen Metropolen in der Türkei aus geht es schließlich los. Unterwegs wird in Dörfern und Kleinstädten Station gemacht, um mit den Frauen vor Ort zu sprechen, sich ihre Probleme und Lösungsvorschläge anzuhören und nach Konya zu bringen, wo aus den gesammelten Wortbeiträgen ein "Manifest der Frauen aus Mesopotamien und Anatolien" zusammengesetzt werden soll. Die Frauen vor Ort erwarten die Karawane, sie haben sich vorbereitet. Immer wieder wird die Feststellung gemacht, dass "wir uns viel zu

wenig kennen, zu wenig voneinander wissen".

Nach einer einwöchigen Reise treffen die Frauen schließlich in Konya ein. Und mit ihnen ein Heer von Polizisten in Zivil und Uniform, die die Frauen schon auf dem Weg unablässig verfolgt und misstrauisch beobachtet haben. Die geplante Veranstaltung muss schließlich deshalb abgesagt werden, da die versammelten Frauen sich weigern, umzingelt von männlichen Polizisten und Polizeikameras über ihre Probleme und Forderungen zu sprechen. Stattdessen findet am nächsten Tag eine Pressekonferenz statt, auf der angekündigt wird, dass die Versammlung nachgeholt wird.

Wir sagen allen Frauen der Erde Rojbas (kurdisch: Guten Tag) und Hallo.

Die erste vorliegende Ausgabe des Bulletins CENI, das anfänglich vierteljährlich erscheinen soll und den unterschiedlichsten Frauen unsere Arbeit vorstellen wird, soll als Informations- und Kommunikationsbrücke zwischen uns und unseren Leserinnen dienen. Das Kurdische Frauenbüro für Frieden, CENI, führt seit über zwei Jahren seine Arbeit in Düsseldorf mit dem Engagement ehrenamt-



über zwei Jahren seine Arbeit in Düsseldorf mit dem Engagement ehrenamtlich arbeitender Frauen durch und ist im Vorstand der IDFF (Internationale Demokratische Frauenföderation), die ihren Sitz in Paris hat. CENI hat sich zum Ziel gesetzt, die Vielfarbigkeit und den Willen der Frau ins Zentrum seiner Arbeit und Engagements rücken zu lassen, sich gemeinsam mit den Frauen, die es erreicht, weiterzuentwickeln und gegen alle patriarchalischen Auswirkungen wie Gewalt, Krieg, Rassismus, Sexismus und jegliche Spaltungen der Menschen zu arbeiten.

CENI ist der festen Überzeugung, dass ein gerechter Frieden zwischen den Völkern nur dadurch erlangt werden kann und erst dann garantiert und dauerhaft ist, wenn ein innergesellschaftlicher Frieden zwischen den Geschlechtern erreicht ist. Deshalb setzt sich unser Verein in erster Linie für einen gleichberechtigten Status der Frau innerhalb der Gesellschaft ein. Aus diesem Grunde unterstützt sie die Arbeit von Institutionen und Organisationen von Frauen, die für Frieden und Demokratie arbeiten, wie z.B. die Friedensmütterinitiative, Initiativen gegen Folter und Gewalt an Frauen und Aktivitäten von bzw. zu Frauen in den Gefängnissen. CENI organisiert gemeinsam mit diesen Frauenorganisationen bzw. Initiativen Veranstaltungen, Seminare, Demonstrationen u.ä.

Unser Bulletin hat auch zum Ziel, Euch die kurdische Frauenbewegung näher zu bringen, indem in verschiedensten Artikeln über das politische, organisatorische und praktische Entwicklungsniveau der Frauenbewegung berichtet wird und eine Auseinandersetzung darüber stattfindet.

Wir sind fest davon überzeugt, auf diese Weise neue Denkanstöße geben und alternatives Denken fördern zu können.

Euer Ceni- Team

Das Bulletin kann bestellt werden bei: Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V. Grupellostr. 27, 40210 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 1 71 10 80

Fax.: 0211 / 1 71 10 78

Email: kurdish.woman.peace.office.gmx.de

Unterwegs...

von Pinar Selek, Soziologin, Mitorganisatorin der Frauenkarawane

Diesen Text schreibe ich unterwegs, in Eskisehir. (...) Alles geht sehr schnell. Uns dröhnen die Ohren. Eine weitere Umarmung, eine weitere Konfrontation, die uns an die Felsen wirft. Während wir versuchen, Luft zu holen, werden wir von einer neuen Welle überrollt.

Wir mussten feststellen, dass wir nicht schwimmen können, in diesem Meer unserer eigenen Seele. Jede Frau ist ein Tropfen in diesem Meer. Blut, Tränen, Schweiß, Spucke, Milch und alle Körperflüssigkeiten...

Wir versinken zwischen diesen Tropfen, die wir selbst sind und von denen wir uns entfremdet haben. Wir hatten nicht bemerkt, dass unsere Seele brennt. Die Schmerzdosis wurde zunehmend erhöht. Und jetzt gerade sind wir an einem unerträglichen Punkt.

Während wir mit anderen Frauen zusammentreffen, treffen wir auf uns selbst. Rechenschaft abzulegen, fällt schwer. Jede Frau zündet in unserem Inneren ein weiteres Licht an. Wie dunkel war unsere Seele, wie unwissend sind wir. So ist das also, lesen und theoretische Analysen führen nicht zu so heftigen Konfrontationen, wie es solche Zusammentreffen tun. Und dabei habe ich doch die meiste Zeit immer mit Frauen verbracht. Ich habe in verschiedenen Wohnungen übernachtet, neue Welten kennen gelernt. Aber weil das immer in der Zerstreutheit des Alltags ablief, hat es bei mir nicht so einen starken Eindruck hinterlassen. Jetzt ist es, als ob wir in einem Camp sind. Ein Camp voller Bewegung. Ein Kriegslager, in dem wir an die Körper und Seelen Tausender Frauen stoßen, bis es uns zerreißt.



Pinar Selek

Foto: DIHA

Der Schorf einer stets geheim gehaltenen Entzündung platzt auf, unsere Wunden bluten. Wir sind voller Schmerz, Begeisterung, einem Durcheinander an Gefühlen. Wir sind erfüllt mit den wütenden Flammen eines tausendjährigen Vulkans. Und wirklich, es ist, als ob wir im Krieg wären. Wie soll man in einem solchen Chaos Gefühle, Gedanken, Informationen weiterleiten? Es geht nicht. Wir können nicht mal miteinander sprechen.

Wir müssen nachdenken. Nicht jede verfügt über die gleiche Gefühlslage, aber der Krieg geht uns alle an. Mitten im Persönlichkeitskrieg zieht es der Mensch vor, sich in eine Höhle oder Zelle zu verkriechen oder auf einen Berg zu klettern und ausgiebig nachzudenken. In zwei Tagen werden wir in Konya eine Versammlung abhalten. Keine Ahnung, wie das werden soll. Wenn ich schon jetzt Schwierigkeiten habe, mit dem Stift umzugehen, wie soll ich dann auf der Versammlung vernünftige Sätze bilden? Wird es möglich sein, ruhig zu reden?

Wir befinden uns am Ende unserer Kraft. Den ganzen Tag über führen wir Gespräche und bis zum Morgen halten wir die aufgetretenen Probleme und geäußerten Forderungen auf Papier fest. Wir versuchen, aus den Tausenden Briefen, die wir in den Händen haben, einen Manifestentwurf zu bilden, der in Konya neu geformt werden soll. Später machen wir uns wieder früh morgens auf den Weg. Wir sprechen miteinander, diskutieren, führen Krieg. Wir schreiben uns selbst, malen uns selbst. Ohne zu schlafen, ohne zu stocken, kommen wir vorwärts. Das Feuer in uns erlöscht zu keiner Zeit. Wir brennen. Wahrscheinlich hatten wir genauso eine Therapie nötig. In den fortschreitenden Kampfphasen wird deutlich, welches Ergebnis dabei herausgekommen ist, was für eine Wandlung erfahren worden ist, aber schon jetzt lässt sich sagen, dass nach dieser Reise niemand von uns so sein wird wie zuvor.

Schon an der ersten Station der Karawane, mit der Frauen sich aufeinander zu bewegen, wird soviel Potenzial offensichtlich, dass es nicht in Dutzende solcher Texte wie diesen passen würde. Um sie aufschreiben zu können, muss jedoch erst das Wasser ein bisschen ruhiger werden. Hiermit habe ich bloß mein Herz ausgeschüttet.

(Quelle: Yedinci Gündem, 13. Juli 2002)

Ein Einblick in die inner-israelischen politischen Prozesse seit Beginn der Sharon-Regierung

Das schreckliche Jahr

von Adam Keller, The Other Israel

Genau ein Jahr, nachdem Ariel Sharon die Macht in Israel übernommen hatte, im März 2002, sagte Außenminister Peres am Ende einer angespannten Kabinettssitzung der Presse: "Wenn ich gewusst hätte, dass es soweit kommen würde, wäre ich der Regierung nicht beigetreten." "Soweit" bezog sich auf eine fortlaufende Eskalation des israelisch-palästinensischen Konfliktes, täglich Dutzende von Opfern auf beiden Seiten, die größte Militäroperation der israelischen Armee seit 1982, eine wacklige Wirtschaft und ständig ansteigende Arbeitslosigkeit und zudem ein beständiges Stimmungstief im Staat.

Tatsächlich war es nicht schwierig, vorherzusagen, dass Sharon im Falle seiner Wahl Israel in diese Richtung führen würde. Auch die Arbeiterpartei hatte genau das in ihrer Wahlkampagne vom Januar 2001 vorausgesagt - wenn auch die Parteiführer das am Tag nach der Wahl zu vergessen schienen, als sie sich um den Festwagen des Siegers drängelten.

Die zukünftige Politik der Sharon-Regierung wurde bereits im November 2000 klar und verständlich in einem damals wenig beachteten Grundsatzpapier von Meir Dagan veröffentlicht, ehemaliger Brigadegeneral und Berater des damaligen Oppositionsführers Sharon. Wie vom Dagan-Papier empfohlen, zielte Sharons Politik darauf ab, die vom Osloer Abkommen geschaffenen Strukturen fortschreitend zu untergraben insbesondere darauf, "vollständige operative Freiheit" für israelische Truppen in den "A"-Gebieten zu erreichen, in denen Oslo den Palästinensern einen halbsouveränen Status zubilligte. Das Osloer Abkommen sollte nach dem Papier nicht offiziell aufgekündigt werden, um sich der Unterstützung der israelischen öffentlichen Meinung und der USA zu versichern und um nicht mehr als

verbale Proteste der Europäer oder der arabischen Staaten hervorzurufen. Vor dem Hintergrund des früheren Scheiterns im Libanon, als Sharons Invasion von 1982 rasch die ganze Welt und einen großen Teil der israelischen Gesellschaft befremdete, die mit seinem Sturz endete und das Land in einen jahrzehntelangen Guerilla-Krieg verstrickte, hätte dieser Plan als äußerst unrealistisch verworfen werden müssen. Aber als Premierminister hat sich Sharon seit vielen Monaten als in hohem Maße erfolgreich bei der Umsetzung eben dieses Planes erwiesen - zur Verwunderung wie zum Schrecken seiner Opponenten.

An seinem ersten Tag im Amt verfügte Sharon eine "erstickende Schließung" von Ramallah. Die internationalen und einheimischen Proteste zwangen ihn dann zwar dazu, die Maßnahme zu widerrufen. Aber innerhalb weniger Wochen war die herausragende Neuigkeit zur Routine geworden, alle palästinensischen Städte und Dörfer waren in immer engeren Belagerungen gefangen, und eine stetig steigende Anzahl von militärischen Kontrollpunkten und Straßensperrungen machte das Reisen auf den Straßen der West-Bank zu einem langwierigen, gefährlichen und erniedrigenden Abenteuer. Dies wurde offiziell mit der Notwendigkeit gerechtfertigt, Selbstmordattentätern den Weg zu verstellen. Sonderlich effektiv waren die Maßnahmen allerdings nicht. Es dauerte Monate, bis hohe Militärs zugaben, dass der wahre Zweck darin bestand, "Druck auf die Bevölkerung auszuüben, damit sie auf Arafat dringt, die Intifada zu beenden" (was ebenfalls nicht geschah).

Derselbe Vorgang wiederholte sich bei den anderen Druckmitteln, die unmerklich, Schritt für Schritt, tägliche Routine wurden: die Bombardierung palästinensischer Städte durch Hubschrauber und später durch F-16-Kampfflugzeuge mit schwereren Bomben; die Praxis, terrorismus-verdächtige Palästinenser zu ermorden ("gezielte Tötungen" oder "Liquidationen" oder "extra-legale Hinrichtungen"), die Einfälle in palästinensisches Gebiet, das stetig wachsende Ausmaß militärischer Gewalt, die dabei angewendet wurde, und die Dauer, bis sie zu vollständigen Invasionen und Rückeroberungen der Gebiete wurden, die nach dem Oslo-Abkommen geräumt worden waren.

Sharon hätte nicht so lange durchkommen können, wenn nicht das verderbliche Erbe von Ehud Barak gewesen wäre. Sharons Vorgänger hatte sich als Führer des Friedenslagers präsentiert und enorme Hoffnungen geweckt - nur, um sie vollständig zunichte zu machen, zu erklären, dass ein Frieden unmöglich sei und die Verantwortung einzig und allein den Palästinensern zuzuweisen. Sharon wurde von einer überwältigenden Mehrheit in einer Atmosphäre gewählt, in der die Sache des Friedens gründlich diskreditiert, die Friedensbewegung auf eine Handvoll geschrumpft und die israelische Gesellschaft bereiter als je zuvor war, die Option roher Gewalt zu befürworten - eine Option, mit der Sharon mehr als jeder andere Politiker des mainstreams identifiziert wurde.

Die ideenlosen und diskreditierten Führer der Arbeiterpartei balgten sich um Posten in Sharons Kabinett und machten es zu einer "Regierung der nationalen Einheit". Binyamin Ben-Eliezer übernahm das Verteidigungsministerium und trägt damit die Verantwortung für die tägliche Durchführung der Offensive gegen die Palästinenser. Der Nobelpreisträger Shimon Peres übernahm das Außenministerium, das auch die Funktion hat, als Sharons internationaler Propagandist aufzutreten, und erhielt im

Gegenzug die Erlaubnis des Premierministers zu weitreichenden diplomatischen Initiativen - von denen keine die Chance hatte, zu irgendetwas zu führen.

Während der einjährigen Amtszeit hat Sharon keinen Friedensplan ausdrücklich zurückgewiesen. Und es gab viele davon: die kreativen Pläne seines eigenen Außenministers; der Bericht der Mitchell-Kommission; der Tenet-Plan, der darauf abzielte, Mitchell zu implementieren; die weiteren Pläne und Ideen, die den Zweck hatten, Tenet zu implementieren; die Vorschläge der allgegenwärtigen europäischen Gesandten; schließlich der weitreichende Plan des saudi-arabischen Kronprinzen Abdullah. Auf alle hatte Sharon eine Standardantwort: Im Prinzip willigte er ein, stellte aber in der Praxis unmögliche Bedingungen auf. Sein liebster Trick war es, "sieben Tage vollständiger Ruhe" zu fordern, bevor Verhandlungen beginnen könnten, während er zugleich eine aggressive Militärpolitik führte, die den Beginn einer siebentägigen Waffenruhe ausschlossen.

Dabei hatte Sharon die volle Unterstützung des Stabschefs der Armee, Mofaz, und seines Stellvertreters Moshe Ya'alon. Die Generale waren immer aggressiver vorgegangen und hatten dies häufig gegenüber den Medien und dem politischen System vertreten, was mehr als einmal die dem Militär in einem demokratischen Staat gesetzten Grenzen zu sprengen schienen. Zu derselben Stunde, als Peres und Arafat sich am 26. August 2001 im Gazastreifen trafen und versuchten, eine Waffenruhe zu vereinbaren, töteten israelische Truppen sechs Palästinenser bei einem Einfall in die Stadt Rafah, nur ein paar Kilometer davon entfernt. Sie provozierten damit einen Kreislauf von Vergeltung und Widervergeltung und sorgten dafür, dass die Waffenruhe eine Totgeburt wurde.

Die Bemühungen des CIA-Chefs George Tenet, ein System der Sicherheitskooperation zwischen israelischen und palästinensischen Sicherheitsdiensten aufzubauen und damit Ruhe zu schaffen, wurde von israelischen Hubschraubern beantwortet, indem sie eine Rakete in ein Büro in Ramallah schossen, die Abu-Ali Mustapha, Chef der PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas) und Mitglied des PLO-Exekutivkomi-

tees, auf der Stelle tötete. Er stand in der palästinensischen Hierarchie gerade eine Stufe unter Arafat.

Der bislang ersten Ermordung eines palästinensischen Führers auf Ministerebene folgte der Mord am israelischen Tourismusminister Rehav'am Ze'evi durch Mustaphas Anhänger. Ze'evi war jahrelang Vertreter des Konzepts des "Transfers", d.h. der vollständigen Vertreibung der Palästinenser gewesen. Der Schock über die Ermordung eines Regierungsmitglieds verlieh Ze'evis rassistischer Ideologie eine Legitimation, die sie vorher nicht gehabt hatte, ebenso wie er Sharon einen idealen Vorwand dafür lieferte, eine große Invasion von sechs Städten der West-Bank zu starten und die Möglichkeit einer Sicherheitskooperation oder einer Waffenruhe für beträchtliche Zeit auszuschließen. Allerdings genehmigten Sharon und seine Minister keine weiteren Ermordungen von Palästinensern in Ministerfunk-

Der Faktor des 11. September

Mit dem Eindringen von israelischen Truppen in die "A"-Gebiete versuchte Sharon eine Grundstruktur der Osloer Vereinbarung zu unterminieren. Washington war darüber zunächst alles andere als glücklich. In seinen ersten Monaten waren die USA lediglich bereit, begrenzte Einfälle israelischer Truppen in Randgebiete des palästinensischen Territoriums zu tolerieren, die als "Nachverfolgung" erklärt werden konnten und in einigen Stunden beendet waren, ohne dass Washington dies offiziell zur Kenntnis nehmen musste. Bei einer bemerkenswerten Gelegenheit, die sich im Rückblick ziemlich harmlos ausnimmt, drangen israelische Truppen zwei Kilometer weit in palästinensisches Territorium im nördlichen Gazastreifen vor und bezogen in unbewohntem Gelände außerhalb der Stadt Beit Hanoun Stellung. Da sie noch zur Zeit der täglichen Pressekonferenz im State Department dort waren, stellten einige Journalisten peinliche Fragen, die dazu führten, dass Außenminister Powell Sharon anrief und ihn abkanzelte, woraufhin die Truppen sofort zurückgezogen wurden (s. The Other Israel 98, S. 3). Einige Monate lang musste Sharon die "A"-Gebiete als außerhalb seiner Reichweite anerkennen und sich damit zufrieden geben, nach dem Orienthaus zu greifen, dem palästinensischen Hauptquartier in Ostjerusalem, das seit 1991 de facto einen extraterritorialen Status genoss, und dessen Besetzung als Polizeiangelegenheit bezeichnet werden konnte.

Der große Durchbruch kam aus Sicht des Premierministers mit den unerwarteten und katastrophalen Ereignissen des 11. September, die die USA in den Wahn des "Krieges gegen den Terror" stürzten. Als Sharon die "Ze'evi-Invasion" begann und Teile von sechs Städten der Westbank durch Panzer besetzen ließ, wobei es bei den Palästinensern zu beträchtlichen Verlusten kam und insbesondere in Bethlehem viel zerstört wurde, waren die USA bereits selbst tief in einer Haltung befangen, die sie sowohl auf dem Leben von Zivilpersonen als auch auf internationalen Übereinkünften herumtrampeln ließen, um "Krieg gegen den Terror" zu führen. Insbesondere Verteidigungsminister Rumsfeld zeigte sich als rückhaltloser Unterstützer von Sharon.

Außenminister Powell, die einzige Stimme der Mäßigung in der Bush-Administration, war zu der Zeit damit beschäftigt, diplomatische Unterstützung in der arabischen und islamischen Welt zu mobilisieren, wozu eine Geste gegenüber den leidgeprüften Palästinensern angezeigt schien. Das Resultat der widerstreitenden Interessen war eine lauwarme Missbilligung von Sharons Besetzung der sechs Städte, die ihn aufforderte, seine Truppen zurückzuziehen, ihm aber mehrere Wochen Zeit gab, die Operation durchzuführen. Präsident Bush wies Vorschläge der arabischen Staaten zurück, Arafat während der Beratungen der UNO-Generalversammlung zu treffen, billigte aber eine Grundsatzrede von Außenminister Powell in Louisville, Kentucky, in der einige Punkte offenbar den palästinensischen Empfindlichkeiten entgegenkommen sollten: die Verurteilung der israelischen Besetzung, die "ausbalanciert" wurde mit der Verurteilung des palästinensischen Terrorismus: die deutliche amerikanische Zustimmung zur Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates (wenngleich ohne die exakte Grenze zu definieren); und die Entsendung eines neuen amerikanischen Vermittlers, des ehemaligen Generals Anthony Zinni.

Der unerwartet rasche Zusammenbruch des Taliban-Regimes in Afghanistan führte in Washington zu einer Euphorie, und Powells Versuche, die arabischen Regimes und die öffentliche Meinung durch Gesten für die Palästinenser zu besänftigen, wirkten plötzlich überflüssig. Die Änderung der US-amerikanischen Haltung wurde durch eine sehr wirksame neue Provokation Sharons perfekt gemacht.

Sharons große Zeit

Vier Tage vor der Ankunft des Gesandten Zinni - am 23. November 2001 - feuerten israelische Hubschrauber Raketen auf ein palästinensisches Auto in der Nähe von Nablus, wobei ein Mann namens Abu Hunud getötet wurde. Er war ein prominenter Hamas-Führer, sehr populär bei den palästinensischen Massen, vor allem, weil er einigen früheren Anschlägen entkommen war - kurz, ein Mann, für dessen Ermordung Vergeltung gewiss war. Die Auswirkungen wurden zwei Tage später in einem bemerkenswert kritischen Artikel des Sicherheitsexperten Alex Fishman erläutert, der am 25. November 2001 herausgehoben auf der Titelseite der größten israelischen Tageszeitung Yediot Aharonot erschien und der augenscheinlich die Meinung dissidenter Kreise in Armee und Sicherheitsdiensten wiedergab. "Wer immer für diese Liquidation grünes Licht gab, wusste sehr gut, dass er dadurch mit einem Schlag die Übereinkunft zwischen Hamas und Palästinensischer Autonomiebehörde zunichte machte. Nach dieser Übereinkunft hatte Hamas in der nächsten Zukunft Selbstmordattentate innerhalb der Grünen Linie zu unterlassen, um nicht Israel in die Hände zu spielen, indem sie Angriffe auf seine Bevölkerungszentren unternimmt. Diese Einsicht wurde jedoch von dem vorgestrigen Attentat zerstört - und wer immer die Liquidation von Abu bestimmt hat, wusste im Voraus, dass das der Preis sein würde. Dies war ausführlich sowohl in Israels militärischer wie auch politischer Hierarchie diskutiert worden, bevor man sich entschieden hat, die Liquidation auszuführen."

Die Vergeltung kam planmäßig, gerade als Zinni seine ersten diplomatischen Anstrengungen unternahm: am 1. Dezember sprengten sich zwei Hamas-Selbstmordattentäter in Jerusalem und Haifa in die Luft, wobei insgesamt 26 israelische Zivilisten ums Leben kamen. In Israel war man allgemein schockiert und wütend.

Das kam Sharon hervorragend zupass, der Zinni umging, sich direkt ans Weiße Haus wandte und einen Besuch durchführte, der an einen Triumphzug erinnerte. USamerikanische Offizielle, bis hin zu Präsident Bush selbst, übertrafen einander in öffentlichen Denunziationen Arafats und der Palästinenser, die nun als die Bösen im kosmischen Kampf gegen den Terrorismus heruntergemacht wurden. Sharon erhielt praktisch freie Hand für ein militärisches Vorgehen gegen die Palästinenser, unter der Bedingung, "Arafat nicht zu töten oder die Palästinensische Autonomiebehörde vollständig zu demontieren".

Mit dieser Rückendeckung vom Präsidenten der Vereinigten Staaten konnte es sich Sharon leisten, nun eine offen herablassende Haltung zu seinem Außenminister einzunehmen, und durchs Kabinett zu drücken, was auf eine Kriegserklärung gegen die "den Terrorismus unterstützende" Palästinensische Autonomiebehörde hinauslief und Arafat als Partner für jede zukünftige Verhandlung ausschloss. Wie Sharon es erwartet hatte, wagten Peres und die anderen Minister der Arbeiterpartei nicht, zurückzutreten. Sie gaben sich mit machtund zwecklosen Protesten zufrieden.

Die Panzer kehrten in die palästinensischen Städte zurück, die sie erst ein paar Wochen vorher verlassen hatten - diesmal mit offiziellem Segen der USA, die das Vorgehen als "einen Akt der Notwehr" adelten. Zur selben Zeit wurden palästinensische Städte intensiv bombardiert. Einrichtungen der palästinensischen Polizei und der Sicherheitsdienste - eben die Polizei und die Sicherheitsdienste, die Arafat gegen den Terrorismus einsetzen sollte - wurden systematisch zerstört, ebenso die Symbole der angehenden palästinensischen Souveränität: israelische Panzer und Bulldozer besetzten und zerstörten den internationalen Flughafen von Gaza, der drei Jahre zuvor feierlich von Präsident Bill Clinton eingeweiht worden war. Hubschrauber und Kommandoeinheiten zerstörten die Antennen und Studios der Stimme Palästinas und des palästinensischen Fernsehens (die allerdings aus anderen Gebäuden weiter sendeten). Alle diese Angriffe endeten gemäß der US-amerikanischen Anweisung kurz vor dem Büro in Ramallah, in dem sich Arafat tatsächlich aufhielt. Israelische Panzer rückten aber bis auf Sichtweite heran und richteten ihre Kanonen direkt auf Arafats Fenster. "Arafat wird Ramallah bis auf weiteres nicht verlassen, zuerst muss er seine Entschlossenheit, den Terrorismus zu bekämpfen, beweisen, indem er die Mörder von Minister Ze'evi festnimmt", verkündete Sharon.

Die israelischen Soldaten an den Straßensperren, welche Ramallah eng umgaben, wurden angewiesen, palästinensische Autos gründlich zu durchsuchen, "damit Arafat nicht versucht, sich aus der Stadt zu schmuggeln", und die militärische Anweisung wurde hämisch an die Medien weitergegeben. Die physische Belagerung Arafats wurde von einer "politischen Belagerung" begleitet. Eine massive Kampagne der Verleumdung und Dämonisierung wurde gestartet, die sogar die Ausdrücke auf die Plätze verwies, die in der Prä-Oslo-Ära gebraucht wurden, als ein israelisches Gesetz Arafat zum "Erzterroristen" erklärte und jedem eine Gefängnisstrafe androhte, der ihm die Hand gereicht hatte. Respektable Kommentatoren, in Israel wie im Ausland, schrieben enorme Mengen von Artikeln, die von der Prämisse ausgingen, dass Arafats Laufbahn zu Ende gehe, und begannen über die Umrisse einer Zeit nach Arafat zu spekulieren. Ideen, wie die Errichtung eines palästinensischen Marionettenregimes, die Zerstückelung der Palästinensischen Autonomiebehörde in isolierte Kantone, die von bittstellerischen warlords regiert würden, oder die Wiedereinführung der direkten israelischen Militärherrschaft machten die Runde und wurden als alternative Szenarien für konkrete politische und militärische Aktionen ernstgenommen.

Die Anti-Arafat-Kampagne hatte merklichen internationalen Erfolg, indem sie die Europäische Union - bis dahin die wichtigste Unterstützung der Palästinenser auf internationaler Ebene - dazu brachte, harte Forderungen zur "Bekämpfung des Terrorismus" an Arafat zu stellen, begleitet von kaum verhüllten Drohungen, die diplomatische und finanzielle Hilfe einzustellen. Dies warf mehr als alles andere ein Licht auf die schlimme Klemme, in der die Palästinenser steckten.

Arafats Akrobatik

Im Gegensatz zu einigen weitverbreiteten Beschreibungen seines Charakters ist Yasser Arafat ein Führer, der durchaus in der Lage ist, harte Realitäten zur Kenntnis zu nehmen und mit Entschiedenheit darauf zu reagieren. In dieser besonderen Sackgasse entschloss sich Arafat am 16. Dezember 2001, den Stier bei den Hörnern zu packen und eine Rede zu halten, in der er sein Volk zu einer vollständigen Waffenruhe aufrief. Ohne irgendein Ergebnis nach einem Jahr schrecklicher Entbehrungen und täglicher Opfer seines Volkes und ohne die geringste Sicherheit, dass eine Waffenruhe wenigstens den Rückzug der israelischen Panzer vor Arafats eigenem Fenster zur Folge haben würde, muss es eine äußerst schwierige Entscheidung gewesen sein. Dennoch tat er es, und das war ein Wendepunkt. Die Palästinenser hörten die Rede in ihren Städten, Dörfern und Flüchtlingslagern. Die Israelis hörten ihr ebenfalls aufmerksam zu, trotz all dem Regierungsgerede, wonach Arafat "irrelevant" geworden sei (die Rede wurde im israelischen Radio live übertragen und simultan übersetzt). Und obwohl Regierungssprecher sie mit allen Mitteln herabzuwürdigen suchten, konnte die Hoffnung auf ein Ende der Furcht und des Blutvergießens nicht völlig gelöscht werden.

In den folgenden Tagen ging die Zahl der Konfrontationen und Zwischenfälle jäh zurück. Die palästinensische Polizei und die Sicherheitsdienste arbeiteten gewissenhaft, um die Waffenruhe bei allen Fraktionen und Milizen durchzusetzen - und das gleiche tat, zur Verwunderung einiger Beobachter, die auf ihre Unabhängigkeit bedachte Tanzim-Miliz von Arafats Fatah-Partei. Was immer ihre privaten Vorbehalte sein mochten, die Tanzim-Führer in den verschiedenen Städten - die den größten Teil der Kämpfe in den vergangenen Monaten getragen hatten - befolgten die Anweisungen ihres Oberkommandos für eine Waffenruhe.

Wie zu erwarten, war die Hamas schwieriger zu überzeugen. Es gab bewaffnete Konfrontationen, als die palästinensische Polizei die Hamas-Hochburgen in Gaza betrat, bei denen sechs Palästinenser in internen Kämpfen getötet wurden. Aber auch die Hamasführung war sich der schwierigen Situation bewusst, die entstand,

nachdem sie in Sharons Falle gegangen war, und sie hatte nicht die Absicht, die Lage noch zu verschärfen, indem sie Sharon das Schauspiel eines richtiggehenden palästinensischen Bürgerkriegs bot. Nach zwei Tagen voller Zusammenstöße in Gaza führten Versöhnungsgespräche zwischen der Hamas-Führung und der Palästinensischen Autonomiebehörde zu einer formellen Zusicherung der Hamas, alle weiteren Selbstmordanschläge auszusetzen.

In den folgenden blutigen Zeiten schien es manchmal unglaublich, dass wir erst vor kurzem eine solche Periode erlebt haben. Für etwa einen Monat im späten Dezember und frühen Januar gab es kaum israelische Opfer, mit der bedeutenden Ausnahme der vier unglücklichen Soldaten, die bei einem Guerilla-Überfall auf einen isolierten Außenposten im Gazastreifen getötet wurden - der einzige klare Bruch der Waffenruhe von palästinensischer Seite. (Es gab während der Waffenruhe bei verschiedenen Zwischenfällen mehr palästinensische Opfer durch israelisches Feuer, die weniger Aufmerksamkeit durch die Medien erhielten.) Am Wichtigsten aus Sicht des durchschnittlichen Israelis war: Es war eine Zeit ohne jedes Selbstmordattentat, in der die tägliche Lebensbedrohung auf den Straßen jeder Stadt zurückzugehen schien.

Sharon hätte sich das aufs Konto schreiben können. Er hätte beanspruchen können, die Intifada zerschlagen zu haben und bewiesen zu haben, dass der entschlossene Einsatz militärischer Gewalt Ergebnisse gebracht hat. Es wäre schwierig gewesen, ihn zu widerlegen. Aber er tat nichts dergleichen. Vom ersten Tag an war er sichtbar unglücklich über die Waffenruhe, spöttelte darüber, übertrieb jeden kleinen Verstoß und Zwischenfall und tat, was er konnte, um sie zu diskreditieren und schließlich zu zerstören.

Natürlich hatte er seine Gründe. Die Anerkennung, dass die Waffenruhe tatsächlich hielt, hätte ihn verpflichtet, ernsthaft den Verhandlungsweg zu beschreiten. Es hätte bedeutet, die Mitchell-Empfehlungen umzusetzen, darunter die Verpflichtung eines vollständigen Baustopps in den Siedlungen - was zu einer direkten Kollision mit seinen Koalitionspartnern von der extremen Rechten geführt hätte. Und es ging

gegen den Strich seiner eigenen Ideologie und jahrzehntelangen Laufbahn. Und all das wäre bloß die Einleitung zu weiteren weitreichenden Konzessionen gewesen, die Sharon offensichtlich keinesfalls machen wollte.

Über all solche rationalen Erwägungen hinaus jedoch scheint Sharon eine Vendetta mit Arafat begonnen zu haben, den gehassten Feind, der 1982 seinem Griff entwischt war und den er nicht noch einmal entkommen lassen wollte. Nachdem er die USA schon so weit gebracht hatte, schien es im Dezember ganz realistisch zu sein, dass ihm nur noch eine weitere Provokation die Erlaubnis aus Washington einbringen würde, zum Gnadenstoß anzusetzen. "Endlich hat Arik Arafats Hals in der Guillotine, er wird ihn da nicht wieder rauslassen", wie ein nicht namentlich genannter Berater Sharons in Yediot Aharonot zitiert wurde.

Und so lehnte Sharon es glattweg ab, die Belagerung Arafats zu lockern, sogar als sich eine gute Gelegenheit zeigte, bei der er sein Gesicht nicht verloren hätte - Weihnachten, die Zeit, in der Arafat üblicherweise von den christlichen Autoritäten in die Geburtskirche in Bethlehem eingeladen wird. Indem er Aufrufe des Vatikan, der Europäer, Präsident Katzavs und der Minister der Arbeiterpartei zurückwies, hinderte Sharon Arafat daran, sich auf den kurzen Weg von Ramallah nach Bethlehem zu machen (eine halbe Stunde unbehinderter Autofahrt, ein paar Minuten Flugzeit). Während die Fernsehkameras die Messfeierlichkeiten in Bethlehem rund um die Welt übertrugen, konzentrierten sie sich auf den leeren Stuhl mit der Aufschrift "Yasser Arafat, Präsident von Palästina". Sharon beharrte auf der Behauptung, dass die Belagerung Arafats in Ramallah ihn schwächen würde. Tatsächlich steigerte sie seine Beliebtheit unter seinen eigenen Leuten enorm. Es ist klar, dass ein Volk, das täglich Entbehrungen wegen der strengen Beschränkungen seiner Bewegungsfreiheit erleidet, keinen besseren Bezugspunkt für Kampagnen finden kann als einen Führer, dessen Bewegungsfreiheit ebenfalls beschnitten wird und der dieser Situation mit stolzem Trotz begegnet. Arafats Popularität unter den Palästinensern stieg enorm an, und sein belagertes Hauptquartier in Ramallah wurde der Schauplatz von täglichen Massenbesuchen von Palästinensern, die bewegende Kundgebungen in

der Halle abhielten, von deren Fenstern aus die Panzer zu sehen waren. Der Ort wurde auch von einigen internationalen Delegationen besucht, und zu Sharons Verdruss ebenfalls von einigen israelischen Friedensaktivisten.

Hudna

Der Geist der Waffenruhe ergriff eine Person, von der man das nicht erwartet hätte: Israels Präsidenten Moshe Katzav, der bis zu seiner Erhebung in seine gegenwärtige (rein formale) Position ein durchschnittlicher Falke gewesen ist, der aber ein Verlangen entwickelt zu haben scheint, eine bedeutendere Rolle zu übernehmen, als Banketten zu präsidieren. Katzav scheint diese Chance durch eine kreative Initiative einzelgängerischen Journalisten/ Geschäftsmanns/Friedensaktivisten Eyal Ehrlich bekommen zu haben. Auf einer Geschäftsreise nach Jordanien hatte Ehrlich die Gelegenheit, aus erster Hand die Verfahren einer Hudna zu beobachten - das Vorgehen, mit dem in traditionellen islamischen Gesellschaften Fehden beendet werden, und in dem der Versöhnungsbesuch der Klanältesten beim gegnerischen Klan die Schlüsselrolle spielt. Davon inspiriert, die Formen der Hudna auf den israelischpalästinensischen Konflikt anzuwenden, kam Ehrlich auf die Idee, den Präsidenten Israels vorm Palästinensischen Legislativrat mit einer Versöhnungsrede auftreten zu lassen, die zur formellen Erklärung eines einjährigen Waffenstillstandes führen würde und die die Atmosphäre für neuerliche Friedensverhandlungen schaffen sollte. Ehrlich wandte sich über verschiedene Vermittler sowohl an Katzav als auch an Arafat und erhielt eine positive Antwort; aber sobald über die Idee in den Medien berichtet wurde, beeilte sich Sharon, seine totale Ablehnung auszudrücken. Obwohl formal Staatsoberhaupt, ist der Präsident - wie ein konstitutioneller Monarch - an die Politik der gewählten Regierung gebunden, und Katzav hatte keine Wahl, als sich dem Veto des Premierministers zu fügen, wenn er auch unglücklich darüber war.

Noch bevor Gras über die Katzav-Affäre wachsen konnte, wurde der Öffentlichkeit eine ganz andere Sensation präsentiert: Das Radio- und Fernsehprogramm wurde für eine spezielle Pressekonferenz unterbro-

chen, die Premierminister Sharon, umgeben von Generalen und Admiralen, zeigte. Eine sensationelle Nachricht wurde bekannt gegeben: Israels Küstenwache hatte soeben im Roten Meer ein palästinensisches Schiff aufgebracht, ein Schiff, bis zu den obersten Schiffsplanken beladen mit Munition, die in den Gazastreifen geschmuggelt werden sollte. Die tapfere Küstenwache, so wurde gesagt, hatte ihr Land aus ernster Gefahr gerettet, da die Waffen den Palästinensern "einen strategischen Vorteil" hätten verschaffen können, und die ganze Angelegenheit bewies die Perfidie und Treulosigkeit der Palästinenser im Allgemeinen und Arafats im Besonderen.

Die Geschichte sorgte einige Tage für Schlagzeilen, obgleich die Öffentlichkeit seltsam ungerührt schien von der Welle zentral entfachten patriotischen Zorns. Ein bilderstürmerischer Artikel des Schriftstellers David Grossman in Ha'aretz erinnerte daran, dass die jüdischen Milizen vor 1948 sich mit genau derselben Form des Waffenhandels beholfen hatten, und wies darauf hin, dass ein einziger IDF-Panzer mehr Munition trägt als das ganze Schiff, von einer F-16 ganz zu schweigen; und Grossman folgten einige andere dissidente Stimmen in den Medien, auch ein paar im politischen System.

Dennoch erreichte Sharon etwas mit der Schiffsaffäre; nach anfänglichem Widerstreben nahm sich die US-Administration der Sache an, als israelische Geheimdienstoffiziere nach Washington flogen, um Beweise vorzulegen, dass die palästinensische Konterbande aus dem Iran stammte, einem Teil von Präsident Bush's "Achse des Bösen". Es folgte eine neue Welle amerikanischer Beschuldigungen und Drohungen gegen die Palästinenser, und der zweite Besuch des Gesandten Zinni in der Region war ein ebenso trüber Misserfolg wie der erste.

Inzwischen unternahm die Armee einen Einfall in das Rafah-Flüchtlingslager im Gazastreifen, über den weithin berichtet wurde, und zerstörte etwa 60 oder 70 palästinensische Häuser in einer einzigen Nacht (die genaue Zahl blieb umstritten). Die Fotos von Kindern, die in den Trümmern ihrer zerstörten Häuser herumirren, berührten das Gewissen Israels wie nur weniges im vergangenen Jahr. Die Regierung sah sich

als Ziel schneidender Kritik in der Presse, darunter von Kolumnisten, die bis dahin geschwiegen hatten, und von einigen, die in der Vergangenheit Sharon unterstützt hatten. Die Erklärungen der Armee, wonach die zerstörten Häuser "unbewohnt" waren, und dass ihre Schleifung "eine operative Notwendigkeit" gewesen sei, fand außerhalb der extremen Rechten wenig Glauben. Nach drei Tagen war Sharon zu einer vage formulierten Entschuldigung und dem Versprechen, es nicht wieder zu tun, gezwungen. Am selben Tag - Montag, den 14. Januar - beendete er entschlossen die Waffenruhe

Ein Mordanschlag zuviel

In den lange vergangenen Tagen von vor drei Jahren, als ein israelisch-palästinensischer Friedensvertrag nahe bevorzustehen schien, fand ein Treffen nördlich von Tel-Aviv statt, an dem jüngere Mitglieder der damals regierenden israelischen Arbeiterpartei und ihre Gegenstücke aus der Fatah teilnahmen, Arafats wichtigster Basis in der Palästinensischen Autonomiebehörde. Einigen Berichten zufolge, die später scharf dementiert wurden, war unter der palästinensischen Delegation ein junger Mann aus Tulkarem namens Ra'ed Karmi. Zu der Zeit hatte der Name keine besondere Bedeutung, und falls er wirklich dabei war, machte er keinen besonderen Eindruck auf seine israelischen Gesprächspartner. In den turbulenten Zeiten nach dem Ausbruch der Intifada hatten wiederholt gezielte Tötungen durch die israelische Armee und Sicherheitsdienste in Tulkarem offene Stellen an der Spitze der lokalen Führung hinterlassen. Ra'ed Karmi entpuppte sich dort schließlich als beachtliches militärisches Talent mit Charisma. Innerhalb eines Jahres war er der unbestrittene Führer der örtlichen Miliz.

Seitdem stand er auch an prominenter Stelle der Meistgesuchten auf der israelischen Liste, angeklagt der Beteiligung an der Ermordung von neun unschuldigen israelischen Zivilpersonen, als Vergeltung für vorhergehende Attentate. In den letzten Monaten des Jahres 2001 überlebte Ra'ed Karmi einige israelische Attentatsversuche, was auch in diesem Fall seinem Ruf nicht schadete. Er war sich sehr bewusst, nur mit einer geliehenen Zeit zu leben. Ein Team eines israelischen Fernsehsenders, das unter

seiner persönlichen Sicherheitsgarantie nach Tulkarem kam, filmte ihn, wie er mit einem Gewehr in der Hand offen durch die Hauptstraße der Stadt spazierte. In einem Interview, das an diesem Tag in den israelischen Wohnzimmern zu sehen war, sagte er: "Ich fürchte nicht die Ermordung. Mein Schicksal liegt in Gottes Hand. Wenn ich falle, werden sich meine Kameraden für mich rächen, wie ich die gerächt habe, die vor mir kamen." Palästinensische Quellen sagen, dass Ra'ed Karmi die Entscheidung von Arafat, einen Waffenstillstand auszurufen, voll unterstützte und half, dass er in dem von ihm kontrollierten Gebiet auch umgesetzt wurde. Israelische Sicherheitskräfte sagen, dass er an dem Morgen des 14. Januar 2002, als er durch eine von Israel gelegte Falle getötet wurde, terroristische Aktionen plante - die gleiche Erklärung gab es bei den anderen Dutzenden von Ermordeten, und wie in den anderen Fällen wurde kein Beweis dafür erbracht.

Sicherlich war Ra'ed Karmi kein unschuldiges Opfer, wie viele der anderen 1.400 Palästinenser und Israelis, die in den anderthalb Jahren blutiger Konfrontation getötet worden sind. Genauso sicher konnte es keinen Zweifel daran geben, dass seine Ermordung den Waffenstillstand zerstören und eine Spirale von Rache und Blutvergießen auslösen würde. Es war eine Wiederholung der Ermordung von Abu-Hunud und der damit verbundenen Konsequenzen, aber mit einigen bedeutenden Unterschieden. Zum einen gab es nicht erst eine Woche später palästinensische Vergeltungsakte, sondern schon innerhalb von wenigen Stunden. Und dieses Mal waren es nicht die Militanten der Hamas, die an vorderster Linie daran beteiligt waren, sondern die Tanzim-Milizen, Arafats eigene Gefolgsleute.

Am wichtigsten ist, die Aktion eines Mordanschlages wurde einmal zu viel benutzt und dieses Mal richtete sich der öffentliche Blick darauf. "Ermordungen führen zu Selbstmordattentaten", rief die Jugend von Peace Now in schnell einberufenen Kundgebungen vor dem Verteidigungsministerium in Tel Aviv und der Residenz des Premierministers in Jerusalem. Die gleiche Nachricht wurde in Erklärungen aller Organisationen der Friedensbewegung wiederholt und erschien nicht länger nur in

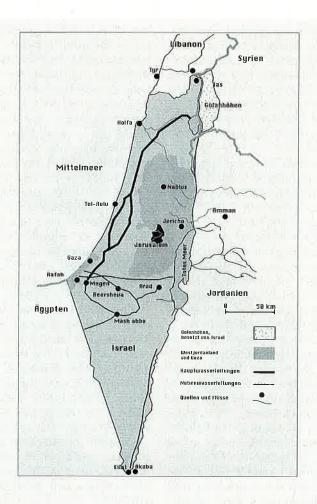
Zeitungsanzeigen von Gush Shalom. Sie tauchte in den Parlamentsreden und Presseerklärungen von Yossi Sarid auf, dem offiziellen Oppositionschef, in verschiedenen Artikeln und Kommentaren und sogar (in einer weniger ausdrücklichen Form) als Äußerung von Außenminister Peres. Das machte einen großen Unterschied.

Im Gegensatz zur bisherigen Spirale der Gewalt sah die israelische Gesellschaft dieses Mal, dass die Schuld nicht bei den Palästinensern und nur bei den Palästinensern lag. Im Oktober 2000 wurde den Israelis erzählt - und fast alle glaubten es - dass Barak den Palästinensern ein großzügiges Angebot gemacht habe und dass sie mit Ablehnung und Gewalt reagiert hätten. Nun konnten viele sehen, dass Arafat einen Waffenstillstand ausgerufen hatte und dieser von Sharon gebrochen wurde. Es war zu dieser Zeit, als die Friedensbewegung aus der Versenkung herauskam, in der sie sich seit Oktober 2000 befand. Kundgebungen und Demonstrationen wurden größer und größer. Neue Friedensgruppen schossen aus dem Boden. Die Weigerung von Soldaten und Offizieren, in den besetzten Gebieten zu dienen, war zentrales Thema in der Öffentlichkeit. So geschah es auch mit dem Tabu, dass "unsere" Soldaten in Kriegsverbrechen verwickelt sein könnten, die tägliche Praxis der Armee in den besetzten Gebieten schwere Verletzungen des Völkerrechts verursachen könnte. Und radikale Ideen erhielten die Sympathie einer gewichtigen Minderheit, wie es sich bei den 25% bemerkbar machte, die die Verweigerer unterstützen.

Sharons bis jetzt unerschütterte Popularität nahm schnell ab. Die Atmosphäre einer nationalen Einheit, wie sie über das Jahr 2001 vorherrschte, löste sich auf und wurde durch eine dissidente und oft verletzende Debatte ersetzt - die auf der anderen Seite des politischen Spektrums auch den Aufruf zur Wiedereroberung der palästinensischen Städte und die offene Befürwortung von ethnischer Säuberung (Bevölkerungstransfer) beinhaltete, ein Aufwallen des rechten Flügels. In der Arbeiterpartei wurde die Minderheit, die die Partei zum Verlassen der Regierung von Sharon aufrief, aktiver und hörbarer. Ihre Kampagne beeinflusste auch Teile der Partei, die opportunistischer sind. Verteidigungsminister Ben Eliezer, kürzlich in heftigsten parteiinternen landesweiten Kämpfen gewählter Parteiführer, bemühte sich, ein bisschen sanfter zu erscheinen - in einigen Nuancen, wie der Dauer der militärischen Offensive gegen die Palästinenser und der Zahl der daran beteiligten Militärkräfte - nachdem ihm geraten wurde, dass er wohl kaum Chancen auf einen Wahlsieg habe, wenn er "eine Kopie von Sharon" sei. Knesset-Sprecher Avraham Burg, ein Mann, der seine politische Karriere als Aktivist bei Peace Now begann und später seinen Ton beträchtlich änderte, sprach nun die Linie aus, "die korrupte Besetzung" zu verurteilen, und stellte fest, dass die Lösung "ein Austausch des gesamten Gebietes gegen einen vollständigen Frieden" sein würde. Burg befasste sich auch mit einer Frage, die Präsident Katzav außen vor ließ und erklärte seine Absicht, sich an das palästinensische Parlament in Ramallah zu wenden. Er kündigte an - im Gegensatz zum Präsidenten - dass er entschlossen sei, auch gegen den Willen des Premierministers dorthin zu gehen. Burg weckte damit großen Ärger in der parlamentarischen Rechten, wo ohne Erfolg Versuche unternommen wurden, ihn von seiner Position als Sprecher zu entbinden, und er erhielt zugleich erhebliches Ansehen in seinem Wahlkreis, Bis zum Abschluss dieses Artikels ist er aber nicht nach Ramallah gegan-

Abfallende Spirale

Die Unzufriedenheit mit Sharon als Premierminister ist auch durch die sich verschlechternde ökonomische Lage beeinflusst. Die Arbeitslosigkeit erreicht neue Rekorde, immer mehr Fabriken und Unternehmen schließen und die Ökonomen sagen wenig oder gar kein Wachstum für 2002 voraus. Die Wochen des Waffenstillstandes erlaubten der Öffentlichkeit, sich für einige Zeit den sozioökonomischen Themen zuzuwenden. Während es keine Schießereien gab, kündeten die Schlagzeilen von dem verbitterten Protest von Arbeitern gegen den Verlust ihrer Arbeitsplätze. Ein militanter Kampf von Behinderten, als sie in ihren Rollstühlen einen einmonatigen Sitzstreik vor dem Finanzministerium durchführten und eine Anhebung ihrer Beihilfe einforderten, erhielt viel größere öffentliche Sympathie. Der verspätet zusammengeflickte Etat brachte den Armen



Israelis keinen Schimmer Hoffnung, obwohl sie die wichtigste Wählerbasis für die Likudpartei von Sharon sind.

Auf vielfältige Weise könnte die ökonomische Krise auch auf den andauernden Konflikt zurückgeführt werden. Seit dem Ausbruch der Intifada liegt der Tourismus ein Standbein der israelischen Ökonomie darnieder. Israel ist für ausländische Investoren viel weniger attraktiv geworden, viele von ihnen zögern sogar, für einen kurzen Besuch zu kommen - und erst recht, ihr Geld in einem solch gefährlichen Land zu investieren. Angst vor Selbstmordattentaten brachte viele Israelis dazu, die Innenstädte zu meiden, was zu einem Kollaps der Geschäfte, Cafes und Restaurants führte. Das griff von Israel aus auch auf die palästinensische Wirtschaft über, welche durch die Verhängung der Blockaden, die Belagerung und Reisebeschränkungen praktisch zerstört ist, und wendet sich dann wieder gegen Israel. Mit der allgemeinen Armut der

palästinensischen Bevölkerung und ihrem Verlust der Kaufkraft stehen die israelischen Firmen, die vom Export auf den palästinensischen Markt abhängig sind, am Rande des Konkurses.

Im Ganzen schätzen Regierungsökonomen die Verluste durch die Konfrontation mit den Palästinensern auf fünf Milliarden Dollar. Im Januar begannen die Meinungsumfragen anzuzeigen, dass die Öffentlichkeit massiv Vertrauen in die Fähigkeiten Sharons verliert, die Ökonomie zu leiten, während sie ihm weiter als militärischen Führer vertraut. Eine Woche später, als das gegenseitige israelisch-palästinensische Blutbad schlimmer und schlimmer wurde und Sharon offensichtlich keine Lösung dafür hatte - und mit der zugleich weiter abrutschenden Wirtschaft - begann die Öffentlichkeit, an Sharons Glaubwürdigkeit in allen Beeichen zu zweifeln. Ein Versuch des Premierministers, sich im Fernsehen "an die Nation zu wenden" und seine zentrale Aussage, "sowohl die Sicherheitslage, wie auch die ökonomische Situation sind schlecht, der Kampf, beide zu verbessern, wird lange dauern, aber wir müssen alle geduldig, standfest und vereint sein, damit wir am Ende gewinnen", wurde mit Hohn begrüßt und einem Sinken seiner Popularität.

Tontaubenschießen

Gleich nach der Ermordung von Ra'ed Karmi kam ein palästinensischer Schütze in die israelische Stadt Hadere und tötete in einem Feuerhagel sechs unschuldige israelische Familienangehörige. In den darauf folgenden Wochen schien die Führung der Fatah-Tanzim-Milizen aber entschieden zu haben, ihre Guerillaangriffe auf Soldaten und Siedler in den besetzten Gebieten zu konzentrieren. Dem folgten zumeist die anderen palästinensischen Organisationen. Das führte zu einer Änderung der öffentlichen Atmosphäre in Israel. Israelis betrauern sicherlich die in den besetzten Gebieten getöteten Soldaten, solche palästinensischen Aktionen tragen aber nicht zu ähnlichem moralischen Widerwillen und Abneigung bei, wie Angriffe auf Zentren der israelischen Bevölkerung.

Palästinensische Kämpfer scheinen die klassische Maxime der Guerilla aufzunehmen: Meide deinen Feind, wo er stark und wachsam ist, greife ihn unerwartet an seinen schwachen Punkten an - und insbesondere die Lehren und Methoden des Feldzugs der Hisbollah gegen die israelische Besatzung des Südlibanon zu befolgen.

Im Gaza-Streifen beobachteten Guerillas genau den täglichen Weg israelischer Konvois zu den Siedlungen von Netzarim, einer bewaffneten Enklave direkt im Süden von Gaza-Stadt. Eine wohlplatzierte explosive Ladung zerstörte einen an der Spitze des Konvois fahrenden israelischen Panzer vom Typ Merkava, der bis zu diesem Tag als "weltweit bestgeschützter Panzer" galt. Alarmierte Kommandeure versprachen eine gründliche Untersuchung und eine Änderung des Ablaufs. Aber die Aufrechterhaltung der nationalistisch-religiösen Gruppe von Siedlern im Herzen von Gaza ist Kern der Regierungspolitik und nicht offen für eine Infragestellung durch das Militär. Die isolierten Siedlungen blieben bestehen. Genau einen Monat später zerstörten die Guerillas fast am gleichen Platz bei einem zweiten Angriff gegen einen Konvoi einen zweiten Merkava.

In der Westbank sehen die Guerillas in den zahlreichen Straßensperren und Kontrollposten die schwächsten Punkte der IDF. Es ist auch das, was die palästinensische Bevölkerung im Allgemeinen am übelsten aufnimmt.

Die Resultate sind fatal - 17 Soldaten wurden bei einer Serie von Guerillaangriffen in zwei Wochen getötet. Bei dem Überfall mit den meisten Toten kam für eine halbe Stunde ein palästinensischer Scharfschütze, bewaffnet mit einem alten, aber immer noch funktionsfähigen Karabiner des 2. Weltkrieges, der sieben Soldaten und drei Siedler tötete. Er konnte in Ruhe weggehen, bevor Verstärkung eintraf. (Der Platz, wo dies geschah, ist in arabisch als Wadi Haramiya bekannt, das Tal der Räuber, ein Name, der an frühere Praktiker solcher Taktiken in ottomanischen Zeiten erinnert.) "Ihr habt uns sitzen gelassen, wir sind zu Tontauben geworden!", so reagierten die überlebenden Soldaten, als ihre Offiziere einige Stunden später zu einem Besuch eintrafen, der eigentlich die Moral heben sollte. Über die Medien wurde die Geschichte weiter verbreitet und dabei mitgeteilt, dass der Kontrollpunkt Harmiya aufgrund des Drucks der Siedler der nahegelegenen Siedlungen eingerichtet wurde. "Wenn die Siedler ihr eigenes Leben riskieren wollen, so ist das ihre Sache - aber warum nehmen sie das Leben von meinem Sohn?", sagte die Mutter von einem der zehn getöteten Soldaten, die der Presse zudem erzählte, dass ihr Sohn ernsthaft überlegt hatte, den Brief der Verweigerer zu unterzeichnen.

Friedensvorschläge und gebrochene Versprechen

Gleichzeitig mit seiner wegbrechenden Popularität im eigenen Land, merkte Sharon, dass sich das Klima in Washington zu wandeln begann. Es ist wahr, Washington setzt seine öffentliche Unterstützung für Sharons Kampagne zur Bombardierung und dem Einmarsch in palästinensische Städte fort, die in offiziellen US-Verlautbarungen "Selbstverteidigung" genannt werden. Dennoch verweigerte die US-Adminis-

tration freundlich, aber fest, den Vorschlag Sharons, Arafat zu vertreiben und nach anderen "alternativen palästinensischen Führern" Ausschau zu halten.

Zu diesem Dilemma kam die plötzliche Friedensinitiative des saudischen Kronprinzen hinzu. Das Angebot war ein vollständiger Frieden zwischen Israel und der ganzen arabischen Welt bei vollständigem Rückzug hinter die Grenzen von 1967. (Eine Klärung durch Henry Siegman vom Amerikanisch-Jüdischen Kongress ergab, dass die Saudis bereit wären, die Bewahrung des jüdischen Ouartiers in der Altstadt von Jerusalem zu akzeptieren, wie schon in einigen Vorschlägen bei den letzten Verhandlungen unter Barak benannt.) Der Vorschlag machte auf die kriegsmüde israelische Gesellschaft ziemlichen Eindruck. Die letzten anderthalb Jahre hatten die Israelis gegenüber den Palästinensern sehr argwöhnisch werden lassen und sie zweifelten an jedem Versprechen oder unterzeichnetem Abkommen der palästinensischen Führer (ein Gefühl, das von der palästinensischen Seite reichlich erwidert wurde). Eine Vereinbarung, die von der arabischen Welt unterstützt wird und von einem der renommiertesten und mächtigsten Staaten eingebracht wird, mit bis jetzt neutralem Standpunkt, schien eine größere und solidere Sicherheit für die Zukunft anzubieten. Die Meinungsumfragen zeigten an, dass über die Hälfte der israelischen Bevölkerung (in einer 48%, in einer anderen 54%) bereit sind, den Vorschlag der Saudis zu akzeptieren.

Vergangene Erfahrungen zeigen: Falls die Regierung einen Vorschlag akzeptiert, so könnte dies schnell zu einer großen, soliden Mehrheit führen. Aber Sharon hat nicht die Absicht, die Grenzen von 1967 oder irgendetwas Ähnliches zu akzeptieren, unabhängig davon, was im Gegenzug angeboten wird. Er verschloss sich selbstverständlich nicht der Initiative. Vielmehr äußerte er sich vorsichtig, schlug ein Treffen mit den Saudis vor, was selbst ein großer Akt der Normalisierung wäre, ohne sich selbst zu den territorialen Fragen festzulegen. Niemand war überrascht, dass die Saudis auf dieses generöse Angebot zurückhaltend reagierten. Sie konzentrierten ihre Anstrengungen darauf, Unterstützung von arabischen Schlüsselstaaten für ihren Vorschlag zu bekommen, mit dem Blick darauf, ihn beim Arabischen

Gipfel Ende März in Beirut offiziell gebilligt zu bekommen. Das, so stellten sie klar, würde nur bei Anwesenheit von Arafat an der Seite der anderen arabischen Führer geschehen. Ohne Arafat würde der Gipfel mit einer üblichen Resolution zur Unterstützung des palästinensischen Kampfes gegen Israel enden.

Auf diese Weise war das Thema der andauernden Belagerung des Sitzes von Arafat in Ramallah an die oberste Stelle der israelischen Tagesordnung gesetzt worden. Und es wurde noch dringender, als die palästinensische Polizei - wie von Sharon gefordert - die Verantwortlichen für die Ermordung des Ministers Ze'evi festnahm. Als Ergebnis wurde ein Treffen von israelischen und palästinensischen Sicherheitsvertretern vereinbart, mit dem Ziel eines Waffenstillstandes, und der Verteidigungsminister Ben Eliezer schlug dem Kabinett vor, Arafat freizulassen. Aber die Minister der extremen Rechten drohten damit, sofort zurückzutreten. Der Verteidigungsminister warnte vor schrecklichen Ergebnissen, wenn Israel seinen Teil der Vereinbarungen nicht einhalte. Resultat war ein "Kompromiss": die Panzer rückten einige hundert Meter von der unmittelbaren Umgebung des Sitzes von Arafat ab und das Kabinett erklärte, dass "Arafat frei sei, sich innerhalb der Stadt Ramallah zu bewegen, aber darüber hinaus eine Genehmigung brauche." Die Erklärung wurde von den Palästinensern als die vorsätzliche Beleidigung aufgefasst, die sie war, und am nächsten Tag gab es eine neue Reihe von tödlichen palästinensischen Angriffen. "Ich habe es euch gesagt", sagte Ben Elizer nach inoffiziellen Quellen. Der Sprecher des Ministers bestritt sogleich, dass sein Boss jemals solche Worte gesagt habe, aber der Vorfall enthüllt die wachsenden Brüche in Sharons Regierung der nationalen Einheit.

Wirbelsturm des Krieges

Eine Zeit lang haben die Führer der Siedler und ihre politischen Vertreter auf die Umsetzung ihrer eigenen Vorstellungen zur "Lösung" des Konfliktes gedrängt: Wiederbesetzung der palästinensischen Städte, Waffendurchsuchungen von Haus zu Haus, Erschießen aller Palästinenser, die im Besitz von Waffen sind, Inhaftierung, Tötung und Abschiebung aller "Terroristen" und dann "Verhandlungen" mit dem eingeschüchterten Rest über eine begrenzte Autonomie unter vollständiger israelischer Souveränität. Der Plan schien einige Paralellen zu einem von der Armee gemachten Alternativplan zu beinhalten. Die Siedler pflegen zu einigen Generalen enge Beziehungen.

Ende Februar entschied Sharon, eine Operation zu genehmigen, die in ihrem Ausmaß nicht so umfangreich war, wie von den Siedlern gefordert, aber die von ihnen befürworteten Techniken benutzte. Der Plan rief zu einem direkten Angriff auf palästinensische Flüchtlingslager auf, die sowohl bei der ersten, wie auch bei der jetzigen Intifada im Mittelpunkt stehen und deren Einnahme die Armee bis jetzt vermied. Eine allgemeine Mobilisierung der Reservisten, wie von den Hardlinern gefordert, wäre einem Krieg gleichgekommen. Auch könnte dies zu einer bedeutenden Zahl von Reservisten führen, die die Einberufung verweigern. Stattdessen wurde die Operation mit den Kräften der regulären Armee geplant. Auch wenn alle verfügbaren Einheiten in diese Operation geschickt wurden, gab es nicht genügend, um alle Camps gleichzeitig anzugreifen. Stattdessen wurde geplant, von Norden nach Süden durchzugehen und die Einheiten von einem Flüchtlingscamp zum nächsten springen zu lassen. In der Zwischenzeit sollte die Luftwaffe massiv die Orte bombardieren, die im Moment nicht besetzt sind, und die Marine sollte Granaten auf Ziele am Ufer des Gaza-Streifens schießen. So begannen die bis dahin schlimmsten Tage des andauernden Wirbelsturms der Gewalt.

Bevor die Intifada ausbrach, schätzte die Armee, dass der Einmarsch in alle palästinensischen Gebiete und in die Flüchtlingscamps eine sehr hohe Zahl von israelischen Opfern zur Folge haben würde, Dutzende oder sogar Hunderte. Seit Oktober 2000 wurden die besten Köpfe der Armee herangezogen, um besondere Taktiken und Strategien zu entwickeln, damit die Zahl der Opfer möglichst niedrig bleibt. Unter der neuen Doktrin sollte eine Invasion immer unter dem Mantel der Verschwiegenheit durchgeführt werden. Die Soldaten sollten in überwältigender Stärke kommen - Bataillone bei den ersten Invasionen, die später zu Brigaden anwachsen. Infanterie sollte immer von zahlreichen Panzern und Hub-

schraubern begleitet werden, die bereit sind, mit ihrer Feuerkraft jede Opposition zu zerquetschen. Bewegungen auf den Straßen besetzter Städte sollten durchweg in bewaffneten Fahrzeugen durchgeführt werden. Infanteriesoldaten sollten zügig strategische Gebäude vor Ort beschlagnahmen und sie in militärische Standorte umwandeln, dabei palästinensische BewohnerInnen entweder vertreiben oder in einem mehrstöckigen Gebäude auf einen Raum, eine Wohnung oder ein Stockwerk verweisen. Ein Rückzug aus der Stadt sollte wieder in der Nacht und in bewaffneten Fahrzeugen durchgeführt werden. Für Operationen in Flüchtlingslagern, mit ihren engen Gassen und eng gedrängten Hütten, sollten die Soldaten die Mauern einschlagen und so von Haus zu Haus kommen, ohne die Straße zu betreten und sich selbst Feuer von Scharfschützen auszuliefern. ("Ja, die Einwohner müssen später ihre Häuser reparieren - das ist das Glück des Krieges", merkte im israelischen Radio ein Kommandeur an.)

Der Plan der Armee wurde in etwa so ausgeführt. Nicht weniger als 20.000 Soldaten waren dafür abgestellt worden. Die Eroberung der Flüchtlingslager wurde auf der israelischen Seite mit Kosten von etwa einem toten Soldaten pro Camp erreicht wahrlich geringe Verluste für alle, aber ein großer für die Familie der Soldaten.

Die Verluste auf palästinensischer Seite schwankten, es waren mehr als zweihundert in einer Woche, fast 50 am 8. März, dem Roten Freitag. Das Fernsehen war voll von Bildern mit hunderten verhafteter palästinensischer Männer, ihre Hände hinter ihrem Rücken mit Plastikhandschellen gefesselt und ihre Augen mit Lappen verbunden, wie sie durch die Straßen der eroberten Flüchtlingslager geführt wurden. Das Verfahren, Nummern auf die Handgelenke der Gefangenen zu schreiben, löste einen Proteststurm aus, sogar von gewöhnlichen Knesset-Mitgliedern, die an die Behandlung der Nazis gegenüber den Insassen der Konzentrationslager erinnert wurden.

Inzwischen stellte sich heraus, dass sich die meisten "gefährlichen Terroristen", die die Armee suchte, nicht unter den Gefangenen befanden. Statt zu bleiben und in einer unmöglichen Lage um den Tod zu kämpfen, schlichen sie sich davon, um an weniger bewachten Flecken heftige Angriffe zu starten, und kamen unversehrt zurück, sobald die Armee ihre Häuser verlassen hatte und zu einem anderen Camp gegangen war. Der Oberst der Fallschirmjäger, Aviv Kochavi, der das Kommando bei der Eroberung des Flüchtlingscamps Balata in Nablus hatte, freute sich diebisch im Radio: "Uns wurde erzählt, dass es Tiger wären, aber wir fanden nur Kätzchen." Innerhalb weniger Stunden, nachdem wir seine Worte hören mussten, führten einige der "Kätzchen" sowohl ein tödliches Selbstmordattentat in Jerusalem, wie auch einen vernichtenden Angriff auf einen Kontrollpunkt der Armee aus. In der Hitze des Gefechts verschwammen die Unterschiede zwischen den verschiedenen palästinensischen Gruppen, Militante der Tanzim, Hamas und der kleineren marxistischen Fraktion kämpften zusammen. Die Idee, die Angriffe der Guerilla nur auf Soldaten zu beschränken, verlor sich in dem weitverbreiteten Zorn über die Ermordungen und die Zerstörung und in der lärmenden Forderung nach sofortiger Vergeltung.

Nicht länger sind Selbstmordattentäter auf islamische Organisationen beschränkt, ein wachsender Teil von ihnen kam aus den Rängen der Fatah. Es war für Israelis eine verwirrende Zeit. Hunderte von palästinensischen Opfern sorgten nicht für Trost für die Dutzenden von Israelis. Jeden Morgen gab das Radio die Eroberung einer anderen palästinensischen Stadt oder eines Lagers bekannt. Jeden Nachmittag wurde von neuerlichen palästinensischen Angriff auf eine israelische Stadt berichtet. Und zusätzlich führte ein Angriff in der libanesischen Grenzregion zu sechs toten Israelis, in einem Gebiet, das seit dem Rückzug aus dem Libanon vor zwei Jahren ruhig geblieben war. Er wurde Personen zugeordnet, die sich über die nördliche Grenze eingeschleust hatten, obwohl die Hisbollah offiziell die Verantwortung übernommen hatte.

Die Welt wacht auf

Verspätet realisierte Präsident Bush, dass das Feuer, das er Sharon legen ließ, sein eigenes Programm gefährdete. Die Eskalation zwischen Israel und den Palästinensern drohte den langgeplanten Besuch des Vize-



Broschüre des Gegeninformationsbüro zur Auseinandersetzung in Palästina und Israel. Neben
diesem Artikel von Adam
Keller sind unter anderm
Artikel von Noam
Chomsky und Marwan
Barghouti abgrdruckt
worden

weitere Informationen: Kohlfurter Str. 40 10999 Berlin oder www.gegeninformationsbuero.de

präsidenten Cheney in die Region völlig entgleisen zu lassen und seine Absicht zu vereiteln, eine Anti-Saddam-Front aufzubauen, was die US-Administration als vorrangiges Ziel beschlossen hatte. In einer dramatischen Pressekonferenz erklärte der Präsident, dass er Zinni innerhalb von einer Woche zurück in die Region schicken werde und rief beide Seiten dazu auf, "von sich aus einen Waffenstillstand zu erreichen, sogar schon vor dem Eintreffen Zinnis." Bushs Gründe für die wochenlange Untätigkeit sind immer noch unklar. Sie ließen Zeit für das schlimmste Blutbad, das immer noch andauert. Sofort nach der Erklärung von Bush machte Sharon eine scheinbar versöhnliche Geste und erklärte, er habe die Forderung nach "sieben Tagen völliger Ruhe" als Vorbedingung für Verhandlungen aufgegeben. Das war dennoch mit einer Intensivierung der Militäroperation verbunden, welche "die Zahl der palästinensischen Opfer ansteigen lassen" sollte -

ein Ziel, das einige Tage zuvor offen vom Premierminister definiert wurde.

Mit einem anderen Zug im gleichen Spiel ließ Sharon eine Entscheidung vom Kabinett verabschieden, die Arafat erlaubt, von Ramallah in andere palästinensische Gebiete zu reisen, nicht aber ins Ausland. Die Entscheidung empörte die extrem rechten Verbündeten von Sharon und ließ sie ihre Drohung wieder aufleben, die Regierung zu verlassen. Arafat selbst sah davon ab, Ramallah zu einer Zeit zu verlassen, in der sich große Teile der israelischen Streitkräfte sichtbar der Stadt näherten. Er hatte gute Gründe, 'nach drei Monaten Hausarrest Verdacht zu schöpfen, dass Sharon ihn plötzlich aus dem Weg haben wollte, um den Weg für eine Invasion zu ebnen.

Inzwischen waren Zehntausende Siedler und ihre Unterstützer mit Bussen nach Tel Aviv gebracht worden, wo sie auf dem Rabinplatz eine turbulente Demonstration durchführten. Ihre Sprecher riefen Sharon auf, "mit dem Teufel der Palästinensischen Behörde ein für allemal Schluss zu machen." Gerade als sie in ihre kugelsicheren Busse für die Heimkehr in ihre Siedlungen einstiegen, begannen in der größten Militäroperation seit 1982 massive militärische Kräfte in Ramallah einzumarschieren. Eine ganze Infanteriedivision, Hunderte von Panzern, ein großer Teil der gesamten israelischen Kampfeinheiten, war aufgeboten worden, um eine einzige palästinensische Stadt zu erobern, die von leicht bewaffneten Milizionären verteidigt wurde. "Es gab verstreuten Widerstand, die Operation wurde nach Plan durchgeführt", erklärte der Sprecher der Armee, der dabei die Tötung von einem Dutzend junger Palästinenser herunterspielte. "Die Armee schwang eine mächtige Faust und landete in der Luft", bemerkte der gut informierte Nahum Barn'ea von Yediot Aharonot. Die Operation wurde durch die Anwesenheit von Arafat in Ramallah behindert. Der Sektor um den Sitz des palästinensischen Führers herum blieb heilig, die Militärpläne wurden im letzten Moment geändert und so konnten die meisten der gesuchten Palästinenser fliehen. Ein Versuch Sharons, den Panzern die Einfahrt in dieses Gebiet zu befehlen, verursachte einen offenen Streit mit Ben Eliezer, der sich nach Augenzeugenberichten zu "der stürmischsten Kabinettssitzung seit Bildung der Regierung Sharon entwikkelte."

Inzwischen sandten die israelischen Konsulate auf der ganzen Welt der Regierung warnende Signale vor einem "PR-Desaster". Filme voller Panzer, die palästinensische Krankenwagen zerquetschen, von langen Reihen von unter Bewachung stehenden Gefangenen, denen die Augen verbunden sind, von israelischen Soldaten, die in die Wohnzimmer von palästinensischen Familien eindringen und die Sachen aus den Schränken werfen, untergraben mehr und mehr das Wohlwollen gegenüber Israel. Mit dem Einmarsch der Armee in Ramallah, einer Stadt, die durchtränkt ist mit internationalen MedienvertreterInnen, wurde das zu einer Flut - verstärkt durch die Tötung eines bekannten italienischen Fotografen. Heraldo Rivera, Kommentator von Fox-Fernsehen, erzählte seinen Zuschauern: "Mein ganzes Leben war ich ein Zionist gewesen. Ich war bereit, für Israel zu sterben. Aber nach dem, was ich in Ramallah sah, wurde ich auch ein bisschen wie ein Palästinenser. Der Gebrauch von Panzern und F-16-Flugzeugen gegen eine dichtbesiedelte Stadt ist kein Weg, um gegen Terrorismus zu kämpfen. Es ist selbst Terrorismus." Drei Tage nach dem Einmarsch der Armee in Ramallah machte Präsident Bush vor laufenden Kameras eine weitere dramatische Erklärung und beschuldigte Sharon, "weit davon entfernt zu sein, hilfreich für den Erfolg von Zinnis Mission zu sein." Er befahl ihm in keineswegs undeutlichen Worten, die Operation unverzüglich zu beenden.

Ende in Sicht?

Letzten Dezember war Sharon in der Position, Arafat wirklich mit vorgehaltener Waffe einen Waffenstillstand zu diktieren. Das ist nicht länger der Fall. Die Palästinenser können nun einen Preis verlangen. Zunächst forderten sie als Vorbedingung für Verhandlungen über einen Waffenstillstand den Rückzug aller israelischen Truppen aus den "A"-Gebieten, was auch so geschah. Nachdem dies erreicht war, bleiben als Hürde für Verhandlungen - die während des Schreibens dieses Artikels unter der Schirmherrschaft des Gesandten Zinni stattfinden - die Schließungen und Besetzungen, die in den letzten anderthalb Jahren das tägliche Leben für die PalästinenserInnen zur Hölle machten. Es wird allgemein angenommen, dass ein Waffenstillstand in den kommenden Tagen vereinbart werden wird. Aber die Kommentatoren zweifeln daran, wie weit er respektiert werden und wie lange er bestehen wird. Der palästinensischen Polizei und ihren Sicherheitsdiensten sind fast keine Gebäude oder Gefängnisse verblieben, in die sie Terroristen stecken könnten, sogar wenn die Entscheidung getroffen würde, sie zu inhaftieren. Die israelischen Bombardierungen waren sehr gründlich.

Die Kampagne der letzten Monate hat klar die interne Kräftebalance bei der palästinensischen Bevölkerung verändert, die Palästinensische Autonomiebehörde und ihren Apparat geschwächt und in großem Maße das Prestige und die Unterstützung für die verschiedenen Milizen und militanten Gruppen verbessert. Damit palästinensische Militante davon überzeugt sind, dass

sie ihren bewaffneten Kampf aussetzen müssen und einen Waffenstillstand einhalten, brauchen sie ein klares Signal, dass das Ende der Besetzung durch politische und diplomatische Mittel beendet werden kann. Sharon, obwohl er zum politischen Überleben im Moment einen Waffenstillstand braucht, ist nicht bereit, die Besetzung zu beenden oder die Siedlungen abzubauen, die er selbst während seiner Karriere aufbauen ließ. Und die Bush-Administration bleibt bei der Ansicht, dass das israelischpalästinensische Problem im Wesentlichen ein Nebengeschehen ist, das ruhig zu stellen und aus dem Weg zu räumen ist, um sich auf das wirklich Wichtige vorzubereiten: ihre bevorstehende Operation gegen Saddam Hussein.

Bush akzeptierte das Prinzip von zwei Staaten, Israel und Palästina, und schrieb dies sogar in einer neuen Resolution des Sicherheitsrates fest - ohne aber auf die alles entscheidende Frage der Grenzen hinzuweisen. In der Theorie würde auch Sharon einen palästinensischen Staat akzeptieren, wenn es ein "Staat" wäre, der aus nichtzusammenhängenden Enklaven besteht. Bis jetzt gibt es wenig Gründe, anzunehmen, dass Bush bereit ist, eine aktive Vermittlungsrolle zu übernehmen, die seinen Vorgänger so viel Zeit und Energie gekostet hatte und bei der Clinton so arg enttäuschte. Die Palästinenser haben eine der machtvollsten Armeen im Nahen Osten erduldet und sind ungebrochen. Im Moment hat die nationale und internationale öffentliche Meinung und das Interesse der Supermacht Sharon dazu gezwungen, aufzuhören. Aber ein Sharon, der nichts zu verlieren hat, könnte seine Zeit dafür nutzen, einen noch destruktiveren Angriff vom Stapel zu lassen - als ein Spieler, der nicht verlieren kann. Die Geschichte mag sich gut an Ariel Sharon als einen Führer erinnern, der den Israelis endgültig bewiesen hat, dass der Weg der Gewalt nicht funktioniert, einfach, weil er es so oft versucht und es die Dinge nur schlimmer gemacht hat. Wenn es weiter Gründe für eine vorsichtige Hoffnung gibt, liegen sie genau da, wo vor einigen Monaten nichts zu sehen war: im Innersten der israelischen Gesellschaft, aus dem viele Zeichen darauf hindeuten, dass sie genug von der Besetzung und den damit verbundenen Kosten hat.

Adam Keller: The Terrible Year, April 2002. Übersetzung aus dem Englischen: Christian Axnick und Rudi Friedrich.

Adam Keller wurde 1955 in Tel Aviv geboren. Keller redigiert seit ihrer Gründung im Jahr 1983 "The Other Israel", die Zeitschrift des Israelischen Rates für einen israelisch-palästinensischen Frieden (ICIPP). Nachdem im Oktober 1986 ein Gesetz erlassen worden war, welches Treffen von Israelis mit PLO-Vertretern verbot, nahm Keller aktiv an der Organisation des israelisch-palästinensischen Treffens in Rumänien teil. Seine Aktivitäten brachten ihn mehr als einmal hinter Gitter: 1984 wegen der Weigerung, Militärdienst im Libanon zu leisten; 1988, weil er auf 117 Armeepanzer Parolen geschrieben hatte, die zur Kriegsdienstverweigerung in den besetzten Gebieten aufriefen; 1990 für die umfassende Verweigerung jedes weiteren Militärdienstes. 1993 beteiligte Keller sich an der Organisation des Israelischen Friedensblocks (Gush Shalom).

Kontakt: The Other Israel, P.O.B. 2542, Holon 58125, Israel, Tel.+ Fax: +972-(0)3-5565804, Email: otherisr@actcom.co.il

Wir danken Connection e.V., Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen für die Erlaubnis zum Abdruck dieses Artikel. Wir möchten auch auf die Broschüre des Vereins: Nahostkonflikt ohne Ende? Antikriegsarbeit in Israel, sowie auf das neu erscheinende Buch von Rudi Friedrich (Hrsg.): Gefangen zwischen Krieg und Terror? Israel/Palästina: Stimmen für Frieden und Verständigung, Oktober 2002, hinweisen. Zu bestellen bei Connection e.V., Gerberstr. 5, D-63065 Offenbach, Tel.: 069-82 37 55 34, Fax: 069-82 37 55 35, Email: office@Connection-ev.de

Asmin ist eine Blume, die ganz weit oben auf den Bergen wächst

Ein Interview mit der Frauengruppe Koma Asmin aus dem MKM (Mesopotamisches Kulturzentrum Istanbul)

Können Sie uns kurz Ihre Gruppe vorstellen?

Mein Name ist Ruken, ich bin Solistin in der Gruppe. Ayfer spielt in der Gruppe Geige, Nurcan Perkussion und Sengül spielt Flöte. Diese beiden Frauen sind zugleich auch in der Gruppe "Venge Sodiri". Zelal ist auch Solistin, sie spielt außerdem auch in der Gruppe Koma Azad. Gule spielt in der Gruppe "Baglama" Saz, Selda Bassgitarre. Beide sind gleichzeitig in der Gruppe Koma Rojhilat. Meral ist aus der Gruppe Koma Ciyadan und spielt in unserer Gruppe Piano. Rojda ist von der Gruppe Koma Gule Xerzan und ist Solistin. Gülbahar ist das eigentliche richtige Mitglied von Koma Asmin und spielt klassische Gitarre. Und ganz zuletzt ist da noch Serab, sie ist aus der Gruppe Koma Amed und spielt akustische Gitarre. Am Anfang waren wir noch mehr. Doch zur Zeit führen wir unsere Musikproben mit 11 Musikerinnen durch.

Wie kamt Ihr zu dieser Arbeit?

Wenn wir den jetzigen Standpunkt, den die Bewegung zur Zeit erreicht hat, betrachten, dann sehen wir, dass die Frau sich in allen Bereichen ausdrücken muss. Sie muss ihr starkes Selbstvertrauen, ihre Stärke, überall zeigen. Dafür braucht es aber Organisationen. Deswegen haben wir als kulturelle Institution das uns Mögliche getan, dazu etwas beizutragen. Und so sind wir zu dieser Entscheidung gekommen. Wir haben diese Gruppe nicht gegründet um uns mit den Männern zu messen, sondern weil wir glauben, das auch wir Frauen Kraft haben.

Wann genau habt Ihr euch gegründet?

Die Gruppe hat sich am 8. März 1998 gegründet.

Was bedeutet Asmin?

Asmin bedeutet "Höhe" und es ist auch eine Blume, die ganz weit oben auf den Bergen wächst. Für uns bedeutet dieses so etwas wie Freiheit. Wahrscheinlich sehen lediglich nur wir KurdInnen diese Blume.

Ihr arbeitet gleichzeitig auch in anderen Gruppen?

Wir arbeiten alle noch in anderen Musikgruppen. Das wird auch weiterhin so bleiben. Doch die Arbeit in dieser Gruppe stellt für uns eine andere Bedeutung dar. Diese Gruppe hat einen besonderen Platz bei uns eingenommen.

Fühlt Ihr euch bei den Proben der anderen Gruppen oder denen bei Koma Asmin wohler?

Bei allen Gruppen fühlen wir uns wohl. Doch bei Koma Asmin verstehen wir uns gegenseitig viel besser und sind so auch viel produktiver.

Wo seid Ihr noch als Koma Asmin aufgetreten?

Wir haben in der Türkei an vielen Konzerten, die von der HADEP organisiert wurden, teilgenommen. Außerdem haben wir an vielen Orten an den 8.-März-Veranstaltungen des IHD teilgenommen. In Bat-

man haben wir Konzerte gegeben. Ich kann es wirklich sehr schwer ausdrücken, als wir die "Begeisterung" und die Gefühle bei den Menschen zu dem Zeitpunkt gesehen haben. Das hat uns natürlich sehr glücklich gemacht. Später sind wir nach Diyarbakir, sind auch sehr viel durch die Gegend gefahren und haben die Natur bewundert. Für uns ist das alles sehr schön und es begeistert uns. Abgesehen davon haben wir auch in Europa einige Konzerte gegeben. Dies alles hat uns eine ganz andere Hoffnung gegeben und mit Begeisterung erfüllt.

Als Frauenmusikgruppe habt Ihr viel Musikalisches gemeinsam. Aber versteht Ihr euch auch gegenseitig, was teilt Ihr miteinander?

Über Frauen wurde ständig nicht gut geredet, doch wir wissen, dass dies nicht so ist. Wir glauben alle, dass wir uns in Koma Asmin als Frauen wiedergefunden haben. Denn wir teilen neben dem musikalischen und kreativen Teil auch andere Dinge miteinander. Wir verstehen uns gegenseitig und können unsere Gefühle hier auch fühlen. Vielleicht ist auch das ein Teil, das die Schönheit dieser Gruppe ausmacht.

Mit jedem Tag verstehen wir uns als Frauen viel besser. In diesem Zusammenhang kann ich sagen, dass unsere Methoden zur Problemlösung ähnlich sind. Das ist für uns alle etwas sehr Angenehmes.

Wie fühltet Ihr euch, als Ihr die Gruppe neu gegründet habt?

Als Koma Asmin mit ihrer Arbeit anfing, waren wir viel mehr Frauen. Wir hatten an die 20 Mitglieder. Mit der Zeit klappte alles immer viel besser. Natürlich trafen wir auch auf verschiedene Schwierigkeiten. Doch um

diesen zu begegnen, versuchten wir unser Selbstvertrauen zu verstärken. Uns beschäftigte immer die Frage, ob wir es schaffen würden eine Musikgruppe zu gründen, die nur aus Frauen besteht . Denn uns gegenüber verhielt man sich, als ob man uns dies nicht zutrauen würde. Doch mit jedem Tag, an dem wir unsere erfolgreiche Praxis sehen konnten, erlebten wir was wir alles schaffen konnten. Damit wuchs unser Selbstvertrauen. Wir glaubten daran, dass Frauen viele Dinge auch wirklich schaffen können. Diese Zeit war für uns eine sehr schöne Zeit, in der wir die Kraft der Frau wahrnahmen.

Gibt es im MKM in den anderen Kulturbereichen auch reine Frauengruppen?

Neben der Musik gibt es in den Bereichen Theater, Film und Folklore die Anstrengungen, reine Frauengruppen zu gründen.

Was fällt Ihnen bei der Arbeit als Frauengruppe am schwersten?

Als die Gruppe sich gründete, haben wir sehr viele, positive wie negative, Reaktionen bekommen. Die Frage: "Warum habt ihr eine Gruppe gegründet, die nur aus Frauen besteht?", bekamen wir sehr oft zu hören.

Ein anderer Punkt ist, dass unsere Musik und unsere Arbeiten für die Männer nicht so wichtig sind. Eine 11-köpfige Frauengruppe ist mal etwas anderes für sie. Sie finden es schön und gut, aber das war es dann auch schon. Das größte Problem aber, was wir haben, ist, dass Frauen sich nicht richtig ausdrücken können. Wir meinen damit, dass die Frauen, die wir mit unserer Musik ansprechen wollen, immer im Schatten der Männer bleiben. Wir möchten den Kontakt mit den Frauen verstärken, intensiver mit ihnen zusammenkommen und mit ihnen diskutieren.

Habt Ihr als Koma Asmin an einer Kassette gearbeitet?

Bis jetzt haben wir das noch nicht, doch in der Zukunft haben wir auch das vor.

Wie muss für Sie die Verbindung zwischen der Frau und der Kunst aussehen? Genügt Ihrer Meinung nach der Platz, den die Frauen in den Bereichen Kunst und Kultur einnehmen?

Wir hatten von einer Bewegung gesprochen. Die Frau hat in der Geschichte bis heute in allen Bereichen ihre Rolle zugewiesen bekommen. Sie ist mit der Kunst verbunden. Dafür können wir auch verschiedene Beispiele aus den Bereichen Film, Malerei, Theater usw. geben. In der Kunst spielen die Frauen eine große Rolle; es fallen ihnen auch bedeutende Aufgaben zu, wenn es darum geht, die Kunst zu entwickeln. Die Frauen müssen diese Rolle auch gut spielen. Wenn wir das auf die kurdischen Frauen beziehen, dann sieht man, dass die Frauen sehr gelitten haben und unterdrückt wurden. Sie wurden in eine Situation manövriert, in der sie verstummten und gehörlos wurden. Doch wenn wir uns die kurdischen Frauen von heute ansehen, dann sehen wir, dass sie sich durch die Bewegung weit entwickelt haben. Nun können sie in ihrer eigenen Sprache sagen: "Es gibt mich." In der Bewegung standen sie auch immer im Vordergrund. Ich glaube daran, dass sich die Frauen auch in der Zukunft, sei es im Bereich Kunst und Kultur oder in anderen Bereichen, besser ausdrücken werden.

Meinen Sie, dass die Künstlerinnen ihre Aufgabe in führender Position der Gesellschaft erfüllen werden?

Ein Künstler repräsentiert eine intellektuelle Person, die sich vor das Volk in eine führende Position stellt. Ein Künstler muss, um die Dinge, die er dem Volk vermitteln will, immer einen Schritt voraus sein. Die Frauen haben diesen Schritt getan. Man kann sich natürlich fragen, ob dies ausreichend war. Sicherlich gibt es Punkte, die nicht so sind, wie sie sein sollten. Aber auch das wird sich in der Zukunft bessern.

Haben Sie Erwartungen gegenüber Europa?

Sicherlich haben wir Erwartungen. Europa ist im Gegensatz zu unserem Land sehr anders. Im Gegensatz zur Heimat lebt hier ein Volk, das sich von sich selbst entfernt hat. Unsere Erwartungen sind, dass die Menschen sich mit ihrer Heimat eng verbinden.

Haben Sie vor, ihre Arbeiten noch zu intensivieren?

Wir wollen in den Bereichen Kunst und Musik unser Repertoire vergrößern und somit unsere Arbeiten bereichern. Wir haben auch als Ziel, unsere Instrumente professioneller zu spielen. Wir wollen mit Frauen intensiver zusammenkommen, denn die Dinge, die wir teilen, sind gleich.

Gibt es noch etwas, was Sie zum Schluss sagen möchten?

In erster Linie müssen sich Frauen in allen Bereichen trauen und Selbstvertrauen entwickeln, damit sie auch zeigen können, wie stark sie sind und wie viel Durchhaltevermögen sie besitzen. Ich glaube daran, dass Frauen dieses Potenzial besitzen. Nur wenn sie daran glauben es zu schaffen, werden sie auch sehr viele Schwierigkeiten überwinden. Denn Frau hat auch die Kraft dazu. Frauen werden ab jetzt nur noch vorwärts gehen und Vieles mit großem Erfolg bewältigen. Daran glauben wir fest. Denn erfolgreiche Dinge werden sich immer nach vorn entwickeln. In diesem Fall sind die vielen gefallenen Freundinnen ein sehr großes Beispiel. An dieser Stelle kann ich nicht anders und muss Zilan gedenken.

Wir bedanken uns und wünschen Ihnen bei allen Arbeiten viel Erfolg.

Wir bedanken uns.

Zwischen Kino-Kulturen eine universale Brücke schlagen

Interview mit dem Leiter des Filmfestivals Mehmet Aktas

Vom 7. bis 16. Juni wurde das erste Kurdische Filmfestival im Berliner Filmkunsthaus Babylon veranstaltet. Aus der ganzen Welt waren 32 Spielfilme, Dokumentarfilme und Kurzfilme zu sehen. Auch viele der Regisseure waren angereist. 10 Tage lang zeigten kurdische und deutsche Zuschauer großes Interesse an den Filmen.

Wann haben Sie mit den Vorbreitungen für das Festival begonnen. Welche Schwierigkeiten hatten Sie?

Mit den Vorbereitungen für das 1. Berliner Filmfestival haben wir etwa ein Jahr vorher angefangen. Zuerst war für uns wichtig, die Filme auszusuchen, die überall auf der Welt verstreut waren, und mit den Regisseuren in Kontakt zu kommen. Es war unser Ziel, die Leute, die für das kurdische Kino große Pläne haben und dafür auch schon gearbeitet haben, zu erreichen. Natürlich haben wir viel Zeit investiert, aber da wir uns schon lange mit Kino und Filmemachern beschäftigen, hatten wir nicht allzu große Schwierigkeiten, mit den Regisseuren in Kontakt zu treten. Auf dem Filmfestival waren 32 Filme und 20 Regisseure vertreten. Unsere Gäste kamen aus der Türkei, Israel, Iran, den USA und anderen Ländern. Natürlich gab es gegenüber diesem Projekt Vorurteile. Die Vorurteile überwinden zu können, war auch nicht leicht. Die Reaktionen, die wir nach dem Festival hatten, waren aber positiv.

Wie haben sie die Filme ausgesucht?

Das für die Auswahl verantwortliche Komitee musste erst die ganzen kurdischen Filme sichten. Die Festivalbeiträge wurden in zwei Kategorien geteilt: kurdische Filme und Filme mit Bezug auf Kurden. Vorurteile sollten keine Rolle spielen.

Wieso wurde das Filmfestival in Berlin veranstaltet?

Berlin ist eine Stadt mit einer ausgeprägten Kinokultur. Außerdem leben über 50.000 Kurden in Berlin. Deswegen ist es normal, ein Filmfestival hier zu veranstalten. Wir erhielten auch große Unterstützung aus dem Hauptstadtkulturfonds. Natürlich würden wir auch in Diyarbakir ein Filmfestival veranstalten, nur sind die Bedingungen dort nicht gegeben.

Wer hat das Filmfestival unterstützt?

Der kurdische Fernsehsender Medya TV, die TAGESZEITUNG und das Radio Multi-Kulti waren eine große Unterstützung. Richtig gearbeitet haben allerdings die Regisseure und Fernschleute.

Kann man vom kurdischen Kino sprechen, wenn die Kurden nicht mal ein Land haben?

Das kurdische Kino hat mit Yilmaz Güney angefangen. Weil er die Kurden das erste Mal ohne Angst im Kino ins Bild gesetzt hat. Dass die Kurden eine Nation sind, kann man in seinen Filmen sehen. Trotz der großen Unterdrückung versuchen die Regisseure seit Jahren, in ihrer Muttersprache Filme zu machen. Inzwischen gibt es auch welche, die in den letzten Jahren viel Erfolg hatten. Zum Beispiel hat Bahman Ghobadi schon mit seinem ersten Film einen Preis in Cannes bekommen. Er

ist nach Yilmaz Güney als bester kurdischer Regisseur bekannt. Es werden jedes Jahr kurdische Filme gedreht, deren Themen, Regisseure und Sprache kurdisch sind. Im Irak gibt es immer mehr kurdische Regisseure. Ja, das kurdische Kino ist geboren. Nur wegen der Verbote ist der Umfang noch klein, aber in der nächsten Zeit wird sich das erweitern.

Wie ist das Festival aufgenommen worden? Wer war da?

Wir haben alle eingeladen, von denen wir wussten, dass es Interesse geben könnte oder Beiträge zu erwarten wären. Die Regisseure hatten verschiedene politische Auffassungen und entsprechende Vergangenheiten. Es gab unter uns Neoliberale, Muslime, Sozialisten und Nationalisten. Trotz der verschiedenen politischen Meinungen hatte man zehn Tage lang einen fruchtbaren Dialog und Zusammenarbeit. Wir als Festivalkomitee hatten die Qualität der Filme im Auge und haben für das kurdische Kino einen Beitrag geleistet. Es wurden keinerlei politische Ansichten bevorzugt, sondern das kurdische Kino im Allgemeinen dargestellt. Viele kurdische Parteien aus verschiedenen Richtungen und deren Vorsitzende sowie eine große Anzahl von Schriftstellern, Intellektuellen und Pressevertretern waren anwesend. Die Beobachtungen, die wir innerhalb der zehn Tage gemacht haben, zeigen uns, dass es in Berlin ein großes Potenzial an interessierten und kritischen Zuschauern gibt. Das Kurdische Filmfestival brachte auch das zum Vorschein. Großes Interesse gab es vor allem von Seiten der türkischen, deutschen und persischen Zuschauer. Das hat uns sehr gefreut. Es entstand eine universale Brücke zwischen den verschiedenen Kino-Kulturen. Es war uns auch sehr wichtig, dass dieses Festival zum Gedenken an Yilmaz Güney stattfand. Seiner mit einem solchen Festival zu gedenken war für alle Teilnehmer sehr bedeutungsvoll.

Konnte das Filmfestival den kurdischen Regisseuren eine Diskussionsplattform bieten?

Genau das war vor allem eines der Ziele des Festivals. Menschen, die für das gleiche Ziel arbeiten, aber bislang noch nichts voneinander gehört haben, sind zusammengekommen.

Die aus allen Ecken der Welt kommenden 20 kurdischen Regisseure und Schauspieler, die das kurdische Drama auf die Leinwand bringen, lernten sich kennen. Vor allem war es sehr wichtig und erfreulich, dass sich einige Regisseure zusammengetan haben und neue Projekte und Produktionen vereinbart wurden. Ich bin sicher und guter Hoffnung, dass sich die kurdischen Regisseure die in Berlin gemachten Bekanntschaften zu Nutze machen werden.

Hat das Festival sein Ziel erreicht?

Natürlich ja. Der aus dem Iran teilnehmende Bahman Ghobadi sagte, dass das Festival für ihn mehr Bedeutung hatte als die Filmfestspiele in Cannes, Weil erstmals das kurdische Kino in Berlin auf einer großen und freien Plattform den Zuschauern in seiner Gesamtheit gezeigt und die Probleme diskutiert wurden. Auf der anderen Seite war das 1. Berliner Kurdistan-Filmfestival für das kurdische und deutsche Volk eine Brücke zum Dialog. Die deutschen Zuschauer hatten die Möglichkeit, durch das kurdische Kino Einblicke in die Lebensverhältnisse und die Kultur der Kurden zu bekommen. Ich muss auch sagen, dass dieses Festival viele Regisseure zu neuen Projekten ermutigt hat.

Wird das Festival im nächsten Jahr wiederholt?

Das möchten wir alle, aber vor uns liegen noch einige Schwierigkeiten. Sollten wir diese überwinden, ja.

Kurden in Aserbaidschan

Von Steffen Riecke

In diesem Artikel gehe ich auf die Kurden in der heutigen Republik Aserbaidschan ein, nicht auf die kurdische Bevölkerung der Provinzen (West- bzw. Ost-)Aserbaidschan der Islamischen Republik Iran. Die Existenz einer kurdischen Bevölkerung auf dem Territorium, das von Kurden Ostkurdistan genannt wird, dürfte hinlänglich bekannt sein.

Im Rahmen einer Exkursion einer Gruppe von Studierenden des Institutes für Turkologie der Freien Universität Berlin trafen wir uns auch mit Vertretern einiger ethnischer oder religiöser Minderheiten Aserbaidschans. Auf dem Gebiet der heutigen Republik leben kaukasischsprachige Lezginen und Georgier, turksprachige Tataren und Meshketen, Russen und Volksgruppen, die eine iranische Sprache sprechen, wie die Talysh im Süden, die sogenannten Bergiu-

den von Krasnaya Sobota im Norden, die Tat und die Kurden.

Ein Blick in die Geschichte

Wenn auch eine durchgehende kurdische Besiedlung von Teilen der heutigen Republik genealogisch nicht nachgewiesen werden kann, ist nichtsdestotrotz die kurdische Siedlungsgeschichte in diesem Raum sehr alt. Der russische Kurdologe Wladimir Minorski berichtet von der kurdischen Dynastie der Šaddadiden, die die Gegend um Gändschä/Ganga von 945 bis 1055(1) beherrschten. Die Mutter des großen Dichters Nizami Gändschäwi/Gandgavi, der heute als aserbaidschanischer Nationaldichter verehrt wird, war Kurdin und auch der Verfasser des bedeutenden zeitgenössischen Fürstenspiegels "Šarafnameh", der kurdische Emir Šaraf ad-Din Ëan al-Bitlisi (*1543 -

aktuell jeden Freitag neu Nûçe

ormationsstelle Kurdistan e.V.

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Nûçe erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Portokosten bei der *ISKU-Informationsstelle Kurdistan e.V.*, Schanzenstr. 117, 20357 Hamburg Tel.: 040 · 431 82 115 oder: 421 028 45, e-mail: isku@nadir.org bestellt werden. Auf Wunsch senden wir die Nûçe per e-mail als pdf-Datei zu. Die Nûçe und weitere Informationen sowie einen täglichen Pressespiegel findet Ihr

im Internet unter: www.nadir.org/isku

1599?), erwähnt für das 16. Jh. Kurden im Raum Qarabag⁽²⁾. Infolge der russisch-türkischen und russisch-persischen Kriege im 19. Jh. kam es immer wieder zu Einwanderungswellen von Kurden aus osmanischem oder persischem Gebiet. Die letzte Fluchtbewegung von Kurden in das aserbaidschanische Staatsgebiet war die von sunnitischen Kurden aus Armenien aufgrund des Karabagkrieges. Die yezidischen Kurden blieben oder flüchteten nach Russland oder Europa.

Das so genannte "Rote Kurdistan" im Sowjetaserbaidschan von 1923 bis 1929 ist nach Müller (s. Fußnote 2) mehr ein rückwärts gewandter Wunschtraum als historische Realität. Der Bezirk Kurdistan ("kurdinstanskii uezd") ist eher als kurdistanischer Bezirk zu übersetzen und also mehr geographisch als ethnisch zu deuten.

In der Sowjetunion schwankte die offizielle Kurdenpolitik zwischen starker Repression und weitestgehender Förderung, je nach (außen)politischer Großwetterlage und innenpolitischer Führung⁽³⁾. Unter Stalin wurden Kurden teilweise bis Kasachstan und Kirgisien verbannt, wo noch heute große Gemeinden leben, und in mancher Sowjetära wurde der Eintrag als Kurde in den Pass verweigert und aus Kurden wurden eben Aserbaidschaner. In manchen Phasen wurden aber auch kurdische Kultur und Literatur besonders gefördert mit eigenen Instituten, Radiostationen etc.

Die Lage der Kurden heute

Während alle genannten Minderheiten noch in ihren ursprünglichen Siedlungsgebieten leben, sind die Kurden mit ihren aserbaidschanischen Nachbarn durch den armenisch-aserbaidschanischen Krieg um die autonome armenische Enklave Nagornii Karabach Flüchtlinge im eigenen Land geworden. Als IDP (Internal Displaced Person) müssen sie nun in Flüchtlingslagern in anderen Gegenden des Landes oder bei Verwandten, die früher schon außerhalb des Lacin-Korridors zwischen Armenien und Nagornii Karabach gelebt haben, ihr Auskommen suchen. Landerwerb kommt für diese Flüchtlinge nicht in Frage, da der Konflikt um Nagornii Karabach von offizieller Seite als noch nicht beendet betrachtet wird. Daher ist der Status eines IDP ein

vorläufiger und an vorübergehend Ansässige wird kein Land vergeben⁽⁴⁾. Für manche Familien bedeutet das, seit nunmehr zehn Jahren in Notunterkünften hausen zu müssen, oft ohne Strom, Gas oder fließendes Wasser.

Die Kurden von Baku

Durch Besuche des kurdischen Kulturhauses "Ronahî", durch Gespräche in Baku und ein Interview mit Šamîl Salim Eskerov konnten wir einen groben Eindruck von der Situation der Kurden in Baku bekommen. Šamîl Eskerov ist Vorsitzender des Kulturhauses, Autor (u.a. des ersten aserbaidschanisch-kurdischen Wörterbuchs), Lyriker und Chefredakteur der kurdischaserbaidschanischen Zeitung "Dengê Kurd".

Die zwei Sendungen auf kurdisch pro Woche werden noch gesendet, berichtete man uns, es gäbe jedoch keine Schulbücher mehr (neue würden nicht gedruckt) und die "Dengê Kurd" erscheint seit Anfang 2000 nicht mehr. Und das, obwohl es seit 1992 ein Gesetz zur Förderung der Medien nationaler Minderheiten gibt, welches die Bezuschussung gesetzlich verankert. Gesetze seien eben das eine, Finanzen das andere.

Hilferuf

Auch wenn die Zahl der Kurden die von Kendal⁽⁵⁾ geschätzte Stärke von 150.000 Personen, oder die von Celîl gegebene von sogar 2-300.0006 weit unterschreitet und nach neuesten Erkenntnissen eher bei 13-, 20- oder 50-Tausend liegt(7), so ist doch die Anzahl der Menschen, die das Kurdische noch beherrschen, recht gering. Selbst Herr Eskerov, der die Zahl der Kurden in Baku auf 10.000 schätzt, drückte seine Sorge aus, dass nur ein verschwindend geringer Prozentsatz noch die kurdische Sprache beherrsche. Etwa aufkommenden Fragen bezüglich kurdischer Identität bei dieser fast vollständigen Aserbaidschanisierung setzt man entgegen, dass auch in der Türkei das Bekenntnis zu kurdischer Identität trotz ähnlicher muttersprachlicher (Un-)Bildung durch den Erfolg der Befreiungsbewegung seit Anfang der 90er Jahre einen ungeahnten Aufschwung nahm.

Um ein Verschwinden der kurdischen Farbe aus dem aserbaidschanischen Mosaik

zu verhindern, werden große Anstrengungen nötig sein. Mit den ihnen dafür zur Verfügung stehenden bescheidenen Mitteln haben die Kurden Aserbaidschans damit begonnen, Kurdischkurse anzubieten, und es wurde immer wieder betont, dass für das Nichterscheinen kurdischer Bücher nicht staatliche Repression wie in der Türkei der Grund sei, sondern lediglich leere Kassen.

Es fehlt also an Sachmitteln für das Kulturhaus "Ronahi" (Faxgerät, Computer, Papier, Büromöbel...) ebenso wie an Geld für einen Internet-Anschluss oder für die Anschubfinanzierung der einzigen kurdischen Zeitung oder den Druck von kurdischen Schulbüchern. Es herrscht wirklich großer Mangel und daher wird um zahlreiche Spenden gebeten. Unter dem Stichwort "Kurden Aserbaidschan" können auf folgendes Konto Spenden überwiesen werden: Kurdistan Informations-Zentrum e.V. Stichwort Aserbaidschan Kontonummer: 780005198 BLZ 100 500 00

Die Mittel werden dann direkt nach Baku weitergeleitet. Vielen Dank.

Steffen Riecke

Berliner Sparkasse

(1.) Yalçin-Heckmann, Lale/Strohmeier, Martin: Die Kurden - Geschichte Politik Kultur, München: Beck, 2000, S.54

(2.) Müller, Daniel: Fata Morgana mit Folgen: das "Rote Kurdistan" in Sowjetaserbaidschan (Unveröffentlichtes Manuskript), Vortrag auf dem Wochenendseminar der Uni Hamburg 17.-19.11.2000 "Der ungelöste Konflikt: Zur aktuellen Situation der kurdischen Bewegungen"

(3.) Rasoul, Fadil: Großmachtpolitik und Freiheitskampf - Kurdistan und die sowjetische Nahost-Politik, Wien: Junius, 1988, 244 S.

(4.) s.a.: Yalçin-Heckmann, Lale: Property, displacement and ethnicity: The case of Kurds in Azerbaijan, unter: http://www.eth.mpg.de/people/heckmann/heckmann.html

(5.) s. Kendal: Die Kurden in der Sowjetunion, in: Chaliand, Gérard (Hrsg.): Kurdistan und die Kurden, Bd. 1, Göttingen: Gesellschaft für bedrohte Völker. 1988. S. 417

bedrohte Völker, 1988, S. 417
(6.) Celil, Celile: Das Leben der Kurden in der ehemaligen Sowjetunion und der Konflikt um das Latschin-Gebiet - Interview mit dem kurdischen Historiker Dr. Celile Celil aus Eriwan, in: Kurdistan Heute, Bonn: NAVEND, August/September 1992

(7.) s.a. Müller, Daniel: The Kurds of Soviet Azerbaijan, 1920-91, in: Broxup, Marie Bennigsen (Hrsg.): Central Asian Survey, London: Carfax Publishing, 2000, 19(1), S. 48

Im Laufe seiner Geschichte hat Urfa nie seine Besonderheiten verloren URFA

Überarbeitung vom Kurdistan Informations-Zentrum

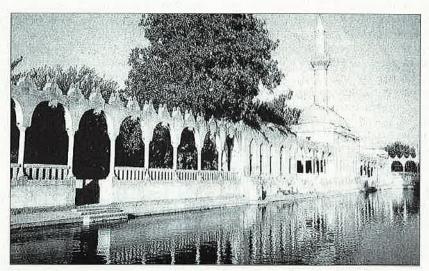


Foto: Archiv

Irfa liegt in Südostanatolien, nahe der syrischen Grenze. Im Norden und Westen der Region fließt der Euphrat. Ebenen wechseln mit niedrigen Plateaus; der höchste Punkt ist der Karacadag mit 1914m. Das Zentrum der Provinz Urfa liegt 549m über dem Meeresspiegel. Die Menschen der Umgebung leben hauptsächlich von Landbau und Viehzucht. Da in der Region Urfa ein kontinentales Klima vorherrscht, ist es hier nicht so kalt, wie in den anderen östlichen Gebieten. Die beste Reisezeit liegt in den Monaten April, Mai, Juni, September und Oktober. Da es im Juli und August fast unerträglich heiß ist, ist es nicht ratsam, in diesen beiden Monaten in die Region zu reisen.

Urfa ist aus allen vier Himmelsrichtungen über Fernstraßen zu erreichen. Bis Istanbul sind es 1253km, bis Ankara 829km, bis Antakya 342 km, bis Antep 144km, bis Adiyaman 160km, bis Diyarbakir 185km und bis nach Mardin 183km. Der nächste Bahnhof befindet sich im Kreis Akcakale und die am nächsten liegenden zivilen Flughäfen in Diyarbakir und Antep.

Geschichte

Ausgrabungen bei Ruinenhügeln und Höhlen in der Provinz Urfa haben ergeben, dass sich hier schon 8000 Jahre v. Chr. Menschen angesiedelt hatten. Die Gegend war früher dicht bewaldet, wie auch Skelettfunde von verschiedensten Waldtieren beweisen.

Vermutlich war Urfa in der ersten Hälfte des 2. Jahrtausends v. Chr. Hauptstadt der Hurriter, eines indoeuropäischen Volkes, das aus der Gegend des Van-Sees Richtung Süden zog. Der hethitische König Schuppiluliuma zerstörte um 1370 v. Chr. die Stadt, ein Schicksal, das sich in der Geschichte Urfas noch oft wiederholen sollte. Um 1200 v. Chr. unterstand die Stadt dem Befehl der Fürsten von Karkamis, im 4. Jh. v. Chr. wurde sie von Alexander erobert. Dessen Nachfolger bauten sie neu auf und gaben ihr den Namen Edessa. Ab 130 v. Chr. war Urfa Sitz eines Königreiches, das später unter römische Herrschaft gelangte. Bereits im 2. Jh. u. Z. breitete sich hier das Christentum aus, das anfänglich mit dem mondanbetenden Sin-Kult im nahen Harran konkurrierte. Im 4. und 5. Jh. war Urfa ein bedeutendes Zentrum des nestroianischen Christentums. Im 6. Jh. fielen die Sassaniden ein, 628 wurde Urfa von den Byzantinern zurückerobert, aber nur für kurze Zeit. Zehn Jahre später kamen die Araber, die die Stadt im Jahr 1030 wieder an die Byzantiner verkauften. Es folgte eine armenische Herrschaft, die ihrerseits kurz unterbrochen wurde von den Seldschuken. Im 12. Jh. machten die Kreuzfahrer auf ihrem Weg nach Jerusalem Halt in Urfa und gründeten die 'Grafschaft von Edessa', die ebenfalls keinen Bestand hatte. 1182 war der Kurde Saladin in Urfa und 50 Jahre später der Seldschukensultan Alaeddin Keykobat. Es folgten die Mongolen, ägyptische Mamelucken und Timur Lenk. Sultan Selim unterwarf die Stadt 1516, gefolgt von den Persern. Zuletzt okkupierten die Franzosen Urfa 1920 und zogen nach einjähriger militärischer Anwesenheit wieder ab.

Obwohl Urfa im Laufe seiner Geschichte unzählige Male okkupiert wurde, hat es nie seine Besonderheiten verloren. Es ist das Ergebnis historischer Dialektik, dass die militärischen Besatzer immer wieder gezwungen waren, die Region zu verlassen.

Geschichte und Natur

Die Region Urfa hat besonders in der hebräischen und islamischen Mythologie eine große Bedeutung. So wurde sie in den heiligen Schriften als die Stadt genannt, in der bedeutende Propheten geboren wurden oder gelebt haben. So hielt sich auch Abraham auf seinem Weg von Ur nach Kanaan einige Zeit in Urfa auf. Der grausame König Nemrut wollte ihn damals wegen seines monotheistischen Glaubens auf dem Scheiterhaufen verbrennen. Doch Gott verhinderte Abrahams Tod, indem er das Feuer zum Wasser eines Teiches und das Holz zu Fischen werden ließ. Noch heute glaubt man in der Region an diese Sage von der Entstehung des Teiches in Urfa mit seinen heiligen Fischen. Als weiterer heiliger Ort wird eine Höhle in der Nähe des Teiches verehrt, in der Abraham geboren worden sein soll. In den religiösen Schriften der Hebräer und Moslems wird weiter davon berichtet, dass auch Moses, David, Adam und Hiob in Urfa gelebt haben sollen.

Besonders Harran mit seinem Sin-Kult ist zu einem Zentrum der Kulturen geworden. Die Rolle, die Urfa für verschiedene Religionen gespielt hat, und die heute noch vorhandenen historischen Spuren, haben die Region nachhaltig geprägt.

Zitadelle (Urfa Kalesi)

Auch wenn nicht bekannt ist, wann genau die Zitadelle erbaut wurde, lassen der Hauptfelsen und die Bauform erkennen, dass ihre Entstehung in die Zeit der Kreuzfahrer fällt. Es ist ersichtlich, dass die später zu militärischen Zwecken befestigte Zitadelle hauptsächlich in der Zeit, in der sich die Christen in Urfa befanden, benutzt wurde. Die Zitadelle, die über eine innere und äußere Festungsmauer verfügte, konnte durch drei Tore im Osten und Westen betreten werden. In der quadratischen äußeren Festungsmauer ist das Harran-Tor der einzige heute noch erhaltene Eingang. Dort sind die in Stein gemeißelten Reliefs von einem doppelköpfigen Adler, einem Löwen und einer mit einem Kaftan bekleideten Figur erkennbar. Die in der Zeit von 240-242 erbaute 1000m lange innere Festungsmauer erinnert an einen Kreis. Auf einer der beiden Säulen befindet sich ein Denkmal mit der aramäischen Inschrift: "Ich bin Eftuha, der Sohn der Sonne, diese Säule habe ich für Shalmet, die Tochter Manos erbauen lassen." Die Säulen haben eine Höhe von 17,25 m und einen Durchmesser von 4,60m.

Museum

Die in dem Museum ausgestellten Fundstücke spiegeln die früh- und spätgeschichtlichen Kulturen wider; sie stammen aus der Jung- und Altsteinzeit und gehören archäologisch der Zeit der Mitannen, Babylonier, Assyrer, Hethiter und der nachfolgenden Epochen an. Darüber hinaus existieren auch noch einige wenige Funde aus der Bronzezeit. In einem weiteren Ausstellungsraum befinden sich besondere ethnographische Objekte der Region. Berühmt sind der "Mondgott" und die "Steinkatze".

Harran

Harran liegt 44km südlich der Provinz Urfa. Die Geschichte Harrans ähnelt sehr stark der Urfas und spielte seit der Zeit um 3000 v. Chr eine wichtige Rolle. Seine Blütezeit dauerte bis in das 8. Jh. hinein an. Obwohl sich der Zeitpunkt der Gründung Harrans nicht genau bestimmen lässt, weiß man, dass es eines der ersten Siedlungsgebiete der Indoeuropäer war. In den Jahren um 2000 v. Chr. war Harran nach der alten Assyrerstadt das zweite große Zentrum. Die damals von den Babyloniern besetzte Stadt war unter den Namen "Uru, Ki und Kaskal al Harran" bekannt. Die Assyrer nannten sie in ihrer Sprache "I na-Harran". In der Zeit der hurritisch-mitannischen Herrschaft war Harran ein wichtiges Zentrum von Handel und Landwirtschaft. Der damalige Name Harayan, der so viel bedeutete wie "Kreuzung vieler Wege", wurde in Harran umgeändert und bis in die heutige Zeit beibehalten. In Harran wurde die erste Universität der Geschichte gegründet; sie wurde nach dem Einmarsch der Turkmenen von den Mongolen besetzt und verbrannt. Vom antiken Harran sind heute nur noch wenige Überreste der 4km langen Mauer und ein Teil des Außentores übrig. Von den Bauweisen und -techniken der Ejjubiden zeugen noch Ruinen und die Überreste des Minaretts der Ulu Camii. Ein Teil der Ruinen gehört zu den Fundamenten der Harran-Universität, der ersten Universität der Welt.

Birthas (Birecik) Kalesi

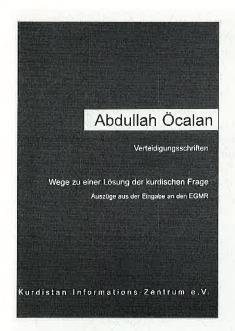
Die Burg, ein indoeuropäisches Siedlungsgebiet und von den Mitannen beherrscht, wurde von den Assyrern besetzt und später wieder restauriert, wie aus einer Keilschrift von Salmanasar II. hervorgeht. Die 36m hohe und mit den 12 Sternzeichen geschmückte Burg ist im Nordosten und im Osten von Gräben umgeben. Mit seiner großartigen Architektur, seinen Toren, den Sternzeichen und Türmen umgibt die Burg die Stadt wie ein Halbkreis. Die Burg wurde in allen Zeiten immer wieder restauriert und benutzt.

Küche

Die Region Urfa verfügt über eine sehr vielfältige und abwechslungsreiche Küche. Obwohl die Speisen mittlerweile in der ganzen anatolischen Region verbreitet sind, gelten Borani, Dövmec und Ikiparmak noch immer als typische Gerichte der Provinz Urfa. Es überwiegen Speisen, die mit ausgelassener Butter und Kräutern zubereitet werden. Darüber hinaus sind Süßspeisen sehr beliebt.

Besonders berühmt sind Cig Köfte:

In eine große flache Schüssel ein Kilo köftelik Bulgur (fein gebrochene Weizengrütze) geben. Dann in eine Ecke der Schüssel eine feingehackte Zwiebel, feingehackte Petersilie, Salz, 150g getrockneten, gebrochenen scharfen Paprika, einen halben Teelöffel Paprikapulver, einen Esslöffel Tomatenmark, einen halben Teelöffel Paprikamark und 500g feines, mageres Rinderoder Lammgehacktes hinzufügen. Man beginnt den Bulgur unter Hinzufügen von wenig Wasser gut durchzukneten. Wenn er beginnt weich zu werden, langsam die Gewürze sowie das Tomaten- und Paprikamark unterkneten. Danach die Zwiebel und die Petersilie unter weiterem Kneten hinzufügen. Wenn alles gut durchgeknetet ist, aus der Masse mit der Hand längliche Bällchen formen und mit einer Garnitur aus Römischem Salat, Petersilie und Minze auf einer Platte anrichten.



Abdullah Öcalan

Wege zu einer Lösung der kurdischen Frage

Auszüge aus der Eingabe an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Kurdistan Informations-Zentrum e.V. (Hg.), Berlin, Eigenverlag, 1. Auflage 2002

ISBN 3-936541-00-0

142 S., 5 Euro

Bezug: Kurdistan Informations-Zentrum Postfach 12 11 22 10605 Berlin Das Buch "Wege zu einer Lösung der kurdischen Frage" ist ein Auszug aus dem sechsten von insgesamt neun Kapiteln der Eingabe Abdullah Öcalans an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Wegen der Aktualität und Dringlichkeit wurde dieser Abschnitt aus der etwa 1000-seitigen analytischen Arbeit schon vor der Herausgabe des Gesamtwerks in deutscher Sprache veröffentlicht.

Neben dem Auszug enthält diese Ausgabe ein Vorwort von Yasar Kaya, eine Analyse und das Inhaltsverzeichnis der gesamten Eingabe.

Yasar Kaya

Zur Verteidigungsrede von Abdullah Öcalan

Über Abdullah Öcalan, den wertvollen Spross und Vorkämpfer des kurdischen Volkes, wird noch viel gesprochen und geschrieben werden. Er ist der Hauptarchitekt der Wiederauferstehungsgeschichte einer Nation, die schon am Rande ihres eigenen Grabes zur Beerdigung bereit stand. Unserer Meinung nach ist Öcalan ein Mensch schwieriger Zeiten. Er gründet eine Gruppe, es wird zum Ereignis, er gründet eine Partei, es wird zum Ereignis, er bricht in den Mittleren Osten auf, es wird zum Ereignis, er gründet eine Guerillaorganisation und beginnt den bewaffneten Kampf, und es wird zum Ereignis. Er verkündet einseitig einen Waffenstillstand und bricht vom Mittleren Osten nach Europa auf, und es wird zum Ereignis. Seine Entführung und Verhaftung führten weltweit zum Ereignis und bei den Kurden zu ihrer größten historischen Einheit.

Diese Kette von Ereignissen, innerhalb von 25 Jahren entstanden durch die Aneinanderreihung der einzelnen Glieder, führte schließlich über die Eingabe während des Prozesses in Imrali zu den Eingaben an den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof unter dem Titel "VOM SUMERISCHEN PRIESTERSTAAT ZUR DEMOKRATISCHEN ZIVILISATION". Was beinhalten diese Eingaben? Meiner Meinung nach handelt es sich vor allem um eine juristische Methodologie, um die Geschichte der sozialen Kämpfe des Mittleren Ostens, um eine neue und gründliche Bewertung des

Ursprungs der Zivilisation, um die Geschichte der kurdischen Befreiung und um das Manifest für eine Lösung der bisher ungelösten kurdischen Frage. Es besitzt als Manifest der demokratischen Zivilisation die Qualität einer Anleitung zur Demokratie für die Völker des Mittleren Ostens, der als Wiege der Zivilisation auf eine 5000-jährige Geschichte zurückblickt, einer Anleitung zum Leben für diese geheimnisvolle Gegend, aus der die drei monotheistischen Religionen hervorgegangen sind. Nachdem Abdullah Öcalan alles, was seit den dunklen Tiefen der Geschichte bis heute geschehen ist, alle Zivilisationen, die entstanden und wieder vergangen sind, und alle Kriege einer genaueren Betrachtung unterzieht, vernachlässigt er nicht die Quelle, die Gerechtigkeit, das Recht, das Menschenleben und die Frau. In der Eingabe Abdullah Öcalans werden die Werte des Zeitalters und der Region des Mittleren Ostens sowie neue und strategische Blickwinkel für eine Lösung der Probleme dargestellt. Offenherzig kritisiert Abdullah Öcalan vor allem das eigene Tun, die Fehler der Partei. Damit gibt er dem neuen Menschen und dem eigenen Kader eine ethische, soziologische und historische Anleitung zur Diplomatie. Die demokratische Zivilisation stellt er als eine unverzichtbare Alternative für die Völker der Region und die Lösung der kurdischen Frage dar. Was er sagt und schreibt, sind Voraussichten für viele Jahre und Tatsachen. Er fordert Veränderung und Überwindung und führt zu neuen Horizonten. Indem er demokratische Lösungswege für alle vier Teile Kurdistans aufzeigt, erläutert er historisch, wie sich Türken, Perser und Araber Jahrhunderte lang der kurdischen Frage angenähert haben. Er bringt neue historische Perspektiven hervor.

Er stellt neue Strategien dar, mit denen er versucht, die Kurden in den rasanten Verlauf des Zeitalters mit einzubinden. Alles, was er von ihnen fordert, ist Veränderung und Wandel. Die oligarchische Republik analysierte der inhaftierte Vorsitzende eines vom Komplott betroffenen Volkes. Die Kemalisten in der Türkei und Kurdistan, die religiösen und die das Kurdentum vertretenden Menschen haben neu angefangen zu denken. Das bedeutet die Zerstörung des geistigen Status Quo. Demokratie und kurdische Frage kamen auf die Tagesordnung, nachdem das Komplott [durch das der

PKK-Vorsitzende in türkische Gefangenschaft geriet; A. d. Ü.] aufgedeckt wurde. Die Kurden wurden nicht einfach so zur größten Stütze der Demokratie in der Türkei. Die PKK als ihre Partei hat zu jeder Zeit auf der Bühne der Geschichte ihre Existenz, Toleranz und Elastizität gezeigt. Und die Veränderung geht weiter. Wessen Werk ist das wohl? Über all das denken wir nach.

So, wie die kurdisch-türkische Einheit für die demokratische Republik in einer gemeinsamen Türkei, so ist eine demokratische Föderation im Mittleren Osten für die Lösung der kurdischen Frage von Bedeutung. Öcalan, der diese historisch bedeutsamen Thesen entwickelt hat, ist weit entfernt von einer persönlichen Verteidigung. Vielmehr geht es ihm um die Verteidigung der Völker einer sehr komplizierten Region.

Als jemand, der das Komplott von Beginn an verfolgt hat, hat Herr Öcalan sein Dasein auf Imrali als einen "Spiegel" charakterisiert, in dem sich "die Kurden selbst zeigen können". Wie er selbst ausgedrückt hat, sollten die Jahrestage [seiner Gefangennahme; A. d. Ü.] nicht als Trauertage begangen werden, sondern als Tage, aus denen eine Lehre gezogen werden kann.

In diesem kleinen Buch sind Lektionen einer Geschichte enthalten, die groß bewertet werden.

Yasar Kaya 01.03.2002 Brüssel

Vom sumerischen Priesterstaat zur Volksrepublik

Abdullah Öcalan

Originaltitel: Sümer Rahip Devletinden Halk Cumhuriyetine Dogru Erste Auflage Oktober 2001, zweibändig (526 S./450 S.)

Inhaltsverzeichnis

ERSTER BAND

Vorwort

Erstes Kapitel: Sklavenhaltergesellschaft und zivilisatorische Entwicklung

- A- Sumerer: Zivilisation an den Ufern des Euphrat und Tigris
- B- Historische Rolle und Institutionalisierung der sumerischen Zivilisation
- C- Bleibende Resultate in der sumerischen Zivilisation
- D- Historische Entwicklung und methodische Probleme in der Ausbreitung
- E- Ausbreitungs- und Reifezeit der Sklavenhalter-Zivilisation
 - 1- Ägyptische Zivilisation
 - 2- Indien Im Flussdelta des Pencap und Indus die Harapa- und Mohenjadaro-Zivilisation
 - 3- Chinesische Zivilisation
- F- Zeitalter der Sklavenhalter-Stadtstaaten im Mittleren Osten
 - 1- Ackerbau und Viehzucht
 - 2- Übergang zur Institutionalisierung und Stammesordnung
 - 3- Von der Formierung der Zivilisation, einigen grundlegenden Klassenformen bis heute
- I- Hititer

II- Hurri, Guti, Mitani, Urartu und Meder III- Zivilisierung im östlichen Mittelmeer: Erster gemeinsamer Einfluss der sumerischen und ägyptischen Systeme auf den östlichen Mittelmeerraum

IV- Zivilisation der Girit

V- Sumerische und ägyptische Zivilisation G- Widerstand gegen die Sklavenhalter-Zivilisation und Reform

- 1- Geburt der ersten monotheistischen Religionen und ihr Platz in der Zivilisation
- 2- Widerstand ethnischer Strukturen und Sklavenhalter-Zivilisation
- 3- Entwicklung philosophischer Gedanken und Zivilisation (Kurze Geschichte der mentalen und geistigen Entwicklung)
- I- Zarathustra und Zarathustratum
- II- Buddhismus
- III- Konfuzius
- IV- Sokrates und das Zeitalter der gesellschaftlichen Philosophie
- H- Gipfel der Sklavenhalter-Zivilisation
 - 1- Griechische Zivilisation
 - a- Wurzeln im neolitischen Zeitalter
 - b- Wurzeln im Zivilisationszeitalter
 - 2- Rom in der Sklavenhalter-Zivilisation
 - 3- Aufbruch der Medya-Perser und Ost-West-Aufteilung
- I- Verfall der Sklavenhalter-Zivilisation
 - a- Geburt und Entwicklung
 - b- Reifezeit und Ausbreitung
 - c- Klassische Zeit der Zivilisation oder Zeitalter des Gipfels und des Zerfalls
 - d- Erbe der Sklavenhalter-Zivilisation

Zweites Kapitel: Zeitalter der feudalistischen Zivilisation

- A- Ideologische Identität des feudalistischen Zeitalters
- B- Islamismus als revolutionäre Kraft des feudalen Zeitalters
- C- Institutionalisierung und Verbreitung der feudalen Zivilisation
- D- Gipfel und Niedergang der feudalen Zivilisation
- E- Statt eines Resümees

Drittes Kapitel: Zeitalter der kapitalistischen Zivilisation

- A- Geburt und ideologische Identität der kapitalistischen Zivilisation
- B- Entwicklung und Institutionalisierung der kapitalistischen Zivilisation
- C- Zeit der Verbreitung und Gipfel der kapitalistischen Zivilisation
- D- Generelle Krise der Zivilisation und Zeitalter der demokratischen Zivilisation

Viertes Kapitel: Ideologische Identität der neuen zivilisatorischen Entwicklung: Ort, Zeit und Bedingungen Fünftes Kapitel: Kann die kulturelle Tradition des Mittleren Ostens eine neue Zivilisationssynthese darstellen?

ZWEITER BAND

Sechstes Kapitel: Probleme des kurdischen Phänomens im Mittleren Osten und mögliche Lösungswege

Einleitung

- A- Erläuterung grundlegender Begriffe
 - 1- Gesellschaft
 - 2- Stamm, Stammestum, Ethnizität
 - 3- Nation und nationaler Staat
 - 4- Militärische und politische Lösung
 - 5- Demokratische und rechtliche Methode
 - 6- Staatsbürgertum und Nationalität
 - 7- Offizielle traditionelle Gesellschaft und Zivilgesellschaft
 - 8- Liebe zum Land und Internationalismus
- B- Probleme der Methodik und Herangehensweise an das kurdische Phänomen
- C- Rahmen für die kurdische Geschichte
 - a- Neolitikum und Kurden
 - b- Sklavenhalter-Zeitalter und Kurden
 - c- Kurden im feudalen Zeitalter
 - d- Kurden im Zeitalter des Kapitalismus
- D- Die ethnische nationale demokratische Bewegung der Kurden
 - 1- Zeit des primitiven feudalen Nationalismus
 - 2- Zeit des bürgerlichen Nationalismus
 - 3- Befreiungstendenz des Volkes
 - 4- PKK: Geburt, Entwicklung, Zukunft
- E- Zur Lösung in der kurdischen Frage
- 1- Kurdische Frage in der Türkei und demokratische Lösung
 - a- Zeit der feudalen Beys und Sultanate
 - b- Nationalismus, Aufstand und Rückschlag
 - c- Neustrukturierung der Republik und demokratische Lösung der kurdischen Frage
- 2- Nationale Frage und demokratische islamische Lösung im Iran
- 3- Kurdische Frage der Araber und Irak-Lösung
- 4- Syrien: Erlangung von Identität und

Lösung durch demokratische Teilnahme

Siebtes Kapitel: Als Freiheitskämpfer eines Volkes in der Umklammerung des Komplotts Einleitung

- 1- Geschichte der Komplotte und daraus zu ziehende Lektionen
 - a- Komplotte im ersten Zeitalter und betrügerische Mythen
 - b- Komplotte im Mittelalter und mit religiöser Maske
 - c- Kapitalistischer Nationalismus und Faschismus als höchstentwickeltes Verschwörertum
- 1) 1800 1940
- 2) 1940 1975: KDP-Phase
- 3) 1975 2000
- 2- Die Realität des Komplotts in der PKK
- I- Von der Entstehung bis zur offiziellen Ausrufung
- II- 1978 88 Internes Komplott und Vernichtung
- III- 1988 98 Bandentum und weltweite imperialistische Intervention
- 3- Komplotte gegen die PKK-Führung als Geständnisse der Angst vor der freien Identität des kurdischen Volkes
 - a- Zeit der Führungsgeburt für das Volk (1970-80)
 - b- Soziologische Zersplitterung und Neustrukturierung der Persönlichkeit
- 4- Wie muss das innere Gesicht des Jahrhundert-Komplotts aufgefasst werden?
 - a- Historische Komplotte halten die Entwicklung nicht auf, sondern beschleunigen sie
 - b- Das Komplott vom 15.2. kann in einen dauerhaften Frieden und in Demokratie für die Völker verwandelt werden

Achtes Kapitel: Kann das Rechtswesen Europas eine Lösungsmöglichkeit für die kurdische Frage hervorbringen?

- 1- Geburt und Entwicklung des Rechtswesens
- 2- Rolle des Rechtswesens bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme
- 3- Europas Rechtswesen, die Republik Türkei und die kurdische Frage
- 4- Imrali-Verurteilung, Europäische Men-



Foto: Archiv

schenrechtsvereinbarung und Europäischer Menschenrechtsgerichtshof

- a- Meine Entführung und unrechtmäßiges Vorgehen
- b- Todesstrafe und Nutzung als Druckmittel gegen das kurdische Volk
- c- Politische Lynchjustiz im Imrali-Prozess
- d- Freundschaftliche Einigung am EuMRGh, Dialog-Suche und dem Europa-Parlament zufallende Aufgaben

Neunte Kapitel: Apo-Identität - Vom Clan zum Volk

- 1- Natürliche Geburt, Auflösung der Clan-Kultur und der Zivilisations-Dschungel
- 2- Zweifel und revolutionäre Haltung zur Bekanntschaft mit der bürgerlichen Gesellschaft und der Republik
- 3- Durch Krieg sich selbst erschaffen, aber bis wohin?
- 4- Auf der Suche nach Frieden; Kritik und Selbstkritik

Schlusswort II

Urfa-Verteidigungsrede

Für ein freies und unabhängiges Kurdistan



Kurdistan Report

Nr. 104 Juli/August 2002 2,50 Euro



KURDISTAN REPORT BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich den Kurdistan Report im Abonnement für ein Kalenderjahr. Wenn ich das Abo nicht zwei Monate vor Ablauf des Jahres kündige, verlängert es sich automatisch um ein weiteres Jahr. Ein Jahresabonnement kostet 15 Euro plus Portokosten und umfasst sechs Ausgaben. Die Redaktion behält sich vor, Sonderausgaben herauszugeben. Die Bezahlung erfolgt per Rechnung.

| Name / Vorname: | |
|-----------------------|--|
| Straße / Hausnummer: | |
| PLZ / Wohnort: | |
| Tel / Fax: | |
| Datum / Unterschrift: | |

Bitte senden Sie den ausgefüllten Coupon an: Kurdistan Report, c/o ISKU, Schanzenstr. 117; 20357 Hamburg 2003



SERXWEBÛN

Ji Serxwebûn û azadiyê bi rûmettir tiştek nîne

Belgien:

Kurdistan National Congress 41 Rue Jean Stas

1060 Brüssel

Tel: (32) 2 647 30 84 Fax: (32) 2 647 68 49

e-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:

Comité du Kurdistan 41 Rue Jean Stas 1060 Brüssel

Tel: (32) 473 - 49 36 81 Fax: (32) 2 - 53 42 511

e-mail: kurdistancomite@hotmail.com

Belgien:

KON-KURD 41 Rue Jean Stas 1060 Brüssel

Tel: (32) 2 647 99 53 Fax: (32) 2 647 27 75

e-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:

Kurdistan Informations-Zentrum Kaiser-Friedrich-Str. 63, Postfach 12 11 22

10605 Berlin

Tel: (49) 30 - 32 76 40 23 Fax: (49) 30 - 32 76 40 25 e-mail: kurdistaniz@aol.com http://www.nadir.org/kiz

Deutschland:

YEK-KOM

Graf-Adolf-Str. 70a 40210 Düsseldorf

Tel: (49) 211 - 17 11 452 Fax: (49) 211 - 17 11 453 e-mail: yekkom@gmx.net

Österreich: FEY-KOM

Ramperstorffergasse 68 A 1050 Wien

Tel: (43) 1 54 55 259 Fax: (43) 1 54 55 821

e-mail: feykom@aon.at

Schweiz: KURD-CHR

15 rues des Savoises

1205 Genevre Tel: (41) 22 32 81 984 Fax: (41) 22 32 81 983

e-mail: kurd-chr@freesurf.ch

Italien:

Ufficio di Informazione del Kurdistan In Italia

Via Ouintino Sella

00186 Rom

Tel: (39) 06 - 42 01 35 76 Fax: (39) 06 – 42 01 37 99 e-mail: uiki.onlus@tin.it http://www.kurdistan.it

Niederland:

FED-KOM Sloterkade 10

1058 HD Amsterdam NL Tel: (31) 20 - 61 41 816

Fax: (31) 20 - 61 43 468

e-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:

FEY-KURD

Victoriagade 16 c, 2 Sal

1655 Kobenhavn

Tel: (45) 33 - 22 89 98

Fax: (45) 33 - 22 59 23

e-mail: feykurd@mail,dk

Australien:

Australian Kurdish Association Inc.

Blacktown 2148 Sydney

Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Fax: (61) 2 - 96 76 83 32

Zypern:

Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan Tach. Thyr. 25607

1311 Lefkosia / Kypros

Tel: (357) 2 – 37 42 16

Pax: (357) 2 - 37 44 04

e-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russland:

Mala Kurda House 4/A

Vilgelma Pika Str.

Moskau 129 226

Tel/Fax: (70) 95 - 18 71 200

e-mail: kurdistan@ntl.ru

Frankreich:

Centre d'Information du Kurdistan

147 Rue Lafayette; 75010 Paris

Tel: (33) 1 - 40 16 44 89 Fax: (33) 1 - 40 16 47 23

e-mail: cik@wanadoo.fr

AZADI e.V.

RECHTSHILFEFONDS für Kurdinnen und Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN Ökobank Frankfurt/Main BLZ 500 901 00 Kto. Nr. 54 00 279



ISSN 0935-5375



"Unsere Herzen schlagen gemeinsam"

